



Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

DOKUMENTATION ZUM SPD-BUNDESPARTEITAG

Dresden, 13. bis 15. November 2009

Inhalt:

- 2 Einleitung
- 2 Der neue SPD-Parteivorstand
- 3 Bilder: Parteitagsimpressionen
- 4 Rede von Franz Müntefering
- 11 Rede von Sigmar Gabriel
- 22 Rede von Erhard Eppler
- 26 Leitantrag
- 38 Infos und Impressum



Stand: 19. November 2009

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB



Ein Parteitag des Aufbruchs

SPD wählt neue Führung und öffnet sich für gesellschaftliche Debatten

Liebe Leserinnen und Leser,

nach der historischen Wahlniederlage bei der Bundestagswahl am 27. September hat die SPD wieder Tritt gefasst.

Der Bundesparteitag in Dresden hat nicht nur Sigmar Gabriel mit beeindruckenden 94,2 Prozent zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er hat auch ein Zeichen des Aufbruchs gesetzt. Durch eine offene Diskussion und ehrliche Selbstkritik, die konstruktiv nach vorne gerichtet ist. Die SPD öffnet sich für eine gesellschaftliche Debatte, die nicht durch vermeintliche Sachzwänge oder Koalitionsdisziplin von vornherein blockiert ist.

In dieser Sonderausgabe der Berlin Depesche dokumentieren wir die eindrucksvollen Reden von Franz Müntefering, Sigmar Gabriel und Erhard Eppler sowie den beschlossenen Leitantrag.

Die Texte belegen, dass die SPD auch weiterhin die Partei der sozialen Gerechtigkeit ist und wir die Herausforderungen unserer Zeit annehmen.

Herzlichst

Ihr



DER NEUE SPD-PARTEIVORSTAND

Vom Parteitag wurde folgender Parteivorstand gewählt:

Parteivorsitzender

Sigmar Gabriel

Stellv. Parteivorsitzende

Hannelore Kraft

Olaf Scholz

Manuela Schwesig

Klaus Wowereit

Generalsekretärin

Andrea Nahles

Schatzmeisterin

Barbara Hendricks

Verantwortlicher für die EU

Martin Schulz

Weitere Mitglieder des Parteivorstandes

Doris Ahnen, Niels Annen, Ute Berg, Björn Böhning, Jens Bullerjahn, Edelgard Bulmahn, Ulla Burchardt, Garrelt Duin, Michaela Engelmeier-Heite, Elke Ferner, Birgit Fischer, Peter Friedrich, Evelyne Gebhardt, Kerstin Griese, Michael Groschek, Gernot Grumbach, Jochen Hartloff, Dietmar Hexel, Eva Högl, Karin Jöns, Wolfgang Jüttner, Ulrich Kelber, Barbara Ludwig, Heiko Maas, Ulrich Maly, Christoph Matschie, Hilde Mattheis, Julian Nida-Rümelin, Joachim Poß, Florian Pronold, Thorsten Schäfer-Gümbel, Manfred Schaub, Thomas Schlenz, Ottmar Schreiner, Angelica Schwall-Düren, Ralf Stegner, Ute Vogt.



PARTEITAGSIMPRESSSIONEN



REDE VON FRANZ MÜNTEFERING

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Zeitraum für meinen Rechenschaftsbericht, das vergangene Jahr, war vollgepackt mit Wahlkampf pur. Das Ergebnis, die schwere Niederlage vom 27. September, und unsere Situation als SPD heute lässt sich aber mit dem Verlauf dieses einen Jahres nicht ausreichend erklären, auch wenn es in diesem Zeitraum des Jahres in den Ländern und in den Kommunen zum Teil Wahlergebnisse gegeben hat, die ganz anders als das waren, was wir auf der Bundesebene eingefahren haben. Das zeigt im Übrigen: Substanz ist da. Glückwunsch an all diejenigen, die in diesem Jahr erfolgreicher waren als der Bund.



Ich will mich hier aber weitgehend auf die Bundespolitik, die Bundespartei, konzentrieren, und ich denke, ihr erwartet das auch.

Im Rhythmus der Demokratie ist ein Wechsel per Wahlzettel von der Regierung in die Opposition oder umgekehrt nichts Ungewöhnliches. Wir haben es als SPD vor allem auf der Bundesebene aber mit einem Ergebnis zu tun, das mit diesem normalen Auf und Ab der Demokratie allein nicht beschrieben werden kann. Die Dimension der Niederlage ist das Erschreckende. So etwas bildet sich nicht in einem Jahr und nicht einmal in einer Legislaturperiode heraus. Der Wille und die Bereitschaft, genauer hinzusehen, tiefer nach den Gründen zu schürfen, ist deshalb verständlich und nötig.

Dieser Parteitag heute, morgen und übermorgen ist nun die erste große Gelegenheit dazu: offene Aussprache, Analyse, Orientierung, Neuaufbau. Wir haben in den vergangenen Wochen schon gemerkt: Das braucht seine Zeit. Das ist auch nicht in diesen drei Tagen in Dresden abschließend zu behandeln, aber dieser Parteitag kann uns voranbringen; er kann Weichen stellen - das muss er auch.

Das muss uns, liebe Genossinnen und Genossen, miteinander gelingen, damit am Sonntag, wenn wir hier auseinandergehen, klar ist: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht mit einer neuen Führung, mit klarem Arbeitsprogramm und fähig zum politischen Handeln ohne Hektik und doch unverzüglich geschlossen und entschlossen ans Werk - in Berlin und im Land, überall, wo wir Regierungen und Parlamentarier stellen, und natürlich als Partei. Dies muss am Sonntag die gemeinsame Botschaft sein.

Unsere Genossinnen und Genossen zu Hause, die in diesen Tagen gespannt auf uns blicken, müssen sehen: Sie reden über die Sache, sie machen das verantwortungsbewusst, und sie meinen das ernst. Die politische Kon-

kurrenz muss erfahren: Die SPD ist da. Sie erspart sich selbst kein unangenehmes Suchen nach den Gründen für das Wahldesaster, aber sie zieht sich auch nicht als Selbstfindungsgruppe ins Jammertal zurück. Sie greift ein, und sie greift an.

Anlass gibt es reichlich: Schwarz-Gelb zeigt sein wahres Gesicht. Sie knicken den Sozialstaat, spalten die Gesellschaft, predigen Wasser und saufen selbst Sekt. Unsere Fraktion hat entsprechend hart gekontert. Morgen wird das sicher auch noch Gegenstand unserer Debatte hier sein.

Vorneweg ist uns klar, liebe Genossinnen und Genossen: Die SPD ist kleiner geworden, aber die sozialdemokratische Idee nicht. Schon gar nicht ist sie am Ende.

Unsere Werte und Ziele stehen. Wir stehen zu unseren Werten und zu unseren Zielen, und wir stehen auch zu dem, der diesen langen Wahlkampf des vergangenen Jahres unter erschwerten Bedingungen als Kanzlerkandidat mutig geführt hat. Lieber Frank, du hast keine windigen Steuersenkungen versprochen. Du hast gute Arbeit für alle in den Mittelpunkt deines Deutschlandsplans gestellt, du hast Arbeit, Bildung und Nachhaltigkeit als die Triebfedern des Fortschritts beschrieben, und du hast den handlungsfähigen Sozialstaat gefordert. Das alles gilt. Du musst kein Wort zurücknehmen. Wir danken dir für diesen Einsatz, lieber Frank.

Lieber Frank, als Oppositionsführer im Bundestag hast du die ersten Stopper gegen Merkel und Co. gesetzt. Glückauf! Da gibt es noch viel zu tun.

Wir haben bei dieser Wahl bei vielen Vertrauen verloren und fragen uns selbstkritisch, weshalb das so ist. Wir bleiben aber auch selbstbewusst; denn in unserem Land und in der Welt sehen wir, wie wesentlich und unverzichtbar das Soziale und das Demokratische sind. Die Idee stimmt. Wir respektieren die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler. Wir nehmen unsere Aufgabe als Opposition an, und wir nehmen sie ernst. Als Demokratinnen und Demokraten wissen wir: Siege in der Demokratie gelten auf Zeit, Niederlagen aber auch. Der 27. September 2009 ist ein Datum mit einem bitteren Ergebnis, es ist aber nicht das Letzte. Die Demokratie geht weiter; die SPD hat Ausdauer. Wir sind kampffähig, und wir sind kampfbereit; wir kommen wieder, liebe Genossinnen und Genossen.

Daran werde ich mich in dieser Rede halten: Anmerkungen zu den Ursachen, ohne Versuch, das Kapitel abzuschließen, wissend, dass es eine einfache Antwort nicht gibt. Ich will Gedanken zu dem beitragen, was politisch in Deutschland passieren muss und was die SPD dazu beitragen kann. Dies ist ein Einstieg in die Debatte - so, wie es im Leitantrag auch steht.

Im Wahlkampf selbst haben wir viel Zustimmung erfahren: zahlreiche Besucherinnen und Besucher, volle Plätze, volle Säle, ehrlicher Beifall, keine Aggressionen. Zu viele Menschen haben aber dann doch die anderen gewählt oder gar nicht gewählt - ohne besondere Emotionen. Wir waren für die Wählerinnen und Wähler kein Feindbild, aber wir waren einfach nicht interessant genug: nicht für potenzielle Aufsteiger, nicht für solche, die sich vor Abstieg fürchten. Sie haben anderen mehr ver-

traut oder niemandem, oder sie hatten andere Prioritäten als wir. Das klingt harmlos und leicht reparabel, ist es aber nicht. Im Gegenteil: Wir waren für zu viele die von gestern, aus der Mode. Zu undeutlich war, mit wem wir was denn würden durchsetzen können.

Die Niederlage, liebe Genossinnen und Genossen, war selbstverschuldet, teils aber dem Zug der Zeit geschuldet, der in eine andere Richtung fuhr und der noch nicht gestoppt ist. Eine Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hat ihre Stimme freiwillig denen gegeben, die mit dem Finanzkapitalismus locker umgehen und die den ganzen Vorgang für einen Betriebsunfall, aber nicht für eine Mischung aus Zockerei und Gangstertum halten. Haben die, die so gewählt haben, das missverstanden, oder war das ihr Kalkül? Jedenfalls sind wir uns da einig: Wir, die deutsche Sozialdemokratie, gibt keine Ruhe, bis wir diesen Kapitalismus gezähmt haben. Was auch immer die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler im Augenblick noch gnädig sein lässt mit den Marktradikalen: Wir wollen, dass dieser Kapitalismus gezähmt wird - in Deutschland und weltweit.

Manche vermissten bei uns in den Jahren die soziale Sicherheit, andere den Wandel, manche die Gerechtigkeit, andere die Innovationen, manche die richtige Mischung von allem.

Was uns damals den fulminanten Wahlerfolg brachte, ging auf der Strecke schief. Dabei haben beide Aspekte ihre Geschichte. Dass soziale Sicherheit im Wandel nötig ist und dass für die Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels dauerhaft Sicherheit ermöglicht wird, ist beides richtig.

Innovation und Gerechtigkeit - damit sind wir 1998 gestartet. Aber wir haben uns nicht immer klug genug, nicht klar genug und nicht rechtzeitig genug darüber abgestimmt, was mit Innovation und was mit Gerechtigkeit genau gemeint ist und wie sich beides zueinander verhält. Wie aus einem vernünftigen Miteinander von Innovation und Gerechtigkeit eine Politik werden kann, die auch noch mehrheitsfähig ist und Vertrauen schafft. Genau das muss aber geleistet werden. Auf einen der Aspekte zu verzichten, liebe Genossinnen und Genossen, macht die Sache nicht besser. Innovation ist nicht entbehrlich. Gerechtigkeit ist nicht entbehrlich. Nicht der Wandel und nicht die Sicherheit sind entbehrlich. Wer sich aus Bequemlichkeit auf den einen oder anderen Teil der politischen Aufgabe reduziert, der spränge zu kurz.

Drei kurze Beispiele in dem Zusammenhang: Kinderarmut. Ja, Kinderarmut muss verschwinden. Das setzt vor allem voraus, dass die Eltern Arbeit haben, gute Arbeit, gut bezahlte Arbeit - Alleinerziehende natürlich auch. Wer schafft diese Arbeit? Wir müssen das machen, liebe Genossinnen und Genossen.

Kinderarmut bekämpfen wir aber auch mit genügend qualifizierten, gebührenfreien Ganztageseinrichtungen, in denen die Kinder- darunter viele Einzelkinder- unter Kindern sind das ist nicht unwichtig. Einrichtungen, in denen es ordentliches Essen gibt und ihnen bei den Hausaufgaben geholfen wird und sie an Sport und Kultur herangeführt werden. Aber das muss alles bezahlt werden. Wir sagen, es muss von der Gemeinschaft bezahlt werden.

Stichwort Altersarmut: Wir wollen der Altersarmut vorbeugen. Die von uns eingeführte Grundsicherung ist ein richtiger Schritt, aber nicht die Lösung des Problems. Altersarmut vorbeugen setzt auch voraus, dass Deutschland Wohlstandsland bleibt, damit wir soziale Gerechtigkeit auf hohem Niveau sichern können. Dazu ist Hochleistung erforderlich. Wir müssen Hochleistungsland bleiben und früh genug hinreichend investieren in Wissen und Können, in Bildung, Forschung und Entwicklung. Dass wir weiter gegen Niedriglohnstrategien kämpfen, ist wichtig. Billig können andere Länder besser. Niedriglöhne führen direkt und indirekt in die Altersarmut hinein. Auch deshalb kämpfen wir dagegen, liebe Genossinnen und Genossen.

Stichwort Rentensicherheit: Die wird sich zukünftig noch stärker an der Leistungsfähigkeit des Sozialstaates festmachen. Ein Viertel der Renten zahlen wir aus der Steuerkasse, 82 Milliarden pro Jahr, bald 30 Prozent unseres Bundeshaushalts. Sonst lägen die Rentenversicherungsbeiträge nicht bei 19,9 Prozent, sondern bei 27 Prozent. Die Steuer- und Haushaltspolitik von Schwarz-Gelb gefährdet unseren Weg der Stabilität, auch der inneren. Dass wir nicht mehr zehn Jahre Rentenanspruch realisieren wie 1960, sondern bald 20 Jahre im Durchschnitt - wachsend, hat Auswirkungen, zumal die Zahl der nachwachsenden Beitragszahler weniger wird. Und sie kommen ja auch nicht mehr mit 16 in den Beruf, sondern im Durchschnitt mit 21. Dass wir mit der Anhebung des faktischen Renteneintrittsalters gut vorangekommen sind, hilft: 1998 waren nur noch 38 Prozent der über 55-Jährigen in Arbeit. Heute sind es fast 20 Prozent mehr. Das entlastet die öffentlichen Kassen.

Klar ist, dass wir konsequent den Weg gehen müssen, den wir aber auch beschrieben haben und der Gegenstand unseres Regierungsprogramms ist, der auf Individualisierung des Übergangs ins Rentenalter setzt, der aber die pauschale Frühverrentung ausschließt, wie es in den 80er- und 90er-Jahren zu Lasten der sozialen Sicherungssysteme üblich geworden ist.

Kinderarmut, Altersarmut, Rentensicherheit - Herausforderungen für jeden, der soziale Gerechtigkeit will. Denn man merkt schnell: Ohne nachhaltige ökonomische Prosperität würde das Niveau der sozialen Gerechtigkeit bald sehr bescheiden sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, die 90er-Jahre waren überwiegend schöne und ruhige, aber auch selbstvergessene Jahre. Die Teilung der Welt in Deutschland war zu Ende, die Angst vor dem Krieg war weg, Millionen mehr Menschen gewannen mehr Freiheit, Deutschland gewann die Einheit. Alles war gut. Aber alles schien auch leicht, das war verführerisch. Momentane Sicherheit war da, aber keine nachhaltige. Der Wandel wurde verschlafen, die Bedingungen für dauerhafte Prosperität wurden nicht geschaffen, die für nachhaltige Gerechtigkeit auf hohem Wohlstandsniveau auch nicht. Die Sozialsysteme wurden missbraucht, statt ehrlich mit Steuern auf Einkommen und Vermögen die Finanzierungsbedarfe zu sichern. Bildung und Integration ließ man schleifen. Die Sozialversicherungsbeiträge stiegen von rund 35 Prozent auf rund 43 Prozent. Es war höchste Zeit, dass Kanzler Kohl aus seiner Selbstgefälligkeit abgewählt wurde und wir unsererseits mit den Grünen den Zug unter Dampf setzen konnten. Es gab verdammt viel aufzuräumen und zu tun.

Für uns als Partei war das eine harte Aufholjagd seit 1990. 1990 waren CDU/CSU mit 43,8 Prozent aus den Bundestagswahlen gekommen, wir mit 33,5 Prozent. Die Differenz zwischen uns lag bei 10,3 Prozentpunkten. Die Union hatte 21 Millionen Stimmen, wir 15,5 Millionen. 1998 lagen wir dann 5,8 Prozent vor der Union: in acht Jahren von minus 10,3 hinter auf plus 5,8 vor der Union. Heute liegen SPD und Union zueinander wie 1990, beide aber auf deutlich niedrigerem Niveau. Die Differenz beträgt wieder 10,8 Prozent, bei mit rund 5 Millionen Stimmen weniger als 1990. Das ist eine zentrale Botschaft dieser Bundestagswahl. Ist das ein Ergebnis auch der großen Koalition? Oder ist das der Megatrend gegen Volksparteien?

Viel ist uns in den elf Jahren nach 1998 mit Gerhard Schröder und in der großen Koalition gelungen: Bei der neuen Energiepolitik, bei mehr Toleranz gegenüber Minderheiten, bei großen Teilen der Agenda 2010 und beim Nein zum Irakkrieg ist das auch unbestritten. Sagen muss man es trotzdem einmal. Man muss auch sagen, dass manches allerdings misslungen ist. Das alles erklärt das Wahlergebnis aber auch nur teilweise, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich bleibe dabei: Es war auch unter den gegebenen schwierigen Umständen richtig, die Chance zum Regieren 1998 und zum Mitregieren 2005 zu nutzen. Es war gut für unser Land und gut für uns als Partei.

Die gesellschaftlichen Bedingungen für Politik jedenfalls haben sich rasant weiterentwickelt in diesen 20 Jahren: die große Finanzkrise, in der wir heute noch gefangen sind, die Dynamik in der strukturellen Veränderung der Arbeitswelt, die Verhärtung der Integrationsprobleme, die Folgen der demografischen Entwicklung. All das gehört dazu, auch das Ausmaß von Globalität und die neuen Kommunikations- und Informationstechnologien, die die Lebenswirklichkeit verändern und die das Lebensgefühl mindestens der jungen Generation tief prägen. Diese Entwicklungen und andere sind nicht negativ an sich, aber sie müssen politisch und gesellschaftlich eingeordnet und gestaltet werden. Mit blanker Routine ist ihnen nicht beizukommen, mit Nostalgie auch nicht.

Wer auf der Höhe der Zeit sein will, liebe Genossinnen und Genossen, muss das alles bedenken. Er muss zum Beispiel bedenken, wie sehr das Thema von persönlichem Aufstieg und Abstieg die Gesellschaft insgesamt und uns als Partei berührt. Starke Worte und lockere Versprechungen helfen da nicht weiter. Die Lebenswirklichkeit ist anders geworden. Wir wollen, dass es den Menschen gut geht. Deshalb wollen wir gesellschaftlichen Fortschritt. Aber kann solcher Fortschritt immer auch individueller Aufstieg sein, kann er mindestens Aufstiegschance sein für jede Einzelne und für jeden Einzelnen? Im Wiederaufbau des vom Krieg zerstörten Landes gab es damals Wirtschaftswunder, kleine und große, für viele auch ganz persönlich. Es gab Aufstieg. Für das Heer der Volksschüler gab es die Chance, mehr Bildung und damit auch berufliche Perspektiven zu erfahren, viele davon über den zweiten Bildungsweg. Alles hatte die Tendenz nach oben und nach vorn. Die Zukunft lag scheinbar glatt vor uns. Mit 25 glaubte man zu wissen, dass mit 60 eine gute Rente sicher ist. Es gibt auch heute noch Aufstiegschancen, aber es gibt keine Garantie mehr, dass die Anstren-

gung um Aufstieg sich auszahlt und dass die Langzeitrechnung stimmt.

Das merken alle. Es gibt keine Garantie, dass die Leistung sich lohnt, um diese so zutreffende wie auch missbrauchte Formel und Parole aufzunehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen, "Leistung muss sich wieder lohnen" - ein paar Worte speziell dazu, denn darin liegt ein Schlüssel zu allem. In diesem Satz spiegeln sich zwei Welten: Natürlich soll der, der sich anstrengt, etwas dafür bekommen: einen gerechten Lohn. Seine Anstrengung soll nicht unbelohnt sein. Leistung muss sich lohnen, das ist sozialdemokratisch. Aber da nun viele Plätze und obere Etagen besetzt sind und die Aufstiegswege schmaler werden, wird der Aufstiegskampf härter. Formal ist alles möglich, aber praktisch werden die Chancen zugeordnet - frühe und wirkungsvolle Aussortierung! Zum Beispiel durch Zuordnung zu den Schulen des gemeinen Volkes oder zu den hohen Schulen derer, die es sich leisten können - altmodische Begriffe mit altbekannter Wirkung.

Leistung muss sich lohnen, das heißt für uns: Garantie gibt es nicht, aber alle müssen die Chance haben. Alle müssen die Chance haben, etwas zu leisten und dafür eine gerechte Belohnung zu bekommen. Und Lohn heißt hier mehr als nur Geld, liebe Genossinnen und Genossen!

Im marktradikalen Denken heißt "Leistung muss sich lohnen" etwas anderes, nämlich: Die Privilegierten müssen privilegiert bleiben. Oben bleibt oben, unten bleibt unten. Wir wollen das so definitiv nicht. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, keine Illusion: Wie die Mehrheit im Lande darüber denkt, das ist nicht eindeutig. Wir haben Grund, unsere Position klarzumachen und für sie zu werben und zu streiten.

Viele Eltern fragen sich heute, was sie tun müssen, damit ihre Kinder es wenigstens nicht schlechter haben als sie. Die Eltern haben recht; denn für diese Kinder ist oft schon der Einstieg in den Beruf, der Einstieg in den Aufstieg, schwierig - ohne Verlässlichkeit, für viele deprimierend, auch für solche, denen es an Bildung und Wissen weiß Gott nicht mangelt. Andere sind faktisch Aufsteiger oder fühlen sich als solche und haben Angst, dass das nicht so bleibt: bei Arbeitslosigkeit, bei Krankheit, irgendwann im Alter. Sie kennen Beispiele für solche Vorgänge, die sie als Abstieg empfinden. Klar, dass die Abschaffung des Arbeitslosenhilfesystems und die Änderungen bei der Rente die Sorgen erhöhen. Das hat mit der generellen Unsicherheit zu tun, mit Abwesenheit von Zuversicht, mit mangelhafter Zukunftserwartung, sehr konkret mit hoher Arbeitslosigkeit. Zur Antwort sind Bildung und Integration und Sozialstaat gefordert. Und der Kampf gegen Arbeitslosigkeit: Gute Arbeit für alle hat die absolute Priorität. Die Demografie muss gestaltet werden, die Spaltung der Gesellschaft eingedämmt. Alles richtig- wichtig ist das alles. Aber um Prioritätensetzung werden wir nicht herumkommen, nicht hier und nicht in Zukunft. Und die Priorität heißt: Gute Arbeit zuerst. Das ist die Basis für die Zukunft des Landes und für soziale Sicherheit auf hohem Niveau auch in Zukunft, liebe Genossinnen und Genossen.

Diese gesellschaftliche Entwicklung, die ich kurz skizziert habe, kann sonst eine Gefahr für die Fortschrittlichkeit unseres Landes überhaupt werden. Eine Gesellschaft, die

sich zufrieden gäbe mit dem, was ist, deren primäres Lebensziel die Verhinderung von Abstieg wäre, verlöre die Kraft und den Mut zur Gestaltung des Fortschritts. Wer auf Halten spielt, wird nicht gewinnen, übrigens auch keine Mehrheiten bei Wahlen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hat das Konsequenzen: Da wir den Aufstieg nicht leichtfertig und massenhaft versprechen und den so definierten Abstieg nicht überall verhindern können, betrachten uns potenzielle Aufsteiger als uninspiriert und uninteressant, und die, die sich vor Abstieg fürchten, als nicht hinreichend sozial. Die Aufklärung dazu ist uns bisher nicht hinreichend gelungen, die Debatte auch nicht. Diese ehrliche Debatte bleibt uns nicht erspart, nicht heute und nicht in den nächsten Monaten.

Diese Wahrheiten, liebe Genossinnen und Genossen, reißen Wunden auf. Denn so einfach ist das mit der Gerechtigkeit nicht. Mindestens die Chancengerechtigkeit ist tangiert - und die Verteilungsgerechtigkeit und die Generationengerechtigkeit.

Was ist da vernünftig, was ist nur erwünscht? Was ist möglich, was ist nur erstrebt? Neu sind uns diese Herausforderungen nicht, und zu all dem gibt es Antworten auch in unserem Regierungsprogramm vom 7. Juni für diese neue Legislatur. Das Wahlergebnis macht die Antworten, die wir dort gegeben haben, nicht falsch. Sie müssen Grundlage unserer praktischen Politik sein. Eine weitergehende umfassende perspektivische Antwort ist aber trotzdem nötig. Sie braucht Zeit. Sie muss im Zentrum der Initiative "Gut und sicher leben" stehen, die im Leitanspruch des Parteivorstandes vorgeschlagen ist. Situative Geschicklichkeit reicht nicht für gute Politik. Das zeigt die Merkel-Masche: Für die Beliebigkeit ihres Politikansatzes wird unser Land mittelfristig teuer bezahlen. Land ist zu allgemein, die Schwächeren werden dafür bezahlen!

Wir wollen ein Konzept für dieses Land - auf die Strecke, auf die nächsten zehn, zwanzig Jahre. Wir wollen miteinander, auch wenn die Diskussion schwerfällt, den Weg finden, dieses Land in eine gute Zukunft zu führen. Wir wollen nicht in den Tag hinein leben nur des Augenblicks wegen, so wie diese Bundesregierung es jetzt schon wieder anfängt. Wir müssen da als Sozialdemokraten den Punkt setzen und den Ehrgeiz haben, dieses Land auch perspektivisch zu steuern.

In dieser Debatte "Gut und sicher leben" werden wir auch noch einmal auf die Formel von Fordern und Fördern stoßen und auf deren Bedeutung in einer demokratischen Gesellschaft. Das Fördern macht uns meistens mehr Freude als das Fordern. Das Fordern geht uns oft schwer über die Lippen, aber beides ist nötig und beides ist gerecht. Es ist auch Ausdruck von Respekt vor allen Mitgliedern unserer Gesellschaft. Jeder und jede soll aktiver Teil sein können, geachtet und anerkannt, befähigt zu Selbsthilfe und angehalten, den eigenen Beitrag zum Gelingen der Gesellschaft beizusteuern, je nach den individuellen Möglichkeiten. Die Botschaft "Du kannst nichts, setz dich hin, sei still, wir geben dir Stütze, stör uns nicht" ist keine sozialdemokratische Botschaft. Wir kämpfen um jeden einzelnen Menschen und versuchen, ihm die Chance zu geben, in diese Gesellschaft, in den Arbeitsmarkt wieder hineinzuwachsen.

All dies, die Fragen von Aufstieg und Abstieg und die von Fordern und Fördern, gehören unter eine gemeinsame

Überschrift, die da heißt: Gesamtverantwortung. Das war und bleibt die wichtige Erfahrung aus der Regierungszeit von Helmut Schmidt. "Pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken" hat Schmidt das genannt. Ökonomische und ökologische und soziale Verantwortung über den Tellerrand der nationalen Grenzen hinaus - ein großer Anspruch, einer, der der Sozialdemokratie angemessen ist. Gesamtverantwortung übernehmen und sich dazu bekennen, das zeichnet Volksparteien aus. Linke Volkspartei müssen wir bleiben, oder wir sinken weiter und dauerhaft ab. Ob Volksparteien generell eine Zukunft haben, ist eine offene Frage. Ich hoffe es von Herzen, in unserem Interesse, auch im Interesse der Demokratie überhaupt. Die Chance, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir. Ich glaube an die SPD. Keine Partei kann mehr und besser als wir diese Gesamtverantwortung für unser Land tragen. Das wollen wir auch wieder haben, das Vertrauen der Menschen für diese Herausforderung.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind gut beraten, uns darauf zu besinnen und daran festzuhalten. Richtig linke Volkspartei geworden sind wir vor 50 Jahren mit Godesberg. Das war der Schritt von der gefühlten Arbeiterpartei zur erklärten Volkspartei. Das hat uns bald danach in die Regierungsfähigkeit gebracht, das hat uns Gestaltungskraft gegeben und Vertrauen erobert. Nur Volksparteien, liebe Genossinnen und Genossen, können ein Bollwerk sein gegen die latente Berlusconiisierung der Demokratie, in der wir inzwischen nicht nur in Italien anzukommen drohen, in der Politik gerne zum gruppendynamischen Schauspiel mit wechselnden Helden drapiert wird, zum schalen Event, unbestimmt und schillernd, ohne Wahlkampf, weil ohne Richtung, ein dauerndes Festival mit schwarzem Samt auf rotem Teppich. Hofberichterstatte finden sich, Hofnarren auch. So ist das, was da im Kommen ist. Wir wollen nicht so sein, wie sich das da abzeichnet, liebe Genossinnen und Genossen.

Mit partikularistischem Ansatz ist diese Entwicklung nicht zu stoppen. Die Volksparteien sind schon ziemlich weit auf der Rutsche gezogen und geschoben. Vorsicht! Denn der Hang zum Partikularen verstärkt sich in der Gesellschaft und in der Politik ohnehin, und das seit geraumer Zeit. Die Mobilität wirkt dabei kräftig mit. Die Zahl der Partikularparteien und gruppen nimmt zu. Sie bedienen Ausschnitte von Politik und Gesellschaft. Der Populismus der FDP und der Partei Die Linke ist auf unterschiedlichen Flügeln in gleicher Weise Ausdruck davon. Dabei behaupte ich nicht, dass dort die platte Egozentrik herrscht. Richtig ist auch: Die Grenzen sind fließend. Aber die Tendenz ist brandgefährlich. Und die Tendenz ist eindeutig.

Wir hatten uns in Deutschland über Jahrzehnte daran gewöhnt, dass von zwei großen Parteien bzw. Blöcken zunächst einmal in ihnen selbst die Verantwortung für das Ganze definiert, abgestimmt und übernommen wurde. Jetzt sitzen sechs Parteien und fünf Fraktionen im Bundestag. Man darf zur Zeit vermuten: Eher werden es mehr als weniger. Das prägt die politische Landschaft neu. Kompromisse, die früher innerhalb der großen Volksparteien erstritten und vereinbart wurden, müssen nun nach Wahlen im offenen Koalitionsringen zustande kommen. Wenn jeder mit jedem kann, ist alles denkbar und alles immer weniger sicher. Die Diskrepanz zwischen Wahlprogramm und Koalitionsvereinbarung wird von

Wahl zu Wahl augenscheinlicher. Das alles ist nicht undemokratisch, aber es relativiert die Bindungen an Parteien und macht die Aufgabe für Volksparteien schwieriger, eine politisch stringente Linie zu halten. Es kostet Vertrauen in der Partei und öffentlich.

Eine Partei, die SPD, beschließt 2005 ihr Wahlprogramm fast einstimmig, dann auf einem Parteitag den Koalitionsvertrag auch fast einstimmig, sie akzeptiert die Logik der Situation und sagt Ja zum Regieren. Aber sie ist im Herzen unglücklich und kritisiert, dass sich die Handelnden an Beschlüsse halten, die man auf dem Parteitag gemeinsam gefasst hat. Was nun? - Kein Wunder jedenfalls, dass die Wählerinnen und Wähler das alles, vor allem aber uns selbst, nicht recht verstehen, liebe Genossinnen und Genossen! So ist es.

Dass darüber hinaus aus loyalen Flügeln der SPD mit zentristischer Grundstimmung teilweise verselbstständigte Parteipartikel zu werden drohen, mit Organisations- und Finanzstruktur auch vertikal, absorbiert zusätzlich Kraft und Geschlossenheit.

Wenn gewählte Gremien nicht mehr der Ort sind, an dem Meinungen offen ausgetauscht und in demokratischer Streitkultur Entscheidungen gefunden werden, sondern dies systematisiert in Vorgesprächen geschieht, dann reduziert das die Kraft zur Gesamtverantwortung weiter. Die SPD laboriert außerhalb und innerhalb an diesem Prozess der Partikularisierung. Diese fatale Entwicklung wenigstens jetzt in der Opposition und in dieser Lage zu beenden, wäre verantwortlich, liebe Genossinnen und Genossen. Für alle, die es angeht: Lasst diese Art von Flügelei! Lasst diese Art von Flügelei!

Sie wäre eine Gefahr auch für die, die jetzt Verantwortung übernehmen.

Im Wahlkampf, liebe Genossinnen und Genossen, wurde plötzlich die Freiheit im Internet zum Thema. Fragen tauchten auf: Was war gemeint? Eine totale, unbegrenzte Freiheit? Eine, die kriminelle Nutzung des Internets ausschließt oder nicht ausschließt? Eine, die das Urheberrecht achtet oder es nicht akzeptiert? - Die Debatten dazu mit den Protagonisten waren spannend und wirklich qualifiziert. Aber Studiengebühren, Mindestlöhne und Kopfpauschale waren in diesen Kontakten ohne jeden Belang und als ebenfalls wichtige politische Aspekte und tragende Argumente für eine Stimmabgabe nicht vermittelbar. 847 870 Stimmberechtigte haben am 27. September ihre Zweitstimme den Piraten gegeben: 2 Prozent. Das sind 9 Prozent der Stimmenzahl, die wir als SPD bekommen haben. Welche Antwort müssen wir finden? Was ist die linke Antwort, was ist die rechte Antwort, was ist die richtige Antwort? - Wir werden uns damit noch intensiver zu befassen haben.

Es ist so, liebe Genossinnen und Genossen: Unsere Demokratie ist komplizierter geworden - nicht erst jetzt; das ist richtig. Aber niemand weiß, ob die Tendenz zu stoppen ist. CDU und CSU sind längst auch davon erfasst, nicht nur wir. Wir haben schon ein Stück gelernt. Die meisten von uns wissen, dass wir keine Staatspartei sind. Mindestens die CSU weiß es noch nicht. Sie wird es aber auch erfahren - jeden Tag mehr.

Übrigens, Genossinnen und Genossen: Die NPD hatte 210 000 Stimmen weniger als die Piraten, aber immer noch 635 525 zu viel! Die wehrhafte Demokratie bleibt gefor-

dert! Auch das sage ich gerade noch einmal hier in Dresden.

Die Demokratie überhaupt bleibt gefordert. Vor 40 Jahren, am 28. Oktober 1969, hat Willy Brandt in seiner Regierungserklärung versprochen, dass wir mehr Demokratie wagen. Die Sozialdemokratie hat damals zusammen mit einer anderen FDP die Fenster in Deutschland aufgemacht und den Mief einer konservativ-reaktionären Zeit hinausgelassen. Wir haben geholfen, die Vergangenheit aus dem Verschweigen zu holen, auch und gerade da, wo sie besonders schwierig und anstrengend war. Und wir haben Liberalität und Toleranz auf die Tagesordnung gesetzt. Begann denn erst 1969 die Demokratie in Deutschland? - Nein. War vorher nicht Demokratie zwischen 1949 und 1969? - Doch.

„Mehr Demokratie wagen“ war keine Kritik am parlamentarischen System der Bundesrepublik, wie es verordnet, entstanden und gewachsen war. Aber es war die Botschaft der SPD: Für uns ist Demokratie mehr als ein verfasstes System. Wir wollen, dass Demokratie die Gleichwertigkeit der Menschen deutlich macht. Das ist die Grundlage für Demokratie nach unserem Verständnis. Das hat Brandt, das haben die Sozialdemokraten deutlich gemacht. Das war ein großer Fortschritt für das Land, den wir damals begonnen haben.

Heute regt "Mehr Demokratie wagen" nicht mehr so viele auf. Eher ist die Reaktion: Demokratie ist okay. Wir sind dafür. Demokratie haben wir doch. Was soll's? Unsere Probleme sind doch ganz andere. - Das ist ein Irrtum. Die Wahrheit ist, liebe Genossinnen und Genossen: Es steht nicht so gut um die Demokratie, um die Wechselwirkungen zur sozialen Demokratie, die besonders groß ist, auch zu unserem Ansehen und zu unserer Wirkungskraft. Demokratie braucht neue Impulse, damit sie nicht im Formalen versinkt, damit sie nicht Konsumgift ist, sondern Bewegung.

"Mehr Demokratie wagen Teil 2" ist fällig. Wir von der Sozialdemokratie müssen das zu unserer Sache machen. Der Arbeitsvorschlag dazu im Leitantrag ist gut. Nehmt ihn ernst!

Willy Brandt hat sich über die bekannte Regierungserklärung hinaus oft mit dieser Thematik befasst. "Wir können nicht die perfekte Demokratie schaffen", sagte er. "Wir wollen eine Gesellschaft, die mehr Freiheit bietet und mehr Mitverantwortung fordert." Freiheit bieten und Mitverantwortung fordern. Er sagte auch: "Ich hätte auch fordern können: Mehr Freiheit wagen", und zwar mehr Freiheit durch mehr Demokratie in allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen. Ja, darauf kommt es an. Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind dabei essentiell. Ich bin deshalb stolz, dass wir 2005 unseren Eintritt in die Große Koalition zwingend davon abhängig gemacht haben, dass Kündigungsschutz, Tarifautonomie und Mitbestimmung garantiert blieben. Damals wollten CDU/CSU etwas ganz anderes. Wir bleiben da auch jetzt hellwach und kampfbereit. Das gilt, liebe Genossinnen und Genossen!

Was heißt das noch "Mehr Demokratie wagen"? Demokratie ist: Wählen und sich wählen lassen. Ich bin gegen Wahlpflicht. Aber ich widerspreche nachdrücklich der wachsenden Attitüde, man könne sich der Verantwortung für das politische Geschehen durch Nichtbeteiligung ent-

ziehen, man könne außerhalb des gesellschaftlichen Spielfeldes sein. Man kann es nicht, liebe Genossinnen und Genossen! Passivität ist keine Entschuldigung, wenn etwas schiefgeht. Wir können Wählern und Nichtwählern ihre Verantwortung nicht abnehmen. Auch das ist ein Teil der Wahrheit. Es ist erlaubt, das zu sagen. Ja, es ist Teil der Demokratie, es zu sagen, liebe Genossinnen und Genossen, diesen Teil nicht zu verschweigen.

Manche behaupten, sie könnten nicht wählen, weil keine Partei 100 Prozent ist oder weil sich Parteien nicht unterscheiden. - 100 Prozent ist keine; das stimmt. Aber was heißt das schon? Wer eine 100 Prozentige Partei haben will, der sollte keine zweite Person dazunehmen. Da geht es los.

Demokratie besteht aus Kompromissen. Kompromisse sind keine Schande. Jawohl, es gibt das in Deutschland ein stehendes Wort faule Kompromiss. Aber ich sage euch: Es gibt noch mehr faule Kompromissunfähigkeit, und deshalb muss man sagen: Kompromisse gehören zur Demokratie dazu.

Und was die Unterscheidbarkeit angeht: Sozialdemokratisches Rot und Schwarz-Gelb, das ist auch 2009 gut zu unterscheiden. Der Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb ist ein eindeutiger Beleg.

Zu wenige lassen sich selbst wählen. Manche, die es besser wissen, und vielleicht auch besser können, lassen sich nicht in eine Aufgabe hinein wählen, die erkennbar zeitaufwändig, begrenzt lukrativ und gesellschaftlich gering geschätzt ist. Das gilt für Europa- und Landesparlamente und auch für den Bundestag. Bei Kommunalwahlen gibt es längst ganz konkrete Lücken bei den Nominierungen. Kommunale Akademien und die Führungsakademie der SPD sind hilfreiche Ansätze und bewähren sich. Die Personalentwicklung auszubauen, ist sinnvoll, denn auch Politikmachen kann man lernen, über das unvermeidlich Autodidaktische hinaus.

Allerdings: Ohne Leidenschaft für die Sache geht es nicht. Nur sie führt über das Verwalten hinaus. Welche Leidenschaft meine ich? Die, die Hannah Arendt besser beschrieben hat, als es sonst jemand sagen könnte. Sie hat deutlich gemacht: Politik, das ist Liebe zum Leben. Ich finde, das ist das, was wir darstellen und was wir auch in Anspruch nehmen müssen. Wir wollen nicht irgendwelche abstrakten Konzepte über diese Gesellschaft stülpen. Wir wollen, dass die Menschen leben können, menschlich leben können. Wir wollen ihnen die Bedingungen dafür geben. Wir lieben das Leben, und so soll unsere Politik auch aussehen, im Interesse der Menschen. Wir wollen ihnen Mut machen. Das ist das, was wir wollen und was uns auszeichnet.

Liebe Genossinnen und Genossen, Demokratie braucht auch Parteien, gute Parteien. Parteien sind so gut wie ihre Mitglieder. Parteien sind nicht die Bremsklötze der Demokratie, sondern ihre Triebfeder. Einige Tausend Bürgerinnen und Bürger hatten wohl eben dieses Gefühl und sind in den vergangenen Wochen SPD-Mitglied geworden. Sie wollen mitmachen. Es waren allein im September/Oktober 5.600 neue. Herzlich willkommen in der SPD, liebe Genossinnen und Genossen!

Mischt euch ein und bringt noch welche mit. Es lohnt sich!

Demokratie braucht Einladung zur Praxis. Wir wollen Volksbegehren und Volksentscheide auch auf Bundesebene ermöglichen. Für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger, die seit sechs Jahren in Deutschland leben, soll es das kommunale Wahlrecht geben.

Lobbyisten müssen offenlegen, welche Interessengruppen hinter ihnen stehen und von wem sie bezahlt werden. Das waren Forderungen und Versprechen in unserem aktuellen Regierungsprogramm. Solche, die zum Mitmachen in der Demokratie einladen.

Übrigens: Statt alle vier nur alle fünf Jahre den Bundestag wählen, wie es der Bundestagspräsident fordert, wäre ein Demokratie-Minus. Nur wenn wir deutlich stärkere plebiszitäre Elemente einführen, lässt sich, glaube ich, auch eine Verlängerung der Legislaturperiode rechtfertigen.

Demokratie gründet auf der Gleichwertigkeit aller Menschen, dass es nicht Herr gibt und nicht Knecht, nicht Herrin und Magd, das ist sozialdemokratisches Credo. Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Ich erinnere an Johannes Rau, der, als er Bundespräsident wurde, sich auf diese Stelle in Artikel 1 des Grundgesetzes bezogen hat, und gesagt hat: "Da steht, die Würde des Menschen ist unantastbar. Da steht nicht, die Würde des gesunden, des nicht behinderten Menschen, da steht nicht, die Würde des deutschen Menschen ist unantastbar, sondern da steht, die Würde jedes Menschen ist unantastbar." Das ist Grundlage, so, wie wir Demokratie verstehen: Gleichberechtigung aller Menschen. Nicht gleich, aber Gleichberechtigung. Keiner ist weniger wert als der andere.

Diese Idee von der Gleichwertigkeit hat historisch mit der Sozialdemokratie an Durchschlagskraft gewonnen, in unserem Land und anderswo. Wir haben das Soziale und das Demokratische als Begrifflichkeit und als Anspruch in die deutsche Politik gebracht, eine stolze Geschichte. 1863 in Leipzig war Demokratie eine klare Kampfansage und eine bewusste Provokation in Richtung der Herrschenden. Heute ist es allen leicht. Aber die Wahrheit ist: Erst nach dem Zweiten Weltkrieg ist Demokratie unbestritten die einvernehmliche Basis unseres Gemeinwesens geworden.

Endgültig garantiert ist dieser gesellschaftliche Fortschritt aber nicht, denn das Faustrecht ist nicht tot, wonach sich immer der Stärkste und Skrupelloseste durchsetzt. Die internationale Finanzindustrie demonstriert das zur Zeit ungeniert. Sie schlägt brutal zu. Das ist Rückschritt, das ist gefährlich für die Demokratie.

Unabhängig davon müssen wir uns fragen: Was ist mit den Minderheiten in unserem Land? Denn da entscheidet sich ganz praktisch die demokratische Qualität unseres Landes. Ist die Akzeptanz der Gleichwertigkeit von Minderheiten wirklich gesichert? 15 Prozent unserer behinderten Kinder gehen in Regelschulen. In skandinavischen Ländern sind es bis zu 80 Prozent. Behinderte werden in Deutschland früh und größtenteils unnötigerweise früh separiert und aussortiert. Das darf so nicht bleiben, liebe Genossinnen und Genossen.

In der rot-grünen Zeit haben wir einige Vorurteile gegenüber homosexuellen Menschen abbauen können, aber noch nicht alle. Die fehlenden Schritte zur Gleichstellung

aller Formen von Partnerschaft müssen bald getan werden.

Deutschland ist seit Jahrzehnten Einwanderungsland. Akzeptiert ist das noch nicht lange, und von manchen noch gar nicht. Die Idee der deutschen Leitkultur ist bei den Konservativen noch nicht aufgegeben. Aber noch einmal: Unser Grundgesetz formuliert die Werte und gibt die Regeln. Wir brauchen darüber keinen verquasteten Überbau deutschümelnder Art. Das Grundgesetz gilt für alle. Das ist die Regel, nach der wir in Deutschland miteinander leben wollen.

Das Problem, das sich über die Jahre bei der Integration aufgebaut hat, ist ziemlich groß. Nur wenn wir in der vorschulischen Zeit und in der Schule und beim Übergang in den Beruf konsequent ansetzen, kann die Integration besser gelingen, aber auch das nur, wenn wir die Familien offensiv einbeziehen. Bund, Länder und Gemeinden müssen bei dieser großen gesellschaftlichen Aufgabe zusammenwirken. Anders wird das nicht gehen. Wenn das Grundgesetz heute noch dagegensteht, weil es solche Kooperationen verbietet, muss es dazu geändert werden, wie für die entscheidende Frage der Bildungspolitik in Deutschland überhaupt. Schluss mit der faulen Ausrede, dass für die Bildung die andere politische Ebene verantwortlich ist. Wir sind alle gefordert, am besten gemeinsam, liebe Genossinnen und Genossen.

Das ist kein leichtes Thema. Aber die erste Frage der Politik darf nicht schon wieder sein, wie populär der Kampf um gelungene Integration und ihre Verknüpfung mit einer großen Bildungsanstrengung denn ist, wie viele Wählerstimmen das verspricht oder kosten könnte. Wir müssen es endlich tun, und wir müssen dafür werben.

Demokratie braucht lokale und globale Dimensionen. So, wie die Bundespolitik den handlungsfähigen Sozialstaat garantieren muss, muss vor Ort und in der Region die soziale Gesellschaft wirksam sein, als Kitt der Demokratie: Vereine, Verbände, Initiativen, aber eben auch Parteien, Hauptamtliche und Ehrenamtliche. Sie knüpfen hier die gesellschaftlichen Netze. Kirchen, Gewerkschaften, große soziale Verbände, sie allen gehören dazu. Das sind immer noch viele, und das macht Mut für die Zukunft der Demokratie. Als Vorsitzender der SPD sage ich hier noch einmal ein Dankeschön an alle im Lande, die sich beruflich oder ehrenamtlich engagieren. Menschen für Menschen, das ist ein gutes Stück lebendige Demokratie. Macht das weiter!

Das kommunale Leben, die lokale Demokratie brauchen große politische Aufmerksamkeit, brauchen auch Handlungsspielraum und Handlungskraft. Das Kommunale ist nicht das Kellergeschoss der Demokratie, sondern eine tragende Säule auch für uns als Partei.

Lasst uns die Oberbürgermeister, Bürgermeister, Landräte zusammenholen und mit ihnen Merkel und Co. zeigen: Die Missachtung der Städte und Gemeinden und deren Menschen durch diese schwarz-gelbe Koalition akzeptieren wir nicht. Das gibt richtig Krach. Zurück an die Quelle! Und die ist vor Ort, liebe Genossinnen und Genossen.

Demokratie in einer globalisierten Welt ist keine neue Herausforderung. Aber sie ist inzwischen in Gefahr. Wir denken und agieren nationalstaatlich. Aber die nationalen Grenzen sind mit der faktischen Globalität immer relativer geworden. Es ist ein großes Dilemma der Arbeiterbe-

wegung, dass die handelnden Personen und die Arbeitnehmer an den nationalen Grenzen auf Grenzen stoßen, das Geld aber nicht.

Die internationale Finanzkrise beweist drastisch, wie ohnmächtig nationale Politik gegenüber global agierenden Hasardeuren werden kann. Bürgerinnen und Bürger fragen sich und fragen auch uns, ob wir die Sache im Griff haben, ob irgendwer denn die Sache im Griff hat im Sinne von sozialer Marktwirtschaft und Demokratie. Wer von uns wollte das bejahen? Die wachen Menschen fragen sich, für was denn dann Demokratie und Politik überhaupt gebraucht werden. Wir dürfen uns da nicht beruhigen lassen und dürfen uns auch nicht herausreden. Wir erleben nicht einen versehentlichen Ausrutscher des modernen Kapitalismus, sondern erleben seinen wahren Charakter, und der ist nicht kompatibel mit Demokratie, liebe Genossinnen und Genossen.

Entweder es gelingt, internationale Regeln zu setzen, die den Primat der Politik garantieren, die klarmachen: Geld und Wirtschaft müssen den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Oder die Demokratie verliert weiter schnell an Substanz und Vertrauen - weltweit und nicht nur bei uns. Es ist allerhöchste Zeit.

Die Zustimmung zur Demokratie war mindestens in der alten Bundesrepublik immer aufs Engste mit wachsendem Wohlstand und sozialer Stabilität verbunden. Was würde sein, wenn diese Analogie zerbräche? Europa ist der Feldversuch. Nur wenn die 27 insgesamt weitgehend demokratisch glaubwürdigen EU-Länder und ihre europäischen Institutionen es gemeinsam schaffen, diesen Finanzkapitalismus zu zähmen und gleichzeitig ökonomisch erfolgreich zu sein - im weltweiten Vergleich, besonders auch im Vergleich mit den großen Schwellenländern -, nur dann hat Demokratie global eine Chance.

Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück haben da Zeichen gesetzt. Nichts ist verloren. So mancher ist mit offensichtlich gutem Willen dabei, auch bei der G 20. Aber wir müssen auch Druck machen und dürfen uns keine Illusionen machen, liebe Genossinnen und Genossen. Denn gewonnen ist das noch nicht. Für die, die mit Geld spekulieren und für die Geld wichtiger ist als die Rechte der Menschen, für die ist Demokratie nichts, von dem sie sich freiwillig aufhalten lassen. Es gilt: entweder - oder. In den kommenden Jahren entscheidet sich da viel.

Die soziale Demokratie ist gefordert, die SPD vorne an - national und international. Lasst uns an der Stelle kämpfen. Dies ist eine historische Aufgabe von ganz besonderem Gewicht. Lasst uns dazu beitragen, dass wir helfen in Deutschland, in Europa und weltweit, diesen Kapitalismus zu stoppen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Demokratie bleiben kann - hier in Deutschland und in der Welt insgesamt, liebe Genossinnen und Genossen.

Nicht nur in Deutschland muss die Sozialdemokratie nach Niederlagen neue Kräfte gewinnen, auch in anderen europäischen Ländern. Und so schwach wie wir uns heute selbst sehen: die anderen warten und hoffen auf uns. Die glauben an unsere Kraft. Wir dürfen sie nicht enttäuschen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung und der sozialdemokratischen Bewegung ist eine, in der wir als SPD immer eine besondere Rolle gespielt haben. Der müssen wir gerecht werden.

Demokratie, liebe Genossinnen und Genossen, will Fortschritt. Fortschritt ist aber über die Jahrzehnte sehr technisch aufgeladen worden. Zum Mond fliegen, totale Mobilität, Internet, 3-D-Filme, Erneuerbare Energien, Roboter, Hüftgelenke, Herztransplantationen. Dass aller technischer Fortschritt nicht nur die Lebensbedingungen des einzelnen Menschen verändert, oft auch verbessert, sondern auch das gesellschaftliche Miteinander etwas oder ganz massiv verändert, ist dabei oft verdrängt worden. Aus dem technischen Fortschritt muss aber gesellschaftlicher Fortschritt werden - darum geht es -, damit die Werte nicht verloren gehen in einer Welt des Fortschritts.

Zwei große menscheitsgeschichtliche Fortschritte kommen in Gefahr, zwei, die aufs Engste verbunden sind mit uns als Partei und mit der sozialdemokratischen Idee: die Idee von der organisierten Solidarität im Rahmen des Sozialstaates und die Idee des Prinzips der Demokratie. Diese tragenden sozialdemokratischen Ideen sind richtig und sie bleiben aktuell, jetzt und auch in der kommenden Zeit. Sie sind unverzichtbar. Das alles wirft viele Fragen auf und ist in der politischen Umsetzung kompliziert. Ja, ich weiß das. Aber die Wahrheit, die sich darauf für unsere Arbeit ergibt, ist relativ einfach. Ein paar klare Vorsätze helfen:

Erstens. Die Gesamtverantwortung zur Messlatte machen. Zweitens. Selbstkritisch sein und selbstbewusst. Wir können und müssen noch besser werden. Ja, aber gut sind wir schon. Drittens. Nach vorn blicken und handeln. Viertens. Für das Vernünftige werben. Und letztlich: Einigkeit machen stark. Das waren und bleiben Grundlagen sozialdemokratischer Erfolgsgeschichte.

2013, wenn es dann im Mai 150 Jahre sind seit Gründung der ersten sozialdemokratischen Organisation, des ADAV, kann die politische Welt auch im Bund schon wieder ganz anders aussehen. Das hat allerdings Bedingungen. Einige sind angesprochen, andere kommen hinzu. Wir können sie erfüllen. Lasst uns mutig ans Werk gehen, richtig mutig. Übermütig wäre falsch, kleinmütig noch falscher, liebe Genossinnen und Genossen. Mut auf dem Weg nach vorn!

In einem Gedicht von Peter Rühmkorf, das er Willy Brandt gewidmet hat, gibt es den Refrain: "Sei erschütterbar, doch widersteh!" Das trifft es. Denn, liebe Genossinnen und Genossen, das muss uns erschüttern: unser Vertrauensverlust bei so vielen Menschen. Unsere Unzulänglichkeit, das Richtige, das wir wollen, in konkrete Politik zu fassen. Unsere unzureichende Fähigkeit, unsere Politik verständlich und mehrheitsfähig zu machen. Das ist alles wahr. Aber wir müssen auch widerstehen: der Oberflächen- Antwort, dem billigen Zorn, der Nostalgie, der Mutlosigkeit, der Missgunst untereinander und dem kleinen Karo. Wir müssen widerstehen.

Abschließend - ich werde mich in der folgenden Aussprache noch zu Wort melden, wenn die Situation das gebietet - will ich sagen: Dies ist meine letzte Rede als Parteivorsitzender. Erlaubt mir daher ein paar persönliche Worte.

Erstens. Dankeschön an die, mit denen ich besonders eng zusammenarbeiten durfte und die jetzt mit mir aus den Parteifunktionen ausscheiden, auch wenn sie hoffentlich an anderen Stellen noch lange dabei sind. Frank-Walter, Peer, Hubertus, Kajo, Stefan, Svenja, Andreas,

Raphael. Meine Büros im weiteren Sinne sind damit gemeint, auch die Fahrer und die Sicherheitsbeamten. Das sind prima Frauen und Männer. Danke allen im Willy-Brandt-Haus. Das ist eine starke Truppe.

Zweitens. Irgendwer hat gemeint, ich sei ein autoritärer Knochen. Viele haben das nachgeschrieben und erzählen das seit dem bereitwillig. Ich habe diese Charakterisierung immer mit Amusement betrachtet. Zum Abschied darf ich nun erleichtert feststellen: Ich bin diesbezüglich unerkannt durch die lange Zeit der Ämter gekommen. Es war mir eine Ehre und es war mir ein Vergnügen!

Drittens. In diesen bald 44 Jahren Mitgliedschaft habe ich in dieser SPD viel erfahren, das mich froh gemacht hat, dabei zu sein. Den Stolz der Freien, den Sinn für Gerechtigkeit, die Bereitschaft zum Engagement. Ganz überwiegend Gutes.

Ich bedanke mich bei allen, die in dieser besonderen Partei, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, dabei waren und sind und die ihr treu sind. Gebt das Dankeschön auch an die weiter, die ihr nach dem Parteitag in den Ortsvereinen und Unterbezirken trefft. Sagt es auch ihnen: Wie es auch weitergeht im Auf und Ab und Ab und Auf der politischen Zeiten: Ich bin dabei, ich bin Sozialdemokrat- immer! Glückauf, liebe Genossinnen und Genossen!

In dieser Lage müssen wir alle Kräfte bündeln, um die Folgen der Wirtschaftskrise abzumildern und vor allem die Basis für den nächsten Aufschwung zu legen. Denn wir wollen nicht einfach nur diese Krise irgendwie überstehen, sondern wir wollen gestärkt aus dieser Krise herauskommen. D. h. wir müssen jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir den nächsten Aufschwung von der ersten Sekunde an voll mitnehmen können, damit wir im globalen Wettbewerb ganz vorne mitspielen.

Mit insgesamt drei Maßnahmenpaketen steuern wir aktiv gegen diese Krise an. Nach dem Schutzschirm für den Finanzmarkt, der ganz wichtig für die konjunkturelle Erholung ist, haben wir im November das erste ausdrückliche Konjunkturpaket in Höhe von rund 30 Mrd. Euro beschlossen.

Das zweite Konjunkturpaket, das am 12. Januar 2009 im Koalitionsausschuss beschlossen worden ist und Mitte Februar im Bundestag verabschiedet wird, hat einen Umfang von rund 50 Mrd. Euro.

Alle drei Maßnahmen werden mit dazu beitragen, dass die Konjunktur in Deutschland bald wieder in Gang kommt, Arbeitsplätze gesichert und Qualifizierung gefördert wird. Vor allem mit den beiden Konjunkturpaketen, die mit rund 80 Mrd. Euro die größten in der Geschichte der Bundesrepublik sind, wird uns das gelingen.

Und natürlich setzen auch die Beschlüsse zur Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages, zur Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages ebenfalls wichtige konjunkturelle Impulse.

Unsere konjunkturellen Maßnahmen fußen auf 7 Säulen: Impulse für mehr Investitionen, Entlastungen der Bürgerinnen und Bürgern von Steuern und Abgaben, Sicherheitsnetz für die Beschäftigten, Stärkung der Automobilindustrie, Modernisierung des Landes, bessere Bedingungen für Unternehmen und Fortführung unserer nachhaltigen Haushaltspolitik.

REDE VON SIGMAR GABRIEL

Liebe Gäste, liebe Freunde der Sozialdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen und liebe Beate Sieweke aus Nordrhein-Westfalen!

Sie hat eben als Vorletzte gesprochen. Beate hat gesagt, sie könne dem Leitantrag nicht zustimmen und auch den Kandidaturen zum Parteivorstand nicht. Ich wollte sie um etwas bitten. Ich möchte dich bitten, dass du dem Leitantrag und mir und allen anderen eine Chance gibst.

Ich sage das nicht so dahin, weil ich sonst keinen Einstieg in meine Rede finden würde.

Ihr könnt euch das nicht vorstellen, aber selbst einer wie ich hat ein bisschen Lampenfieber vor dem, was jetzt kommt.

Ich habe das zu Beate gesagt, weil es ja nicht selbstverständlich ist, was hier passiert. Es ist ja nicht so, dass es über die Kandidaturen zum Parteivorsitz, zur Generalsekretärin und zum Parteivorstand keine Debatten gegeben hätte, die auch richtig und notwendig sind.

Es geht hier eigentlich um zwei Dinge: Wir kandidieren - das ist erlaubt in der Sozialdemokratie. Und wir bitten um einen Vertrauensvorschuss; denn um mehr können wir heute noch nicht bitten.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen, dieser Parteitag ist nicht irgendein Parteitag. Er stellt eine politische Zäsur für die SPD dar, aber auch für die politische Entwicklung im Land. Wir haben eine historische Niederlage erlitten, obwohl wir in einer Zeit leben, die geradezu nach sozialdemokratischen Antworten schreit. Diejenigen regieren jetzt unser Land, die über Jahrzehnte die ökologischen und sozialen Bedürfnisse der Menschen der Ideologie des Marktes untergeordnet haben. Sie sind die ideologischen Wegbereiter der Finanz- und Wirtschaftskrise. Und trotzdem haben sie die Wahlen gewonnen. Wir könnten es uns jetzt leicht machen und sagen: „Ihr werdet schon sehen, was ihr von denen habt!“, in der Hoffnung, dass sich die Weisheit und die Richtigkeit unserer Politik und unseres Regierungshandelns sozusagen im Nachhinein schon herausstellen wird. Ich glaube, wir alle wissen: Von uns wird jetzt etwas anderes gefordert.

Wir müssen uns die Zeit nehmen, zu prüfen, woran es denn gelegen hat, dass die Mehrzahl der Deutschen in allen Umfragen sozialdemokratische Antworten auf die Krise geben oder sie fordern, der Sozialdemokratischen Partei bei der letzten Bundestagswahl aber nicht geglaubt hat, dass wir diese Antworten wirklich geben wollen.

Natürlich, wir werden CDU/CSU und FDP, diese Klientelkoalition, für das kritisieren, was sie tun oder planen. Aber genauso wichtig ist es, das Wahlergebnis jetzt anzunehmen. Was wir jetzt am wenigsten brauchen, liebe Genossinnen und Genossen, sind Spekulationen über denkbare oder undenkbare Koalitionen.

Die Wählerinnen und Wähler haben uns nicht mit 23 Prozent nach Hause geschickt, damit wir sofort danach zuerst darüber nachdenken, wie wir uns in scheinbar geeigneten Konstellationen mit anderen Parteien wieder zurück an die Macht schleichen können. Die wollen nicht,

dass wir über andere nachdenken, sondern sie wollen, dass wir über uns selbst nachdenken. Genau das werden wir tun, liebe Genossinnen und Genossen.

Es geht um unsere eigenen Vorschläge, unsere eigenen Politikentwürfe, unsere eigenen Konzeptionen und Vorhaben - und nicht um das Verhältnis zu anderen Parteien, auch nicht, wenn sie sich links nennen. Um es gleich am Anfang zu sagen: Die deutsche Sozialdemokratie definiert sich weder in Abgrenzung noch in Ableitung von anderen Parteien. Sie definiert sich selbst. Denn was links ist, das bestimmt sich immer inhaltlich und nicht nach rechnerischen Mehrheiten.

Es gibt für mich keinen Grund, Koalitionen prinzipiell auszuschließen, aber es gibt auch keinen Grund, sie prinzipiell immer zu schließen, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich will, dass die SPD wieder stärker wird, dass sie so stark wird, dass andere darüber nachdenken müssen, was sie bei sich ändern müssen, damit sie mit uns regieren dürfen, liebe Genossinnen und Genossen.

Am Anfang steht die Überprüfung unserer eigenen Politik. Überprüfen heißt, zu unterscheiden zwischen dem, was richtig war, was gut war und was das Land in den letzten elf Regierungsjahren der SPD weitergebracht hat, und dem, was nicht richtig war, was nicht so gut war und wo wir etwas falsch eingeschätzt haben. Lasst uns dabei nicht in allzu leichte Erklärungen flüchten: dass es nur daran gelegen habe, dass uns die Menschen nicht richtig verstanden hätten oder wir es nicht richtig erklärt hätten. Wer ein derartiges Wahlergebnis bekommt, der hat mehr als nur ein Kommunikationsproblem.



Zu den Delegierten hinter mir will ich zwischendurch sagen: Wenn ich euch den Rücken zudrehe, dann tut mir das leid. Gelegentlich muss man auch darauf achten, dass nicht nur moderne Formen gewahrt werden, sondern dass man sich auch noch sieht. Ich fühle mich durch euch im Rücken gestärkt, würde euch derzeit aber lieber Auge in Auge gegenüberstehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns auch nicht kleinmütig sein. Es gab in unserer Regierungszeit ungeheuer viel, auf das wir nach wie vor stolz sein können. Seid sicher: Wenn wir das nicht sagen - die anderen werden das nicht für uns tun.

Nur aus dem Stolz über das, was man erreicht hat und gut gemacht hat, erwächst die innere Kraft, sich zu dem

zu bekennen, was man nicht so gut gemacht hat und was man verändern muss. Die beiden Dinge gehören in der SPD zusammen, liebe Genossinnen und Genossen.

Die erste Nagelprobe, ob wir gemeinsam in der Opposition richtig und gut aufgestellt sind, ist die Frage, ob uns das gelingt oder ob wir über unsere Wahlanalyse weiter innerparteilich streiten. Weil sich in den letzten Tagen einige kritische Stimmen mit dem verbunden haben, was Andrea Nahles und ich auf den Regionalkonferenzen gesagt haben, will ich sagen: Wir sind in den letzten anderthalb Wochen dort 6 000 SPD-Mitgliedern begegnet. Da soll noch mal einer sagen, die Partei sei verzagt und habe keinen Mut mehr! Klar haben die kritisiert, aber sie wollen auch wieder raus, sie wollen, dass die SPD wieder stärker wird, weil sie wissen, dass sozialdemokratische Politik in Deutschland für die Menschen gebraucht wird. Das ist der Grund, weshalb sie gekommen sind.

Nachdem wir dort unsere Erklärung für die Wahlen gegeben haben, gab es Berichte in den Zeitungen, das sei eine Abrechnung, die neue Führung stehe gegen die alte. Weil das so geschrieben wurde, will ich am Anfang sagen: Ich fühle mich verantwortlich für alles, was wir in den letzten Jahren gemacht haben – für das, was wir alle miteinander gut fanden, und für das, wo wir hinterher feststellen, dass das nicht so gut gewesen ist und dass wir das verändern müssen. Ich halte nichts davon, dass wir die Partei aufteilen in die, die schon immer alles wussten, und die, die immer alles falsch gemacht haben. Das geht nicht.

Ich habe mich über den Applaus des Parteitages für Franz Müntefering gefreut. Jeder von uns weiß doch, dass sich Franz einen anderen Abschied gewünscht hätte als einen mit 23 Prozent in einer großen Notlage. Übrigens, auch wenn es keiner glaubt: Ich persönlich wäre lieber Bundesumweltminister unter einem Kanzler Frank-Walter Steinmeier gewesen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD kann und darf und will ihre Regierungszeit nicht verleugnen. Vieles aus den elf Jahren bleibt: das Zuwanderungsgesetz, die Verbesserung der Stellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, die Senkung des Eingangsteuersatzes, die Verteidigung des Gesundheitssystems gegen Heerscharen von Lobbyisten – da werden sich noch einige schnell nach Ulla Schmidt zurücksehnen, liebe Genossinnen und Genossen –, das Ganztagschulprogramm, die Erneuerbaren Energien. Das alles stand auch unter der Überschrift: Agenda 2010. Liebe Genossinnen und Genossen, auch wenn es schon oft gesagt wurde: Auch das Nein zum Irakkrieg bleibt ein sozialdemokratisches Verdienst, und das lassen wir uns nicht kleinreden.

Und was die große Koalition angeht: Wie viele Menschen in Deutschland wären inzwischen schon arbeitslos ohne das Konjunkturprogramm von Frank-Walter Steinmeier, ohne die Kurzarbeiterregelung von Olaf Scholz? Und wie sähe die Bankenkrise wohl aus, wenn es nicht jemanden wie Peer Steinbrück gegeben hätte, der der Regierung und den Finanzministern in Europa und der Welt den richtigen Kurs gegeben hat?

Die Regierungszeiten von Sozialdemokraten in Deutschland waren übrigens nie eine leichte Zeit. Immer wenn es schwierig war, mussten Sozialdemokraten ran: in der ersten Wirtschaftskrise, der Ölkrise, in der Zeit des sogenannten Deutschen Herbstes, und nach Kohl in einer Situation, die sich wie eine bleierne Last auf das Land gelegt hatte, wieder mitten in der Wirtschaftskrise.

Ich sage das deshalb, weil Sozialdemokraten in ihren Regierungszeiten immer vor gewaltigen Herausforderungen standen, die manchmal schwerer waren als vieles davor und oft historische Entscheidungen beinhaltet haben. Ich sage das auch, liebe Genossinnen und Genossen, weil wir manchmal mit unseren Vertreterinnen und Vertretern in Regierung, Fraktion oder Partei ziemlich respektlos umgehen. Ich sage das in aller Offenheit. Das gilt auch für den Umgang mit denen, die auf Parteitage Minderheitenmeinungen vertreten, die Warner sind, die nicht alles mitmachen. Die hat es ja auch gegeben. Die Kritik heute ist ja nicht zum ersten Mal gekommen an manchem von dem, was wir gemacht haben. Ich glaube, es geht zuallererst am Anfang auch darum, dass wir uns darüber im Klaren werden, dass der innerparteiliche Umgang untereinander ein anderer werden muss, liebe Genossinnen und Genossen, ein anderer!

Die unversöhnliche Härte, mit der bei uns manchmal politische Debatten personell ausgetragen werden, dass es scheinbar in der Sozialdemokratie so schwierig ist, sich in der Diskussion zu verzeihen, wird von Menschen außerhalb der SPD beobachtet und macht oft keinen sehr attraktiven Eindruck.

Wenn das Wort „Genossin“ oder „Genosse“ wieder einen stolzen Klang erhalten soll, dann müssen wir es auch so verstehen, wie es mal gemeint war: als Zeichen innerer Verbundenheit, als Symbol für Gleichheit in der Partei, egal ob Bundeskanzler oder Mitglied im Ortsverein oder in der Arbeitsgemeinschaft, und als Zeichen, dass uns viel mehr eint als uns trennt, liebe Genossinnen und Genossen.

Lasst uns uns freuen über unterschiedliche Meinungen! Lasst uns froh sein, wenn Menschen bei uns sind, zu uns kommen, unterschiedliche Auffassungen haben und uns gegenseitig respektieren! Ich glaube, dass diejenigen, die uns beobachten, die überlegen, ob sie uns wählen und vertrauen, zuerst sehen wollen, dass wir uns selbst vertrauen. Die allermeisten außerhalb der SPD interessieren sich nämlich nicht für unseren innerparteilichen Streit, für unsere Personaldebatten oder für unsere Flügel. Aber sie haben ein sehr deutliches Gespür dafür, ob wir das, was wir über eine tolerante, weltoffene und solidarische Gesellschaft erzählen, auch selber vorleben, liebe Genossinnen und Genossen.

Wenn wir jetzt diskutieren, dann kämpfen wir nicht um innerparteiliche Geländegewinne des einen oder des anderen. Wir kämpfen ab jetzt ausschließlich für Geländegewinne in der Gesellschaft, liebe Genossinnen und Genossen. Wenn wir das wieder schaffen und wenn wir trotz aller notwendigen Debatten beieinander bleiben, dann ist mir jedenfalls nicht bange. Wenn wir uns auf das besinnen, was die deutsche Sozialdemokratie seit 146 Jahren stark gemacht hat, nämlich Aufgeschlossenheit füreinander und Geschlossenheit miteinander, dann

werden wir wieder eine starke SPD, die die Tradition der Erneuerung, die Kraft zur Veränderung und den Mut zu mehr Politik wieder aufbringt, liebe Genossinnen und Genossen.

Die SPD hat in ihrer Geschichte schlimmere Krisen durchlebt als jetzt. Aber sie hat durch ihre Mitglieder und Anhänger auch immer wieder die Kraft für einen neuen Aufbruch, einen neuen Anfang gehabt. Es ist jedes Mal zu einer starken und selbstbewussten und auch erfolgreichen Partei gekommen. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist der Auftrag, wie ich ihn sehe, an diesen Parteitag in Dresden, 50 Jahre nach Godesberg, einen neuen Aufbruch und einen neuen Anfang miteinander hinzukriegen.

Für mich gibt es drei Erkenntnisse aus dem Bundestagswahlresultat. Mit einem Verlust von 10 Millionen Wählerinnen und Wählern seit 1998 haben wir die Hälfte unserer Anhängerschaft verloren. Wir haben in alle Richtungen verloren. Eine Partei, der das passiert, hat eines nicht: ein sichtbares Profil. Das ist die erste bittere Erkenntnis aus der Bundestagswahl.

Die zweite ist noch beunruhigender: Warum hat die SPD ausgerechnet in dieser Zeit der größten Finanz- und Wirtschaftskrise die Wahlen verloren, die, wie gesagt, geradezu nach sozialdemokratischen Antworten schreit? Ausgerechnet die, die die ideologischen Wegbereiter der Krise sind, haben gewonnen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die dritte Erkenntnis ist - die macht mich besonders nachdenklich -: Nicht nur uns geht es so, sondern fast allen sozialdemokratischen Parteien in Europa. Die niederländische Sozialdemokratie liegt unter 20 %. In Frankreich kannst du von einer sozialistischen Partei kaum noch sprechen. In Italien fällt das auch schwer. Und Labour liegt nicht gerade vor einem gigantischen, großen Wahlsieg.

Um das zu erklären, helfen die Verweise auf einzelne Politikbestandteile, glaube ich, nicht weiter. Die Erkenntnis lautet: Die Gründe für den Niedergang der Sozialdemokratie in vielen Ländern Europas, auch in Deutschland, liegen offenbar tiefer als auf der Oberfläche einzelner politischer Beschlüsse. Die schwierigen Beschlüsse, die uns so sehr von unserer Wählerschaft entfernt haben - zur Arbeitsmarktreform, zur Leiharbeit, zur Rente -, sind, glaube ich, nur Symptome, nicht die eigentlichen Ursachen.

Wie ist es aus meiner Sicht dazu gekommen? - Ich glaube, wir haben nicht eine Wahl verloren. Wir haben in Etappen verloren. Ich glaube, das liegt an einem großen Missverständnis, man kann auch sagen: an einem Irrglauben darüber, was eigentlich die politische Mitte in Deutschland ist. Seit bald 20 Jahren geht ein neues Gespenst um in Europa: das Gespenst der politischen Mitte, genauer gesagt: der neuen Mitte. Alle reden über sie, alle reklamieren sie für sich. Alle meinen sie zu kennen, ohne allerdings genau erklären zu können, wer oder was die Mitte ist oder wofür die politische Mitte steht. Auch wir haben die politische Mitte für uns reklamiert und haben sie mehrfach in der Nachkriegsgesellschaft gefunden: in den 70er-Jahren durch Willy Brandt, später durch Helmut Schmidt und auch durch Gerhard Schröder. Jedes

Mal, wenn die SPD die politische Mitte gewonnen hat, hat sie auch Wahlen gewonnen, hat sie Mehrheiten und Zustimmung bekommen.

Dennoch sage ich: Die politische Mitte in Deutschland war nie ein fester Ort, nie eine bestimmte Gruppe in der Gesellschaft oder in der Wählerschaft. Die politische Mitte definiert sich nicht durch Einkommens- oder Berufsgruppen und übrigens auch nicht durch bestimmte politische Einstellungen, denen man sich anzupassen habe. Die politische Mitte Willy Brandts war etwas ganz anderes. Sie war kein fester Ort, sondern sie war die Deutungshoheit in der Gesellschaft. Die politische Mitte in einem Land hat der gewonnen, der in den Augen der Mehrheit der Menschen die richtigen Fragen und die richtigen Antworten bereithält.

Also der, der die Deutungshoheit über die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen besitzt. Der steht in der Mitte der Gesellschaft. Willy Brandt wusste das. Er wusste, dass man diese Deutungshoheit erobern muss: von links, mit emanzipatorischen Antworten auf die Herausforderungen der Zeit. Er wusste, dass die Menschen Ende der 60er-Jahre die Nase voll hatten von der restaurativen Adenauer-Ära. Deshalb hat er mit seiner sozialdemokratischen Antwort darauf unter der Überschrift „Mehr Demokratie wagen“ die Deutungshoheit Ende der 60er-Jahre und in den 70er-Jahren gewonnen. Er stand mit dieser Deutung fest in der Mitte der Gesellschaft. Er wusste außerdem, dass die Menschen in Deutschland über alle sozialen Schichten hinweg den Kalten Krieg beenden wollten. Sein Satz „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein nach innen wie nach außen“ war ein Programmsatz, der alles ausdrückte, wonach sich damals eine große Mehrheit der Deutschen sehnte: nach einer Politik der Entspannung. Er hatte mit beiden Programmsätzen die Deutungshoheit über die Fragen und die Antworten seiner Zeit. Er hatte die Mehrheit unseres Landes hinter sich und stand damit fest in der Mitte der Gesellschaft. Das war nicht selbstverständlich. Es gab enorme Auseinandersetzungen darüber. Aber Willy Brandt und die SPD haben nicht ihre Antworten angepasst, sondern sie haben um die Deutungshoheit in dieser Gesellschaft gekämpft, liebe Genossinnen und Genossen.

Ihre Fragen, die Fragen und Antworten der SPD und die Anfragen und Antworten Willy Brandts, waren emanzipatorisch, aufklärerisch und damit eben links. Wir haben die Menschen zu diesen Positionen mitgenommen, sie überzeugt und dann Schritt für Schritt Mehrheiten gewonnen. Am Ende standen die emanzipatorischen, die aufgeklärten Argumente der Sozialdemokratie in der Mitte der Gesellschaft. Die Mitte war links, weil wir sie verändert haben. Die SPD hat sie erobert, und das müssen wir wieder machen, liebe Genossinnen und Genossen.

Das Konzept der politischen Mitte, wie es seit ein paar Jahren in Deutschland interpretiert wird, ist etwas ganz anderes. Wir haben uns einreden lassen - und mit uns viele andere in der Sozialdemokratie Europas -, die politische Mitte sei etwas Festgelegtes, an das man sich anpassen müsse, wenn man Wahlen gewinnen will. Der Politologenglaube, man müsse sich einer vermeintlich festgelegten Mitte annähern, wenn man noch Wahlen

gewinnen will, statt sie mit eigenen Antworten und Konzepten wieder für sich zu gewinnen, ist - so glaube ich - die eigentliche Ursache für unsere Wahlverluste.

Denn die hinter dieser scheinbar festgelegten Mitte stehende Deutungshoheit lag ja seit dem Fall der Mauer nicht bei uns, sondern jeden Tag ein bisschen mehr bei den Marktideologen. Wettbewerbsfähigkeit im Zeitalter der Globalisierung - so die weltweite Deutungshoheit seit Mitte der 90er-Jahre - sei nur durch Anpassung an die Märkte zu schaffen. Deregulierung statt weltweites Regulieren, Verzicht auf Spielregeln für die Wirtschaft statt soziale und ökologische Grenzen der globalisierten Märkte. Und jeder, der das bezweifelte wurde doch ins Reich des 19. Jahrhunderts verschoben. Kein Zeitungsbericht, keine wissenschaftliche Veröffentlichung, kein Kommentar, der nicht bis vor wenigen Monaten, bis zur Finanz- und Wirtschaftskrise, diese Deutung der Marktradikalen nicht übernommen hätte. Mitbestimmung, Tarifautonomie, Sozialstaat, ja, sogar demokratische Politik selbst, das galt doch nur noch als Ballast in Zeiten der Globalisierung.

Nicht überall, aber doch in wichtigen Bereichen haben wir nicht mehr um die Deutungshoheit unserer eigenen Antworten gekämpft. Statt die Mitte zu verändern, haben wir uns verändert. Wir haben uns schrittweise der damals herrschenden Deutungshoheit angepasst, und mit uns viele andere sozialdemokratische Parteien in Europa. Wenn es eine Lehre aus der Wahlniederlage gibt - bei uns und in anderen Teilen der Welt -, dann die, dass sich die SPD nie anderer Leute Deutungshoheit anpassen darf, sondern dass wir immer um unsere Deutungshoheit kämpfen müssen.

Gott sei Dank haben wir uns nicht überall ergeben. Wir haben nun wirklich nicht alles mitgemacht, was diese neunmalklugen BWL-Yuppies oder die aus den Redaktionssetagen, liebe Genossinnen und Genossen, gesagt haben.

Ich kann es mir nicht verkneifen, aber ich sage es trotzdem: Ich kann mich noch daran erinnern, wie wir in jedem Gespräch ausgelacht worden sind, als es darum ging, den Kündigungsschutz zu erhalten. Das sei *das* Wettbewerbshindernis. Ich finde, einige, die das gesagt und geschrieben haben, könnten uns angesichts mancher Krise dankbar dafür sein, dass wir es in dieser Zeit für sie erhalten haben, liebe Genossinnen und Genossen.

Mitbestimmung, Tarifvertragsfreiheit, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und vieles andere mehr haben wir verteidigt. Ich glaube, auch darauf können wir angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise stolz sein. Aber wir haben eben in der Anpassung an die herrschende Lehre, die wir für die Mitte gehalten haben, auch Politikkonzepte entwickelt, die schon große Teile unserer Mitgliedschaft innerlich nicht akzeptiert haben und die unsere Wählerschaft in ihrem Bedürfnis nach sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit verletzt haben und bei ihnen nicht etwa Aufstiegsfreude, sondern Abstiegsängste geweckt haben.

Ich will offen sagen, was für mich dazu zählt. Natürlich ist es so, dass das alte System der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe viele Ungerechtigkeiten

hatte. Ich erinnere mich gut daran - lasst uns das nicht vergessen -, dass auch in unserer Mitgliedschaft viele gesagt haben, es kann nicht sein, dass sich der Verbleib in der Arbeitslosenhilfe plus Schwarzarbeit mehr lohnt als die Aufnahme sozialversicherungspflichtiger Arbeit in Deutschland. Lasst uns das nicht vergessen.

Aber genauso stimmt doch: Wenn einer 20 oder 30 Jahre gearbeitet hat, dann unverschuldet arbeitslos wird und dann nach zwölf oder 18 Monaten genauso viel oder genauso wenig wie der bekommt, der noch nie gearbeitet hat, der muss das als Missachtung seiner Lebensleistung empfinden, und das haben die bei uns kritisiert.

Ebenso wie viele aus den Gewerkschaften habe ich mir bei der Leih- und Zeitarbeit auch erhofft, dass dieser berühmte Klebeffekt eintritt, dass jemand, der gar nicht gearbeitet hat, über die Leiharbeit erst einmal in den Betrieb reinkommt. Dann stand ja auch als Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Was wir aber falsch gemacht haben, ist Folgendes: Wir haben das Scheunentor für Scheintarifverträge mit Scheingewerkschaften so aufgemacht, dass für viele Leih- und Zeitarbeit der Regelfall geworden ist und dass sie mit Armutslöhnen zu leben haben, liebe Genossinnen und Genossen.

Und, ja, es stimmt: Die alte Formel der Rentenversicherung passt nicht mehr, wenn immer weniger Leute arbeiten, wenn die Menschen später anfangen zu arbeiten, aber Gott sei Dank länger leben. Aber eines weiß ich eben auch. Meine Mutter ist Krankenschwester gewesen, und ich kenne keine Krankenschwester, die mit 67 noch einen Patienten heben kann.

Deswegen werden wir das, was uns dort an Kritik entgegengekommen ist, jetzt in der Partei debattieren müssen. Aber ich sage euch: Es hilft auch nichts, wenn wir aus der Zahl 67 eine 65 machen oder wenn wir sagen, wir gehen zurück auf „Los“. Es geht doch eigentlich darum, dass wir uns jetzt die Zeit nehmen, um das Verhältnis von Arbeit und sozialen Sicherungssystemen zu klären. Wir müssen die Frage klären, wie einer, der gearbeitet hat und der vielleicht mit 62 schon nicht mehr kann, ohne dramatische Einkommens- und Rentenverluste bis ins Rentenalter kommt. Das müssen wir jetzt klären, liebe Genossinnen und Genossen.

Andrea Nahles, ich und die anderen, die mitmachen - und das steht im Leitantrag -, wollen das jetzt machen, und zwar von unten nach oben, unter Beteiligung der Ortsvereine, der Unterbezirke, der Bundestagsfraktion, der Landes- und Bezirksverbände, aber übrigens auch unter Beteiligung derjenigen, die uns dazu guten Rat geben können, und zwar der Gewerkschaften, der Sozialverbände und vieler anderer in Deutschland. Ich möchte einfach, dass wir die Chance nutzen, das zu tun, und nicht so zu tun, als wüssten wir zu jedem Detail eine Antwort. Aber in einigen Monaten - spätestens in zwölf - müssen wir solche Antworten haben.

Lasst mich eines vorwegnehmen: Deswegen bin ich dafür, dass wir jährlich Parteitage abhalten, und wenn wir nicht wählen, dann diskutieren wir über Politik und entscheiden sie. Das brauchen wir auch in der Opposition, liebe Genossinnen und Genossen.

Sozialdemokratie war immer dann stark, wenn sie sich nicht mit Anpassung zufrieden gegeben hat, wenn sie mehr war als das kleinere Übel. Die SPD hat nur Erfolg, wenn sie den Hoffnungsüberschuss produziert, den Menschen übrigens brauchen, und zwar einen Hoffnungsüberschuss dahingehend, dass man sich nicht abfinden muss, weder mit dem eigenen Leben noch mit dem anderer, liebe Genossinnen und Genossen.

Sozialdemokraten wollen das Leben verändert und sich nicht immer an die herrschenden Verhältnisse anpassen müssen. Deswegen sind wir doch in die Politik gegangen.

Die Mitte ist der Ort der politischen Auseinandersetzung. Ihr kann man sich nicht anpassen. Denn hier streiten letztlich Sozialdemokraten mit Konservativen und Neoliberalen um die Deutungshoheit für die zentralen Fragen und Antworten unserer Zeit. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, warne ich vor einer falschen Alternative nach dem Motto „Entweder links oder Mitte“. Das wollen uns jetzt einige herbei schreiben. Das ist eine völlig unsinnige Gegenüberstellung und gefährlich dazu. Unsinnig, weil diese Gegenüberstellung unpolitisch ist. Links ist nämlich auch kein festgelegter Ort. Das wusste Willy Brandt, als er, an seine SPD gerichtet, gesagt hat: Bleibt immer auf der Höhe der Zeit. Jede Zeit braucht eigene Antworten.

Linke Politik ist doch etwas anderes. Sie ist doch nicht ein Politikinstrument, sondern sie ist der Ausdruck einer Grundhaltung, der Ausdruck eines Menschen- und Gesellschaftsbildes. Bei diesem Bild geht es um die Emanzipationsfähigkeit des Menschen. Für uns ist der Mensch zur Freiheit fähig, aber eben auch zur Verantwortung und Solidarität mit allen anderen, die bei uns und woanders leben.

Wenn mich einer fragt „Was ist links?“, dann sage ich: Links heißt, dass man für Gesellschaften eintritt, die gerecht sind, weil Freiheit und Verantwortung, Freiheit und Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit aneinander gebunden sind. Diese Grundüberzeugung ist das, was für mich und für die Sozialdemokratie links ist. Wenn wir links so verstehen, dann müssen wir uns doch nicht nach links öffnen, sondern wir müssen unsere politischen Konzepte daraufhin überprüfen, ob sie diesem Anspruch auf Freiheit und Verantwortung gerecht werden.

Von dieser Grundüberzeugung, dass Freiheit, Verantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität zusammengehören, wollen wir möglichst viele Menschen überzeugen; das soll unsere Gesellschaft prägen. Dieser Gedanke soll fest in der Mitte der Gesellschaft verankert sein. Deshalb ist es falsch, links und Mitte gegeneinander zu stellen. Es ist aber auch gefährlich. Denn CDU/CSU und FDP brauchen diese Gegenüberstellung. Nur wenn sie es schaffen, uns auszugrenzen, dann haben Sie eine Chance, dass sie die Deutungshoheit und die Mehrheit behalten. Sie brauchen die Konfrontation zwischen links und Mitte. Wir dürfen in diese Falle nicht hineinflüchten. Die anderen würden sich über eine Zerrissenheit der SPD freuen, die über einen vermeintlichen Linkskurs oder über einen Mitte-Kurs streitet.

Es ist doch kein Zufall, liebe Genossinnen und Genossen, dass sich in der Regierungserklärung der Kanzlerin für

CDU/CSU und FDP der Begriff von der „Koalition der Mitte“ befindet. Sie wollen, dass sich der Eindruck verfestigt, dass sich links und Mitte ausschließen. Sie möchten Etiketten verteilen: sie, die Moderaten in der Mitte der Gesellschaft, und die anderen Fundamentalisten oder Schlimmeres. Diese Koalition aus Union und FDP will nicht, dass über Gesellschafts- und Menschenbilder in der Mitte der Gesellschaft gerungen wird. Denn sie können sich zufriedengeben damit, dass inzwischen fast ein Drittel der Gesellschaft nichts mehr von demokratischer Politik erwartet. Wir, liebe Genossinnen und Genossen, können uns damit nicht zufriedengeben.

Immer mehr Menschen wenden sich von der demokratischen Willensbildung, von den Parteien, auch von der Sozialdemokratie, ab. Sie haben jede Hoffnung verloren, dass die demokratische Politik ihr Leben und ihren Alltag versteht, geschweige denn, dass sie daran etwas ändern wollte oder könnte. CDU/CSU und FDP haben mit der Koalitionsvereinbarung ein Dokument vorgelegt, das zeigt, dass ihnen dieser Zustand völlig egal ist. Sie kümmern sich nicht um die, die ausgeschlossen sind. Für sie sind Bürgerinnen und Bürger nur Steuerbürger, die möglichst wenig ausgeben wollen. Für sie besteht Leistung eines Menschen nur aus Wettbewerb und Konkurrenz. Sie hoffen, dass ihr Menschenbild vom egoistischen Steuerbürger sich in der Mitte der Gesellschaft festsetzen kann. Sie wollen, dass sich die Menschen damit abfinden, dass ausschließlich Konkurrenz und Wettbewerb ihr Leben bestimmt. Deshalb senken sie die Steuern für die, die es gar nicht nötig haben. Und deshalb spalten sie die Krankenversicherung und treiben die Leute in die privaten Versicherungen.

CDU/CSU und FDP sind die demokratische Rechte dieses Landes. So müssen wir sie nennen, liebe Genossinnen und Genossen.

Sie denken im Wesentlichen nur über die Freiheit des Einzelnen nach. Nach der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP ist der Staat vor allem dazu da, die Konkurrenz zu organisieren. Solidarität und Verantwortung auch dafür, dass andere mitgenommen werden: Fehlanzeige! Das wird degeneriert und entkernt zur Armenhilfe. Das ist übrigens der Grund, warum die nichts mehr mit Ludwig Erhard und seiner sozialen Marktwirtschaft zu tun haben. Das ist der Grund, warum sich die ideologischen Bannerträger „Initiative Neue Marktwirtschaft“ nennen; denn in Wahrheit wusste Erhard sehr wohl, dass die soziale Marktwirtschaft sozusagen für das Gemeinwohl Sicherung schaffen soll und nicht für das Gewinnstreben des Einzelnen.

Ich glaube, es ist weder liberal noch christlich, was sie dort tun. Wir müssen dem offensiv unser Menschenbild entgegenstellen. Menschen tun dann etwas, wenn sie herausgefordert sind, wenn sie durch Leistung aus ihrem Leben etwas machen können, und nicht, wenn sie in ständiger Angst vor Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Armut im Alter leben, liebe Genossinnen und Genossen.

Menschen leisten etwas, wenn sie ihr Leben und das ihrer Kinder nachhaltig verbessern können. Menschen zahlen auch bereitwillig Steuern, wenn sie merken, dass diese Steuern dazu dienen, ihr eigenes Leben, das Leben ihrer Kinder und das Leben anderer lebenswerter zu

machen - durch bessere Schulen, durch bessere Kindergärten, durch eine saubere Umwelt und auch durch Hilfe für diejenigen, die krank oder pflegebedürftig sind.

CDU/CSU und FDP können ihre Mehrheitsfähigkeit nur sichern, wenn sie so tun, als würden sich links und Mitte ausschließen, wenn sie so tun, als gehöre ihnen die Mitte. Deshalb wollen sie uns ausgrenzen. Das ist der Grund für die Rückkehr zum politischen Sprachgebrauch der 50-er und 60-er Jahre. Habt ihr das gar nicht gemerkt? Die reden wieder von der bürgerlichen Koalition. Angela Merkel ist umgezogen: vom weltoffenen Berlin in den Rheingold-Express von Adenauer.

Lasst uns denen zuallererst einmal sagen: Wenn es eine Partei in Deutschland gibt, die die bürgerliche Demokratie verteidigt hat, dann die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, zum Teil mit dem Leben und der Freiheit ihrer Mitglieder und Anhänger.

Als die Vorläuferparteien der heutigen sogenannten Bürgerkoalition die erste bürgerliche Demokratie von Weimar in der Kroll-Oper beerdigt haben durch ihre Zustimmung zu Hitlers Ermächtigungsgesetz, da haben Sozialdemokraten unter Otto Wels unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Freiheit diese bürgerlichen Freiheitsrechte erkämpft und verteidigt.

Wir brauchen keine Belehrungen über das, was bürgerliche Demokratie und bürgerliche Freiheit sind, liebe Genossinnen und Genossen - von denen nicht und von keinem anderen.

Jetzt, liebe Genossinnen und Genossen, wollen wir die Mehrheit unserer Gesellschaft wieder davon überzeugen, dass Veränderung möglich ist: für jeden Einzelnen, für unsere Gesellschaft. Das gilt übrigens ebenso auf der ganzen Welt. Das ist seit 146 Jahren unsere Aufgabe. Bei der Öffnung zur politischen Mitte kämpfen wir um die Deutungshoheit über die anstehenden gesellschaftlichen Aufgaben. Wenn wir das wieder schaffen, wenn wir die Mehrheit von dieser Fähigkeit zur Veränderung überzeugen, dann haben wir die Mitte wieder erobert, und dann ist sie wieder links, liebe Genossinnen und Genossen.

Das heißt übrigens nicht, dass wir einfach wieder unsere alten Papiere herausholen.

- Das sind scheinbar die Einzigen, die sie noch kennen.

Ich will, dass ihr die Namen aufschreibt.

Nein, im Ernst: Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß nicht, wie es euch geht. Ich glaube, die Menschen in Deutschland sind gelegentlich auch genervt von Parteien, die ihnen immer schon fertige und ideale Lösungen präsentieren.

Manchmal passen unsere Antworten auch nicht auf alle; Wolfgang Jüttner hat darauf hingewiesen. Wenn wir zum Beispiel den Kündigungsschutz verteidigen, dann ist das richtig, und das hilft all denen, die normale Arbeitsverhältnisse haben. Was ist aber eigentlich mit der Generation Praktikum?

Was ist mit den vielen jungen Selbstständigen, die zurzeit im Wesentlichen von Selbstausbeutung leben?

Wir müssen all denen also zuerst zuhören, damit wir den Lebensalltag in Deutschland auch richtig verstehen, und dann gemeinsam mit ihnen politische Konzepte erarbeiten, die ihnen Aufstieg und Teilhabe auch dann ermöglichen, wenn sie nicht in der klassischen sozialdemokratischen Großbetriebsstruktur ihren Weg machen. Statt loszumarschieren und alte und neue Politikangebote zu verkaufen, müssen wir sie einladen: die politisch Interessierten, Betriebsräte, Gewerkschaften, Umweltverbände, Kulturinitiativen, Sozialverbände, Kirchen, Wissenschaftler. Kein Gesprächspartner ist zu viel und keine Initiative zu klein, als dass es sich nicht lohnen würde, mit ihnen zu reden, liebe Genossinnen und Genossen.

Übrigens: Unternehmer, mittelständische Familienbetriebe, Handwerker, Selbstständige und auch die vielen klugen und verantwortungsbewussten Manager, die es in Deutschland auch gibt, brauchen wir auch. Sie leiden unter der Finanz- und Wirtschaftskrise übrigens häufig genauso wie ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hinter diesen Unternehmer- und Managerbiographien steckt auch viel Engagement, Leistung und Verantwortungsbewusstsein. Liebe Genossinnen und Genossen, das sind unsere Partner; das ist nicht der Klassenfeind. Auch das müssen wir verstehen.

Über unsere politischen Konzepte müssen wir mit anderen diskutieren. Wir müssen offen für neue Vorschläge, andere Sichtweisen und kritische Ideen sein. Das verstehe ich unter der Öffnung der SPD zur Gesellschaft. Was wir wieder mehr brauchen, sind Nervenenden in unsere Gesellschaft.

Natürlich haben wir noch vieles, was anderen Parteien fehlt, vor allen Dingen Mitglieder. Seien wir aber auch an diesem Punkt ehrlich miteinander. Peter Friedrich hat das vorhin gesagt: Das Durchschnittsalter in unserer Partei ist zu hoch. Früher fehlten uns die Frauen, heute fehlen uns die Jungen und die Frauen. Es fehlen uns oft Facharbeiter, Betriebsräte, Krankenschwestern, Polizisten, Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler. All die und viele andere brauchen wir, wenn wir wissen wollen, wie es in unserer differenzierten Gesellschaft wirklich aussieht.

Früher war es natürlich, dass die SPD diese Nervenenden in den Städten, Gemeinden, Betrieben, bei der Feuerwehr, im Sport - überall - hatte. Man wurde als Sozialdemokrat quasi in einem bestimmten Milieu geboren: dem Arbeiterstadtteil. Oder man wurde als Arbeitnehmer im Großbetrieb sozialdemokratisch sozialisiert. Heute gibt es dieses sozialdemokratische Milieu schon lange nicht mehr. Deshalb müssen wir auch unsere Angebote an die, die sich für Politik interessieren, ändern.

Viele Ortsvereine tun das doch längst. Da sind Mitgliederversammlungen offen für jeden. Da kandidieren auf den Ratslisten - auch auf sicheren Listenplätzen - Neumitglieder und nicht erst, wenn sie 12 Jahre lang zweiter Schriftführer in der Abteilung gewesen sind und den Nachweis erbracht haben, 400 000 Flugblätter verteilt zu haben.

Ich weiß, das ist bei euch zum Teil anders, aber bei uns ist das oft so, dass die zum ersten Mal auf Platz 13 zur Probe kandidieren dürfen. Ich glaube, das muss sich ändern. Es gibt viele, bei denen nicht gefragt wird, ob

jemand Mitglied ist, sondern, ob er sich engagieren will. Dann darf er im Ortsverein oder in der Arbeitsgemeinschaft mitmachen.

Eines allerdings ist die Voraussetzung für alle, die bei uns sind und jene, die wir einladen wollen: Alle wollen, wenn sie kommen, über das, was sozialdemokratische Politik ist, wirklich mitentscheiden. Reine Fördermitgliedschaften sind für niemanden mehr interessant, liebe Genossinnen und Genossen.

Deshalb lasst uns die Partei auch wieder nach innen öffnen. Lasst uns gemeinsame Themen setzen, die in jedem Ortsverein, in jedem Unterbezirk und in jeder Arbeitsgemeinschaft der SPD in einem bestimmten Zeitraum behandelt werden, und die dabei entstehende Meinungsbildung in der Partei zusammenfassen. Lasst uns offene Mitgliederversammlungen wie die, die wir jetzt in der Krise gemacht haben, nicht immer nur dann machen, wenn es uns schlecht geht, liebe Genossinnen und Genossen.

Lasst uns jährliche Arbeitsparteitage machen. Dazu habe ich schon etwas gesagt. Lasst uns doch auch wichtige Fragen ab und zu direkt von allen Mitgliedern per Urwahl entscheiden, liebe Genossinnen und Genossen. Eine Partei, die für Volksabstimmung im Grundgesetz eintritt, darf keine Angst davor haben, wichtige Fragen ihrer eigenen Mitgliedschaft zur Abstimmung zu stellen. Das glaubt uns doch sonst keiner.

Wir dürfen uns nicht in die Vorstandsetagen und Sitzungsräume zurückziehen. Unsere Politik wirkt manchmal aseptisch, klinisch rein, durchgestylt, synthetisch. Auch das müssen wir ändern. Wir müssen raus ins Leben, dahin, wo es laut ist, dahin, wo es brodelt, dahin, wo es manchmal riecht, gelegentlich auch stinkt. Wir müssen dahin, wo es anstrengend ist, liebe Genossinnen und Genossen, weil nur da das Leben ist, wo es anstrengend ist. Nur da, wo es anstrengend ist, da ist das Leben!

Das können wir doch; das haben wir doch alles gemacht. Es ist doch nicht so, dass wir das nicht könnten. Am besten können es zurzeit übrigens unsere Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Deshalb wollen Andrea Nahles und ich eine ständige Konferenz der Kommunalpolitiker mit der SGK zusammen beim Parteivorstand einrichten. Wir brauchen sie. Wir müssen die Kommunen wieder stärker in die Meinungsbildung der SPD einbeziehen.

Ich möchte mit euch eine Sozialdemokratische Partei entwickeln, bei der wir wieder so etwas wie eine Politikwerkstatt haben. Die SPD muss eine Politikwerkstatt für gesellschaftlichen Fortschritt sein. Es muss nicht alles fertig sein, und es geht nicht darum, dass wir alle fertig werkeln, es ins Schaufenster stellen und hoffen, dass die Leute, die vorbeikommen, reinkommen und es kaufen. Besser ist es, sie einzuladen und zu sagen: Passt auf, ihr könnt mitmachen. Der Mantel, den wir hier schneidern wollen, soll wetterfest sein. Er soll übrigens auch eine rote Farbe tragen.

Wie man das am besten macht, wie das passt: Helft uns dabei, macht mit bei uns. Wir laden alle ein, die an einer solidarischen, freien, aber auch verantwortungsbewuss-

ten Gesellschaft mitarbeiten wollen. Politik als Werkstatt: Das ist die SPD, liebe Genossinnen und Genossen.

Alle, die gesagt haben, Geschlossenheit ist eine sozialdemokratische Tugend, haben Recht; das stimmt. Aber eine Zweite gehört dazu, liebe Genossinnen und Genossen: Aufgeschlossenheit. Das gehört auch dazu.

Woran wir arbeiten: Das ist eine schwierige Aufgabe. Es ist übrigens eine, der nur wir uns stellen.

Was wollen wir denn in dieser Gesellschaft? Wir wollen, dass wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung zusammengehören. Nicht von jedem ein bisschen etwas, nicht eine Balance zwischen allem, sondern diese Dinge zusammendenken: Darum geht es.

Wir wissen genau, wirtschaftlich erfolgreich werden Unternehmen nur in einem Land sein, in dem die Menschen auch sozial sicher leben. Aber soziale Sicherheit gibt es auf Dauer nur, wenn das Land und die Unternehmen auch erfolgreich sind. Und beides macht keinen Sinn, wenn das in einer Art und Weise erfolgen würde, dass wir unsere eigene Zukunft und die unserer Kinder und Enkel ruinieren, wenn wir die ökologischen Lebensgrundlagen zerstören. Deswegen muss die SPD alle drei Dinge zusammen tun. Die anderen kümmern sich manchmal oder vermeintlich um eines. Für uns gehören wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung zusammen. Das ist Sozialdemokratie für uns.

Die Formel dafür hatten wir übrigens schon gefunden, nämlich Innovation und Gerechtigkeit. Das sind eine Hoffnung und ein Versprechen, nämlich das Versprechen, Innovation und Gerechtigkeit miteinander zu verbinden, eine Politik für viele und nicht für wenige zu machen, eine Politik, die Chancen eröffnet und Teilhabe organisiert. Aber wir haben, glaube ich, diese Mehrheitsformel im Laufe der Jahre ein bisschen aus dem Blick verloren. Der eine Teil der Partei hat über Innovation diskutiert, der andere über mangelnde soziale Gerechtigkeit. Und wenn der eine „Innovation“ gesagt hat, haben die anderen gehört: zu wenig soziale Gerechtigkeit. Und wenn die einen gesagt haben: „Es gibt aber zu wenig soziale Gerechtigkeit“, dann haben die anderen gehört, es seien Kritiker einer wachstums- und wettbewerbsorientierten Politik.

Genossinnen und Genossen, eine moderne Sozialdemokratie muss beide Elemente wirklich verbinden. Innovation und Gerechtigkeit sind nicht zwei Flügel der SPD, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist deutlich mehr.

Es ist egal, welche Begriffe man einsetzt: Innovation und Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität - es geht immer um das Gleiche. Wir wollen, dass Menschen aus ihrem Leben etwas machen können, und wir wollen, dass dabei niemand vergisst, dass es auch andere gibt, die es schwerer haben, oder dass man es selber einmal schwerer haben kann. Wir wollen, dass es dem Einzelnen durch Leistung und Engagement besser geht, aber auch, dass die sicher und in Menschenwürde bei uns leben können, die das nicht oder noch nicht schaffen.

Und wir wollen dafür Regeln bei uns und weltweit, für den Markt und die darin arbeitenden Unternehmen. Aber eben nicht nur dort. Wir wollen auch, dass Menschen in unserer Gesellschaft mitreden, mitentscheiden und sich beteiligen. Ja, wir wollen soziale Marktwirtschaft. Aber wir wollen noch mehr: Wir wollen soziale Demokratie in Deutschland, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist mehr als nur Spielregeln für die Unternehmen.

CDU/CSU und FDP sehen das übrigens anders. Man kann das schön nachlesen, gleich auf den ersten Seiten der Koalitionsvereinbarung. Da steht ein verräterischer Satz über deren Gesellschaftsbild. Dort heißt es: „Die Ordnungspolitik setzt in der Sozialen Marktwirtschaft die Rahmenbedingungen.“ Soweit so richtig. Jetzt kommt es: „Deren oberstes Ziel muss sein, dass Bürger und Unternehmer ihre produktiven Kräfte entfalten und ihr Eigentum sichern können.“ Soziale Marktwirtschaft als Eigentumssicherung! Als ob es bei uns darum ginge, dass das Eigentum gefährdet wird! Welche Blindheit für das Leben in unserem Land!

Soziale Marktwirtschaft soll das Gemeinwohl vor dem grenzenlosen und hemmungslosen Gewinnstreben Einzelner schützen und nicht umgekehrt. Wenn in den letzten Monaten Eigentum gefährdet wurde, dann, weil Millionen Menschen ihr Haus, ihre Rentenversicherung, ihre Lebensversicherung und ihre Arbeit verloren haben, weil es zu wenig Regeln für das Gemeinwohl gab und nicht, weil es zu viel davon gegeben hat.

Aber Vorsicht, liebe Genossinnen und Genossen, unser Freiheitsverständnis, das an Verantwortung und Solidarität gekoppelt ist, wird schon längst nicht mehr in allen Teilen der Gesellschaft geteilt. Was wir vielleicht als normal empfinden, ist für andere brüchig geworden, weil nicht wenige meinen, die anderen gingen sie nichts an, brüchig aber auch, weil viele, die selbst vom sozialen Abstieg bedroht sind, nicht mehr an Solidarität glauben - oft, weil sie sie selbst nicht erleben. Wenn der Einsatz für den Erhalt von Arbeitsplätzen bei Opel durch die SPD in der letzten Bundesregierung auch in unserer Wählerschaft als Verschwendung von Steuergeldern angesehen wurde, dann kann von einem gemeinsamen Verständnis von Solidarität nicht mehr überall die Rede sein.

Ich glaube, je brüchiger der Sozialstaat wird, desto weniger wird an seinen Wert geglaubt. Wenn wir also die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates sichern wollen, dann kämpfen wir zugleich um unsere Werte, um die Werte von Freiheit und Solidarität, von Innovation und Gerechtigkeit. Dieses Verständnis von Freiheit und Solidarität, von den Chancen des Einzelnen, aus seinem Leben etwas machen zu können und sich trotzdem auch um andere zu kümmern, müssen wir erst wieder fest in der Mitte Deutschlands verankern.

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht um ein anderes Verständnis vom Zusammenleben bei uns. Wir, die Sozialdemokraten in Deutschland, aber auch in Europa, müssen darum ringen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir alle Chancen dazu haben; denn die Mehrheit der Deutschen und auch der Europäer will keine Zweiklassenmedizin, keinen handlungsunfähigen Staat, der keine Schulen und Kindergärten ausstatten kann. Die Mehrheit will keine Armutslöhne. Und übrigens will die Mehrheit

auch kein Bildungssystem, bei dem ein paar wenigen Studenten mit Stipendien geholfen wird, aber Millionen kein BAföG bekommen, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich glaube, mit diesem Politikkonzept sind Angela Merkel und Guido Westerwelle weder in der Mitte noch dauerhaft in der Mehrheit. Ihnen sagen wir – und das lasst uns ganz laut und deutlich und selbstbewusst sagen -: Macht euch auf was gefasst! Wir kämpfen wieder in Deutschland um die Deutungshoheit und um das Land!

Ich gebe zu, sie machen es uns am Anfang leicht. Stolperstart und Fehlstart ist ja noch eine milde Untertreibung. Diesem Anfang wohnt nun wirklich kein Zauber inne, und gegen die aktuelle Bundesregierung ist ja eine Studentenversammlung der 70er-Jahre ein Hort der Disziplin.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will noch eine Bemerkung zum moralischen Geist, zur moralischen Orientierung dieser Koalition machen. Das ist ein Beispiel, wie sie wirklich denken und handeln. Ich meine die Wahl der Vizepräsidenten vor drei Wochen im Deutschen Bundestag. CDU/CSU und FDP haben Wolfgang Thierse das schlechteste Ergebnis aller Vizepräsidenten beschert. Die, die am empörtesten reagieren, wenn sich Koalitionen von SPD und der Partei Die Linke bilden, die solche Koalitionen in den Gazetten als moralischen Verrat an den Bürgerrechten der ehemaligen DDR geißeln und die am liebsten eine Kontaktsperre für uns verhängen wollen, haben sich nicht geschämt, der Vertreterin der Partei Die Linke mehr Stimmen zu geben als dem Bürgerrechtler Wolfgang Thierse, liebe Genossinnen und Genossen.

Und das übrigens nur aus einem Grund: Wolfgang Thierse hat sich in seiner Zeit als Bundestagspräsident als überparteilicher und neutraler Wahrer des bürgerlichen, demokratischen Rechtsstaates erwiesen. Und weil er als Bundestagspräsident qua Amt für die Einhaltung des Parteiengesetzes und die Ahndung von illegalen Parteispenden verantwortlich war, musste er sich mit dem Gebaren der CDU beschäftigen. Er hat nach Recht und Gesetz entsprechende Strafen verhängt. Und dafür, dass er sich an Recht und Gesetz gehalten hat, haben die ihn jetzt abgestraft, liebe Genossinnen und Genossen.

So viel zur bürgerlichen Koalition der Mitte. Ich finde: Schämen sollten sie sich! Das wäre vielleicht nicht bürgerlich, aber anständig.

Lieber Wolfgang Thierse, wir wissen, dass dein Vorgehen sogar vom Bundesverfassungsgericht als rechtmäßig bestätigt wurde. Für die Union ist aber dieses einwandfreie Verhalten von dir, die Wahrung von Rechtsstaatlichkeit in einer Demokratie, bis heute Anlass zur miesen Retourkutsche. Deshalb sage ich dir: Mach dir nichts draus, wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, dass du unser Vizepräsident bist.

Diese Bundesregierung hat ein instrumentelles Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie steht nicht für den Erhalt des Gemeinwohls, sie steht für Klientelpolitik: im Bereich der Steuern, in der Energiepolitik, für die Atomkonzerne, die Pharmaindustrie und andere mehr. Übrigens, das Wort „Gemeinwohl“ ist im ganzen Text der Koalitionsvereinbarung nicht zu finden. Stattdessen al-

lerdings ein paar Nebensächlichkeiten, zum Beispiel auf Seite 25: „Deutschland braucht klare Ziele in der Raumfahrt.“ Kein Geld mehr für Bildung in den Ländern, dafür aber für Peterchens Mondfahrt. Das ist das, was die betreiben!

Das ist wirklich politisches Kabarett und nicht Kabinett. Aber im Kabinett dürfen jetzt endlich alle mitspielen, selbst wenn man da, wo man spielt, eigentlich kein Ministerium mehr haben wollte. Nun sitzt Herr Niebel am Kabinettstisch. Der gehört übrigens zur Kavallerie des Regierungsregiments, schneidig, aber außerordentlich begrenzt.

Wisst ihr, gute Entwicklungshelfer kommen nicht aus der Kavallerie, die kommen aus der Sozialdemokratie - oder, Heidi?

Selbst das sozialdemokratische Umtriebe so richtig nicht verdächtige *Handelsblatt* kommt unter der Überschrift „Die Retro-Republik“ zu dem Schluss, dass die schwarzgelbe Finanz- und Sozialpolitik auf völlig überholten Annahmen fußt. Es stellt fest: „Spätestens in zwei Jahren steigen die Sozialbeiträge oder die Steuern oder beides.“ Diese Koalition ist nicht nur „bedingt regierungsfähig“, wie die *Süddeutsche Zeitung* schreibt, sie kann es einfach nicht. Es fehlt ihr der Sinn für das, was die Gesellschaft zusammenhält. Von Herbert Wehner – wie gesagt: großer Sohn dieser Stadt, der hier vor 103 Jahren geboren wurde – stammt das Zitat: „Die sozialdemokratische Partei hat eine Idee. Das ist die Idee von einem Gemeinwesen, in dem das Menschenmögliche an sozialer Gerechtigkeit verwirklicht wird. Die anderen müssen sich Ersatzideologien suchen und an solchen aufranken.“ Dieser Gedanke ist immer noch gültig. Wir stehen für das Gemeinwohl, die anderen glauben immer noch an die blinden Kräfte des Marktes.

Selbst das zweite SPD-Kampfblatt, die *FAZ*, - das ist der Werbeblock – befindet: „In der schwarz-gelben Finanzpolitik passt nichts zusammen. Im Bundeshaushalt fehlen in den kommenden vier Jahren mehr als 250 Milliarden Euro. Gleichwohl wollen Union und FDP um rund 24 Milliarden Euro im Jahr die Steuern senken. Das Publikum reibt sich verwundert die Augen und fragt sich, wie das funktionieren soll. Die Regierung ist fatalerweise nicht in der Lage, eine plausible Rechnung vorzulegen.“ Ich finde, ihr solltet die Zeitung abonnieren, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich sage euch: Das ist die erste Bundesregierung, die schon unmittelbar nach Amtsantritt gegen den Amtseid verstoßen hat. Da heißt es nämlich, sie soll Schaden vom deutschen Volk abwenden. Das Gegenteil machen sie gerade, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir dagegen müssen mehr Politik wagen. Das heißt vor allem, Richtungsfragen unserer Gesellschaft wieder auf die Tagesordnung zu setzen und sie nicht kommunikativ lösen zu wollen, sondern real. Das beginnt man am besten damit, dass man sagt, was ist, und nicht einfach nur so tut, als wisse man beliebige Antworten. Richtungsfragen werden die politischen Debatten der nächsten Jahre bestimmen; da bin ich sicher. Wer Richtungsfragen aufwirft, muss nicht sofort jede Richtungsantwort haben,

sondern vor allem viele aus der Gesellschaft einladen, über die richtigen Antworten mit uns zu diskutieren.

Was sind für mich die großen Richtungsfragen? - Erstens. Wer bestimmt die Regeln, die Ökonomie oder die Politik? Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat uns vor Augen geführt, dass der Marktfundamentalismus eine Gefahr für die Arbeit, für die Wirtschaft und auch für die Demokratie ist. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, deren Ende noch nicht abzusehen ist, hat innerhalb weniger Stunden und Tage 25 Billionen Dollar an Werten vernichtet. Sie hat ungefähr 50 Millionen Menschen die Arbeit gekostet. Sie hat die armen Länder ärmer gemacht, und sie hat gezeigt: Nicht die Politik setzt die Rahmenbedingungen, sondern die Ökonomie. Und seien wir ehrlich: Ein Teil unseres Problems liegt doch auch darin, dass wir den Menschen jahrelang erzählt haben, wir haben für Bildung, für Kindergärten, für die Rente nicht genug Geld - aber dann mussten wir innerhalb von Stunden wir Milliarden- und Billionenbeträge aufbringen, weil es sonst noch schlimmer geworden wäre. Das hat doch kein Mensch als gerecht empfunden, liebe Genossinnen und Genossen.

Es geht nicht einfach um das moralische Versagen einiger ökonomischer Eliten oder Manager, wie uns manche weismachen wollen. Der Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde hat mit dieser Legende in einem bemerkenswerten Beitrag in der *Süddeutschen Zeitung* aufgeräumt. Böckenförde stellt darin fest, dass die verantwortlichen Manager nichts anderes gemacht haben, als die Möglichkeiten des Kapitalismus und des Finanzkapitalismus und deren gesetzliche Grundlagen zu nutzen. Sie haben sich systemgerecht verhalten. Moralische Appelle wie die von Frau Merkel sind total hilflos und unzureichend. Die Spielregeln müssen so sein, dass solche Exzesse nicht wieder passieren. Und die schwarzgelbe Bundesregierung sagt zu all dem nichts, was sie dagegen konkret tun will. Wer über den Finanzkapitalismus nicht reden will, der soll über die soziale Marktwirtschaft schweigen, liebe Genossinnen und Genossen.

Die vielleicht wichtigste Aufgabe, die vor der Sozialdemokratie steht, in Deutschland, in Europa und weltweit, ist, darüber zu reden, wie wir solche Spielregeln schaffen wollen, wie sie wirksam sind. Das ist zum Beispiel der Grund, weshalb ich hoffe, dass Peer, auch wenn er nicht mehr kandidiert, an Bord bleibt. Keiner hat dafür in den letzten Monaten mehr durchgesetzt und angefangen als Peer Steinbrück.

Wir haben doch Verbündete dafür, über die Gewerkschaften und Umweltverbände weit hinaus. Es sind die Mittelständler, die Handwerksmeister – die ich vorhin schon genannt habe –, in vielen ganz normalen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen auch die Manager, die nicht mehr wissen, wie sie mit dieser Finanz- und Wirtschaftskrise klarkommen sollen. Sie alle zahlen doch auch die Zeche und bekommen keine Kredite, keine Liquidität, und sollen jetzt mit hohen Zinsen die Rechnung derjenigen bezahlen, die sich vorher einen Deubel um die Prüfung der Kredite gekümmert haben. Das sind doch auch diejenigen, die wir brauchen und die unter dem leiden, was die anderen da veranstaltet haben.

Wenn die jetzt CDU oder FDP wählen, dann müssen wir denen sagen: Glaubt ihr denn, dass die Banken an diese beiden Parteien vor der Bundestagswahl gespendet haben, weil sie denken, dass CDU/CSU und FDP bessere Spielregeln für die Banken schaffen werden?

Das Gegenteil ist der Fall. Lasst uns denen sagen, wie man bei uns im Harz sagt: Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir wollen eine wirtschaftspolitische Strategie erarbeiten, die nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt stellt. Vollbeschäftigung muss das Ziel der Politik, vor allen Dingen der sozialdemokratischen Politik in Deutschland bleiben, liebe Genossinnen und Genossen.

Nirgendwo haben wir so viel Grund zur Kontinuität. Denn auf der Grundlage des Deutschlandplans von Frank-Walter Steinmeier haben wir die Grundlagen dafür schon gelegt. Wir müssen für mehr Beschäftigung sorgen. Deswegen ist es übrigens Quatsch, Steuern für Besserverdienende zu senken. Wenn man Steuern senkt, dann doch jetzt dort, wo Investitionen gebraucht werden. Nachhaltige Investitionen schaffen Arbeitsplätze. Wenn man Steuern senkt, dann um Beschäftigung zu schaffen und nicht um die Sparkonten zu erhöhen, liebe Genossinnen und Genossen!

Die zweite Frage ist: Wohlstand und Chancen für viele oder nur für wenige? - Die Finanzkrise setzt diese alte Frage wieder auf die Tagesordnung: Wer zahlt was? Denn natürlich geht es auch im heutigen Deutschland, in Europa und in der Welt immer wieder auch um Verteilungsfragen: Welche Schultern tragen wie viel? Oder klarer: Welche Einkommens- und Reichtumsverteilung ist als Antwort auf die Krise und für eine funktionsfähige Wirtschaft notwendig, in der noch immer das Prinzip „Autos kaufen keine Autos“ gilt? 10 % der Bevölkerung in Deutschland verfügen über 61 % des privaten Vermögens. Allein das oberste Prozent besitzt 23 % des gesamten Nettovermögens. Das Aufkommen vermögensbezogener Steuern zum Bruttoinlandsprodukt macht in Deutschland gerade einmal 0,9 % aus. Das ist weniger als die Hälfte des Anteils in Frankreich, Großbritannien oder in den USA. Armut ist wieder eine Größe in unserer Gesellschaft. 10 % unserer Bevölkerung leben in verfestigter Armut. 25 % zählen zum sogenannten Prekariat.

Diese wenigen Zahlen zeigen eines: Wir brauchen wieder einen neuen sozialen Konsens in Deutschland, einen Konsens, der breite Schultern stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls heranzieht und den Menschen aus der Armut heraushilft. Das hat gar nichts mit Sozialneid zu tun. Ich persönlich finde Reichtum übrigens etwas Tolles. Ehrlich gesagt, wäre ich gerne selber reich. Ich finde, daran ist nichts Schlimmes, vor allen Dingen dann nicht, wenn man hier Steuern bezahlt.

Aber eines ist doch klar: Keiner wird durch eigene Leistung reich. Dazu gehören viele andere: ein Land mit sozialem Frieden, mit Kultur, mit Wirtschaftsförderung, mit Bildung, mit Universitäten. Das alles gehört dazu, damit Menschen wohlhabend werden.

Jetzt ist das Land in Schwierigkeiten. Dann ist es aber doch verdammt noch einmal kein Sozialneid, wenn man sagt: Wenn das Land, das dich wohlhabend, vielleicht sogar reich gemacht hat, in Schwierigkeiten ist, dann musst du ein bisschen mehr mithelfen, es aus den Schwierigkeiten wieder herauszukriegen, als andere, liebe Genossinnen und Genossen! Das ist doch kein Sozialneid!

Ich nenne das sozialen Patriotismus. Wir müssen wirklich dafür sorgen, dass es eine neue Solidarität in unserem Land gibt. Verteilungsfragen sind keine Ideologie. Das sind Gerechtigkeitsfragen.

Lasst mich allerdings auch offen sagen: Es wird oft nicht reichen, dass die SPD sich auf einen neuen Spitzensteuersatz oder die Vermögensteuer verständigt. Ich bin bekanntermaßen Vorsitzender des Fanclubs der Vermögensteuer. Ich war nicht immer so in der Mehrheit auf Parteitagungen wie jetzt scheinbar. - Hans-Jochen, ich könnte da ein paar Geschichten erzählen.

Das lasse ich aber heute. Aber ich weiß doch auch, dass wir mit dem Spitzensteuersatz 3 Milliarden zusätzlich bekommen hätten, und wenn Peer Steinbrück und ich zu unserer Zeit als Ministerpräsidenten die Vermögensteuer hätten durchsetzen können, dann hätten wir vielleicht 8 Milliarden oder 9 Milliarden, bei optimistischer Annahme, gekriegt. Aber was uns zum Beispiel fehlt, sind jedes Jahr 25 Milliarden im Bildungssektor, damit wir wenigstens wieder auf den Durchschnitt der Industrienationen kommen. Das heißt, es wird nicht reichen, über so etwas zu sprechen.

Ich sage euch in aller Offenheit: Für mich ist das Fehlen einer Börsenumsatzsteuer mindestens genauso ungerecht wie die Tatsache, dass wir mit Steuergeldern Energiefresser und Spritfresser auch noch subventionieren, obwohl dies die Klimakatastrophe weiter befördert, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich glaube, für mehr Gerechtigkeit, für einen sicheren Sozialstaat, für mehr Bildungsinvestitionen müssen wir auch unsere Konzepte zur ökologischen Steuerreform weiterentwickeln. Das steht auch auf der Tagesordnung unserer Partei, liebe Genossinnen und Genossen.

Die dritte Frage: Solidarität in Eigenverantwortung. Der Sozialstaat ist das Kernprojekt der Sozialdemokratie. Ich sage, er ist die größte zivilisatorische Errungenschaft moderner Gesellschaften. Das Prinzip ist einfach, aber revolutionär. Der Sozialstaat beinhaltet nichts anderes als die Zehn Gebote einer gerechten Gesellschaft. Das Prinzip lautet: Derjenige, der unverschuldet in Not gerät, erfährt die Solidarität, die Unterstützung und die Hilfe der Gemeinschaft. Wer arm ist, wird deshalb nicht krank, und wer krank ist, wird deshalb nicht arm. Wer ins Alter kommt, dem helfen wir, dass er in Würde im Alter leben kann, und denen, die arbeitslos werden, helfen wir, dass sie fortgebildet werden und zurückkehren können.

Das, was wir dazu verlangen, ist eine Gegenleistung: dass Menschen sich in dieser Gesellschaft anstrengen. Denn nur dann, wenn sich alle anstrengen, kann man denen, die Hilfe brauchen, Hilfe gewähren. Das ist der Grund, liebe Genossinnen und Genossen, weshalb ich dagegen bin, dass wir uns auf das neue Projekt der Kon-

servativen und gelegentlich auch der Grünen einlassen, für alle ohne Leistung sozusagen ein Bürgergeld zu zahlen. Das erzieht die Leute nicht zu Leistung und Anstrengung in unserer Gesellschaft.

Ich finde, darüber müssen wir in der Partei reden. Wir müssen überall diejenigen einladen, die das wollen. Die sollen mit uns diskutieren, und wir werden ihnen erklären, warum wir glauben, dass wir helfen wollen, aber dass sich alle anstrengen müssen, wenn sie es können, diese Hilfe auch gemeinsam in Deutschland sicherzustellen.

Wer- wie die gegenwärtige Bundesregierung- die Kosten des Gesundheitssystems privatisieren will und aus der Parität herausgeht, der macht das Gegenteil. Privatisierung ist das Gegenmodell zur Solidarität. Wer privatisiert, der zerstört Solidarität und betreibt Klientelpolitik. Das müssen wir bekämpfen, liebe Genossinnen und Genossen!

Zum Sozialstaat gehört aber mehr als zum Beispiel Mindestlöhne. Dazu gehören auch vernünftige Löhne dort, wo Tariflöhne existieren. Ich kenne den Spruch auch: In Tarifverhandlungen soll man sich nicht einmischen. Das weiß ich. Aber ich finde, als Sozialdemokrat kann man schon einmal in den Tariffkämpfen der Gewerkschaften sagen, dass wir es volkswirtschaftlich sinnvoll und auch gerecht finden, wenn die alte gewerkschaftliche Lohnforderung mindestens eingelöst wird: Produktivitätssteigerung und Inflationsrate gibt mehr Lohn, liebe Genossinnen und Genossen. Das darf man bei uns in Deutschland schon noch sagen.

Es geht nicht nur um Lohn. Jetzt in der Krise kamen sie alle: die Unternehmensleitungen mit den Betriebsräten, mit den Gewerkschaften und haben mit dem Staat geredet, was man machen muss, damit es besser wird. Die haben alle die Erfahrung gemacht, dass es mit Gewerkschaften und Betriebsräten wunderbar ist. Jedenfalls haben sie uns das erzählt. Jetzt sage ich: Wenn das so ist, dann, finde ich, muss man Mitbestimmung in Deutschland ausbauen. Ich finde es nicht zwangsläufig richtig, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten von Konzernen nur ab 2000 Beschäftigten haben. Das geht auch darunter, liebe Genossinnen und Genossen!

Die vierte Frage ist: Chancen und Zugänge für viele oder nur für wenige? Da geht es um Bildung. 13,4% der öffentlichen Ausgaben werden in den OECD-Staaten für Bildung angesetzt. Wollte Deutschland diesen Wert im Durchschnitt erreichen, bräuchten wir jährlich 20 bis 25 Milliarden Euro mehr. Ich sage euch: Die Eltern, die Schüler, die Lehrer, die Studenten und übrigens auch die Arbeitgeber und Gewerkschaften können es nicht mehr hören, dass wir diesen Befund seit Jahren vor uns hertragen und dann aber immer sagen: Tut uns leid, die jeweils andere Ebene ist dafür zuständig.

Ich kenne niemanden außerhalb der Politik, der sich für die Zuständigkeiten interessiert.

Die Leute wollen, dass sich die Zustände in Deutschland ändern, nicht nur die Zuständigkeiten.

Keine Angst, ich will keine neue Föderalismusreform. Aber dass uns die letzte Föderalismusreform jetzt wirklich geholfen hätte, kann man, glaube ich, auch nicht sagen.

Was wir brauchen, ist ein sozialdemokratisches Konzept, bei dem Bund, Länder und Gemeinden die Finanzen aufbringen, damit in den Ländern eine so gute Bildungspolitik gemacht werden kann wie zum Beispiel in Rheinland-Pfalz, liebe Genossinnen und Genossen. Da kann man besichtigen, wie so etwas funktioniert.

Bildung ist die Voraussetzung für sozialen Aufstieg. Das geht nur, wenn Bund, Länder und Kommunen zusammenarbeiten. Wir müssen Kindergärten und Kindertagesstätten zu Frühförderzentren machen, insbesondere in den sozialen Brennpunkten. Wir müssen dafür sorgen, dass an der Ganztagschule nicht nur ein Schild steht und eine Mensa gebaut wird, sondern dass auch genug Lehrer, Sozialpädagogen, Psychologen, Sportpädagogen, Theaterpädagogen. Die gehören rein in die deutschen Schulen.

Das ist der Unterschied zwischen skandinavischen und unseren Schulen. Die nehmen das Geld in die Hand und finanzieren das.

Übrigens: Für Sozialdemokraten muss Bildung kostenfrei sein, vom Kindergarten bis zur Universität, liebe Genossinnen und Genossen.

Und weil das alles Geld kostet und weil man Geld nur einmal ausgeben kann, ist es eben falsch, die Steuern für Besserverdienende zu senken. Viel wichtiger wären Laptops, Lernmittelfreiheit, warmes Mittagessen in den Schulen, Lehrer und Frühförderstätten. Dafür brauchen wir das Geld, und nicht um Steuern zu senken.

Lasst uns auch eine Debatte darüber führen, ob es eigentlich wirklich klug ist, immer wieder die Kinderfreibeträge in der Steuer zu erhöhen, obwohl wir doch wissen, dass das die einen trifft und die anderen nicht.

Ich will zur Bildung noch etwas sagen. Gute Bildung soll nicht nur Kompetenzen, sondern vor allen Dingen auch Orientierung im Land und in der Welt vermitteln. Eine lebendige Demokratie braucht einen politisch gebildeten Staatsbürger bzw. Staatsbürgerin. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das spätestens seit Wilhelm Liebknecht: Wissen ist Macht, demokratische Macht. Aber wer sich anschaut, was am Nachmittag in Deutschlands Fernsehsendern läuft, oder wer einmal in manche politischen Blogs im Internet schaut, in denen die Anonymität scheinbar jede Grenze des menschlichen Anstands beseitigt hat, oder wie wenig noch Zeitungen gelesen werden, der bekommt eine Ahnung, liebe Genossinnen und Genossen, wie dringend nötig unser Land auch wieder eine Initiative für politische Bildung hat.

Sozialer Aufstieg und Teilhabe in der fünften Frage, die uns bevorsteht, ist aber nicht nur ein Kernanliegen der SPD für die deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Aufstieg und Qualifizierung durch Bildung und vor allen Dingen durch Integration sind ebenso unerlässlich für alle, die aus anderen Ländern der Welt zu uns gekommen sind oder deren Eltern aus anderen Staaten zu uns gekommen sind. Ich glaube, eine der größten Aufgaben,

eine der größten Richtungsfragen, die wir beantworten müssen, lautet: Wie schaffen wir endlich bessere Integration von Ausländerinnen und Ausländern oder Menschen aus anderen Ländern, die zu uns gekommen sind. Menschen mit Migrationshintergrund sind selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft, auch wenn es gelegentlich Probleme im Zusammenleben gibt. Diese Probleme sind vor allen in vielen Großstädten, aber auch in anderen Kommunen unübersehbar. Deshalb werden wir uns gerade dort, wo wir kommunalpolitisch Verantwortung tragen, stärker darum kümmern müssen. Ich weiß, dass nicht alle, aber viele Migrationsprobleme mit der sozialen Situation der betroffenen Familien zusammenhängen. Manches, was wir als Migrationsproblem bezeichnen, ist in Wahrheit ein Unterschichtproblem.

Aber ich weiß auch: Nur wenn wir bereit sind, auch hier Bildungs- und Ausbildungsperspektiven für diese Kinder, Jugendlichen und Familien zu schaffen, sind Einstiege und Aufstiege, nur dann ist Integration und Teilhabe möglich. Nur dann könnten wir Ghattobildung in den Großstädten und jugendliche Verwahrlosung und Jugendkriminalität vorbeugen.

Liebe Genossinnen und Genossen, nicht das Zuwanderungsgesetz entscheidet, ob Deutsche und Jugendliche gut miteinander leben. Nicht das Jugendhilfegesetz entscheidet, ob Jugendliche und Kinder gefördert werden oder verwahrlosen. Das alles gelingt nur, wenn die Orte, an denen wir leben, die Städte und Gemeinden auch ausreichend finanziell ausgestattet sind, um Kindergärten, Schulen, Spielplätze, Sportförderung, Musikschulen, Volkshochschulen und alles, was wir brauchen, auch wirklich zu bezahlen, liebe Genossinnen und Genossen.

Städte und Gemeinden sind mehr als eine Holding zur Abwasserbeseitigung. Das sind Orte der gesellschaftlichen Integration. Es ist doch so: Viele von uns empfinden doch eine Situation auf der Welt, dass sich ständig alles verändert. Es gibt nur wenige, die das Klasse finden. Die meisten Menschen wollen irgendwo auch sicheren Grund unter den Füßen haben. Und wo, wenn nicht in Städten und Gemeinden, kann das hergestellt werden? Dort entscheidet sich, ob Deutsche und Ausländer, Jung und Alt, Männer und Frauen, Unterschicht, Mittelschicht und Leute, denen es besonders gutgeht, gut zusammen leben können.

Ich will nicht deshalb eine ständige Konferenz der Kommunalpolitiker beim Parteivorstand, um ein neues Gremium zu machen oder damit mich Stephan Weil heute doch noch wählt, sondern ich bin dafür, das zu machen, weil ich weiß, dass diese gesellschaftlichen Orte der Integration für uns Leuchtfeuer sind, an denen wir uns orientieren müssen, liebe Genossinnen und Genossen. Da entscheidet sich das Zusammenleben der Menschen in Deutschland. Deshalb brauchen wir eine Aufwertung der Kommunalpolitik in der SPD.

Übrigens: Die Ersten, die wir ansprechen müssen, sind die Migrantinnen und Migranten, die Ausländerinnen und Ausländer, die Kinder und die Enkel derer, die zu uns gekommen sind. Die brauchen wir zu allererst in der SPD. Eine Partei, die die Lebenswelt dieser Menschen zu wenig kennt, kann keine gute Politik machen. Deswegen lasst uns die einladen. Die Frankfurter SPD hat dafür ein

schönes Beispiel. Lasst uns die einladen, lasst uns die wählen. Man braucht nicht immer nur Hardwareintegration mit Geld und Sozialarbeitern. Softwareintegration mit dem Ortsvereinsvorsitzenden, mit dem Kassierer, mit dem Landtagsabgeordneten, mit, Elternvertretungen oder Betriebsräten; da funktioniert das am besten. Dann gehören die mittenrein in die SPD, und dann werden wir bei denen übrigens auch mehr Verständnis und bessere Wahlergebnisse haben, liebe Genossinnen und Genossen.

Der sechste Punkt: Wie soll die Welt aussehen, multilateral oder altes Denken? Die deutsche Sozialdemokratie hat eine lange internationale Tradition. Wir waren die Ersten, die 1925 in Heidelberg für das Vereinigte Europa plädiert haben. Wir haben die Entspannungspolitik eingeleitet, die zu einer Überwindung der Blockkonfrontation und zur Wiedervereinigung beigetragen hat. Und übrigens: Wir haben uns für eine starke UNO und damit auch für die Durchsetzung des Völkerrechts in den internationalen Beziehungen eingesetzt.

Beate Sieweke und andere haben mich aufgefordert, ich soll auch etwas zu Afghanistan sagen. Ich will das an dieser Stelle machen. Ich glaube, unsere Schwierigkeit besteht in folgender Situation. Wir wissen: So, wie es da in Afghanistan weitergeht, werden am Ende keinen Erfolg haben. Der Karsai und seine seltsame Regierung delegitimieren sogar noch das militärische Eingreifen dort. Das merken wir.

Ich glaube, 80 bis 90 % der deutschen Bevölkerung - vielleicht auch der Partei - wollen raus aus Afghanistan; das wissen wir. Aber ich sage euch, warum wir es uns schwermachen müssen und warum wir jetzt erst einmal in der Partei darüber reden müssen. Viele von euch haben an das Grundsatzprogramm der SPD erinnert. In diesem Grundsatzprogramm steht ein ganz weitgehender Auftrag. Darin steht, wir wollen dafür sorgen, dass die Nato in ein kollektives Sicherheitssystem der Vereinten eingebunden wird. Wir haben gesagt, militärische Intervention soll nicht von den USA, nicht von der Nato beschlossen werden. Wir wollen, dass die UN das beschließt. Das ist die Programmatik der SPD.

Nun hat die UN allerdings beschlossen, dass in Afghanistan militärisch interveniert werden soll. Das macht unser Problem aus. Wir konnten im Falle des Irak mit gutem Gewissen sagen: Nein, wir machen nicht mit, weil die UN das nicht beschlossen hatte, weil es ein völkerrechtswidriger Krieg war, der da geführt wurde. Wir konnten es uns in Afghanistan nicht so leicht machen, und wir können es uns immer noch nicht so leicht machen.

Ich habe fast den Eindruck, dass Helmut Schmidt recht hat, der gesagt hat: Jede Lösung ist im Grunde gefährlich. - Er hat einen anderen Ausdruck benutzt, den ich hier jetzt nicht wiederholen will. Aber unser Problem ist doch, dass wir auf der einen Seite zu diesem Völkerrecht stehen, es selber erkämpft haben und die UNO stärken wollen, und auf der anderen Seite dieser Beschluss uns auffordert, nicht nur A, sondern auch B zu sagen und auch militärisch zu intervenieren.

Was wir alle brauchen, ist eine Debatte darüber, wie wir damit umgehen wollen. Ich gebe freimütig zu: Ich habe dafür keine schnelle Lösung. Ich kann das hier nicht

erklären. Ich könnte es mir leicht machen und sagen: Lasst uns einfach den Plan von Frank-Walter Steinmeier umsetzen und im Jahr XY sind wir draußen. - Da würden ein paar jubeln. Aber ich habe einen solchen Plan nicht. Frank-Walter hat Recht mit dem, was er vorschlägt. Aber eine Jahreszahl können wir alle zurzeit nicht sagen.

Lasst uns über diese Frage inhaltlich reden mit klugen Leuten außerhalb und innerhalb unserer Partei. Aber lasst es uns nicht so einfach machen, als gäbe es leichte Lösungen. Dort zu bleiben, ist ganz schlimm, rausgehen ist auch ganz schlimm zurzeit. Also lasst uns in den nächsten Wochen darüber in der Partei diskutieren, liebe Genossinnen und Genossen.

Heute brauchen wir auch ein neues Projekt für die internationalen Realitäten. Nach der West-Integration, nach der Ostpolitik, nach der EU-Integration ist jetzt eine Phase gekommen, wo es auch darum geht, dass Sozialdemokraten für einen neuen Internationalismus eintreten. Dieser neue Internationalismus muss die veränderten Realitäten - den Aufstieg Chinas, Indiens, Brasiliens - in allen internationalen Institutionen berücksichtigen. Es geht um eine internationale Politik gegen Armut, aber auch gegen Klimawandel, gegen Furcht und Flucht vor und aus sozialer Not und die daraus entstehenden neuen Formen des globalen Terrorismus. Liebe Genossinnen und Genossen, das ist etwas, was der SPD gut zur Gesicht steht. Wir haben mit Willy Brandt und den anderen Ländern - ich nenne nur Gro Harlem Brundtland - den Nord-Süd-Dialog auf die Tagesordnung der Weltpolitik gesetzt.

Ich finde, in anderer Art und Weise und mit anderen Bezügen müssen wir das wieder machen. Es ist gut, dass es zu den besten Traditionen der SPD gehört, dass wir nicht nur schauen, wo im eigenen Land die Not am größten ist, sondern dass wir mit allen anderen Ländern dieser Erde gemeinsam die Armut bekämpfen wollen.

So wie jetzt kann das jedenfalls nicht weitergehen. Das Ökosystem Erde ist längst aus dem Gleichgewicht geraten. Die Menschheitsherausforderungen müssen unser politisches Thema sein und nicht nur dann, wenn wir einmal im Umweltministerium gewesen sind. Daran sind übrigens ganz viele junge Leute interessiert. Hier ist die Frage gestellt worden: Wie kommen wir wieder mehr mit jungen Leuten in Kontakt? Das ist ein Thema, das wir weder den klugen Umweltverbänden noch Attac überlassen dürfen. Das ist ein sozialdemokratisches Thema, über das wir hier und mit den jungen Leuten und allen anderen reden müssen.

Aber wir schaffen das nur, wenn es in dieser Frage mehr gibt als die deutsche Sozialdemokratie. Das ist eine Aufgabe der europäischen Sozialdemokratie und der Sozialistischen Internationalen. Sie muss mehr sein als ein Buch mit schönen Zitaten von Willy Brandt und Felipe Gonzales. Wenn wir das mit internationaler Politik ernst meinen, dann muss es auch eine europäische und eine weltweite Linke geben, die aus sozialdemokratischer Sicht klare und eindeutige Antworten gibt und nicht verschiedene.

Das sind für mich wichtige Richtungsfragen, die wir stellen müssen und bei denen wir um die Deutungshoheit kämpfen müssen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir tagen hier in Dresden 50 Jahre nach Godesberg, 40 Jahre nach dem Motto von Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen“.

Beides waren damals Aufbrüche: Godesberg und die Regierungserklärung. Godesberg stand für die Öffnung der Arbeiterpartei SPD zur Volkspartei, Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“ war ein Aufruf an alle, an anderen Formen von Staat und Gesellschaft mitzuwirken. Beides waren sozialdemokratische Aufbrüche.

Ich glaube, wir stehen wieder vor einem Aufbruch und einem neuen Anfang mit sozialdemokratischen Herausforderungen. Der Pädagoge Hartmut von Hentig hat einmal zur Schule gesagt, ihre Aufgabe sei es, Menschen zu stärken, Sachen zu klären. Er hat das nicht zufällig in dieser Reihenfolge gesagt. Er hat absichtlich gesagt: erst Menschen stärken und dann Sachen klären. Ich glaube, das ist eine gute Aufgabenbeschreibung auch für sozialdemokratische Politik. Wir müssen immer zuerst um die Mehrheit für unser Bild vom Menschen und vom Zusammenleben kämpfen. Wenn dieses Bild von freien, starken und selbstbestimmten Menschen in einer starken, aber eben auch verantwortungsbewussten Gemeinschaft mehrheitsfähig ist, dann werden das auch unsere Gesetzesvorschläge sein.

Die Prognosen, dass uns das wieder erfolgreich gelingt, sind übrigens gar nicht so schlecht. Die der SPD nicht unbedingt jeden Tag nahe stehende Meinungsforscherin Renate Köcher von Allensbach - das stand wieder in der „FAZ“ - hat einen interessanten Befund geliefert. Unter der Überschrift „Chancen der SPD“ stellt sie fest: „Es gibt in der Bevölkerung einen breiten Konsens, welche politischen Ziele vorrangig verfolgt werden sollten, und klassische sozialdemokratische Anliegen spielen hierbei eine große Rolle.“ Frau Köcher weist darauf hin, dass 46 Prozent der Wahlberechtigten die SPD auch heute auf den ersten oder zweiten Platz ihrer Parteiensympathie setzen. 37 Prozent halten es bei der nächsten Bundestagswahl für möglich, SPD zu wählen. Lasst uns daraus ein bisschen mehr machen! Nach dem 27. September hört sich das geradezu vermessen an. Das weiß auch ich. Aber ich bin zutiefst davon überzeugt, dass es uns gelingt. Ob Frau Köcher mit ihrer Prognose recht hat, liegt nur an uns, liebe Genossinnen und Genossen.

Nur wenn wir selber an uns glauben, glauben uns noch andere. Nur wenn wir uns etwas zutrauen, trauen die uns auch etwas zu. Nur wenn wir klarmachen, dass die soziale Demokratie die bessere Antwort ist, werden unsere Antworten beeindruckend.

Übrigens: Wir werden 2013 150 Jahre alt, jetzt sind es 146 Jahre. Man kann sich die Frage stellen: Wie ist das eigentlich gelungen, wie kann es sein, dass es eine Partei 146 Jahre gibt? Das ist doch nichts Selbstverständliches. Wie kommt es, dass wir das Kaiserreich und die Sozialistengesetze überlebt haben? Wie kommt es, dass wir den Ersten Weltkrieg, den Zweiten Weltkrieg, den Faschismus und die Weimarer Republik und auch den Kommunismus überlebt haben? Bei allem Auf und Ab Deutschlands gab

es immer Sozialdemokraten. Wie kommt das? Das liegt nicht daran - ich hoffe, das nimmt mir keiner übel -, dass wir immer die richtigen Beschlüsse gefasst haben. Es liegt auch nicht daran - Anwesende und Lebende ausgenommen -, dass wir immer die besten Mandatsträger, Parteivorsitzenden und Regierungsvertreter hatten. Es gab - Lebende ausgenommen - immer ein paar, die es nicht so gut gemacht haben.

Wie kommt es, dass es trotzdem 146 Jahre lang immer wieder Menschen gegeben hat, die zu uns gekommen sind? Seit der Wahlniederlage gibt es über 5000 neue Mitglieder in unserer Partei.

Das liegt an einer Idee. Es ist eine Idee, die die Menschen zu uns geführt hat. Das ist die Idee der Freiheit, nicht nur Freiheit von Not, Unterdrückung und Verfolgung, sondern auch Freiheit, aus seinem Leben etwas machen zu können, dass man nicht an das Einkommen der Eltern gebunden ist, dass man nicht das werden muss, was der Vater oder die Mutter schon waren, dass man nicht gebunden ist an das Geschlecht, Hautfarbe, Religion oder an das Viertel, aus dem man kommt. Der Lebensweg soll frei sein. Weil wir wissen, dass auf jedem Lebensweg Hürden sind, haben wir uns zusammengetan und haben gesagt: Jetzt wollen wir mal trainieren, dass wir die Hürden überspringen können, am besten durch eine gute Bildung und Ausbildung. Wo wir wussten, dass die Hürden so groß sind, dass selbst die beste Ausbildung nicht zum Überspringen ausgereicht hätte, haben wir uns untergehakt und haben die Hürden beiseite geschoben. Das Nennen wir Solidarität.

Ich glaube, dass es diese Idee vom offenen und freien Lebensweg ist, von der Hilfe dafür, dass jeder diesen Lebensweg beschreiten kann, die die Menschen immer wieder zu uns bringt. Wir wissen diese Idee fest in der Mitte Deutschlands verankert. Wir müssen sie nur wieder wachrufen, liebe Genossinnen und Genossen. Darum geht es in den nächsten Jahren.

Unsere Idee eines freien und selbstbestimmten Lebens und der Verantwortung für andere bei uns und überall in der Welt: Das ist auch modern im Zeitalter der Globalisierung. Dafür braucht es in Deutschland eine starke und geschlossene SPD, eine SPD, die mutig und konfliktbereit ist und die klar im Denken und entschlossen im Handeln ist. Dafür wollen wir arbeiten, liebe Genossinnen und

Genossen: Andrea Nahles, Olaf Scholz, Klaus Wowereit, Manuela Schwesig, Hannelore Kraft, Barbara Hendricks, Martin Schulz, aber auch Frank-Walter Steinmeier, die Bundestagsabgeordneten und die anderen, die für den Parteivorstand kandidieren. Trotzdem werden wir das nicht alleine schaffen.



Erstens. Dieses Team ist schon einmal wichtig. Tut mir den Gefallen und lasst es, wenn ihr uns, die wir kandidieren, schon gar nicht mitwählen wollt, an mir aus, aber macht es nicht wieder mit dem Links-Rechts-Schema. Das ist auf diesem Parteitag Quatsch. Wir brauchen alle an Bord.

Zweitens. Glaubt mal nicht, dass ihr nach Hause fahren könnt und wir die Arbeit machen. Das geht nur, wenn wir das zusammen machen. Es wird jetzt immer nach mehr Basisdemokratie gerufen. Das heißt auch: mehr Arbeit. Macht euch keine Illusionen.

Ihr müsst damit rechnen, dass wir euch belästigen, liebe Genossinnen und Genossen. Als Team werden wir das gemeinsam schaffen.

Ganz zum Schluss, weil ich weiß, dass Politiker - vor allen Dingen Sozialdemokraten - gerne gramgebeugt von der Last ihrer Arbeit durch die Lande laufen: Ich glaube, die Leute wollen etwas anderes. Sie wollen auch Optimismus und Tatkraft. Denkt deswegen immer an ein chinesisches Sprichwort: Wer nicht lächeln kann, der soll keinen Laden aufmachen. - Lasst uns ordentlich Läden aufmachen in Deutschland.

Vielen Dank.

REDE VON ERHARD EPPLER

Liebe Genossinnen und Genossen, zuerst einmal herzliche Grüße der AG 80 plus,

vor allem von Jochen Vogel.

Liebe Freunde, es stimmt ja, dass ich damals zu denen gehörte, die in der winzigen Godesberger Stadthalle das Godesberger Programm beschlossen haben. Es stimmt sogar, dass ich das gerne gemacht habe, schließlich mit einem Gefühl der Erleichterung und sogar der Befreiung, einem Gefühl, das dieser Parteitag vorgestern bei der Rede von Sigmar Gabriel erfahren hat.



Aber es stimmt auch, dass ich damals überhaupt nichts zu sagen hatte. Ich war überhaupt nur nach Godesberg gekommen, weil die wichtigen Leute im Unterbezirk diesen Parteitag nicht für wichtig gehalten haben. Mir ist nichts eingefallen, was ich hätte sagen sollen und was andere nicht schon gesagt haben. Und wenn es mir eingefallen wäre, hätte ich nicht den Mut gehabt, in die Bütt zu gehen. Und wenn ich den Mut gehabt hätte, in die Bütt zu gehen, hätte mir keiner zugehört.

Jedenfalls bin ich am Godesberger Programm total unschuldig.

Das ist wohl einer der Gründe, warum dieses das wichtigste Programm im 20. Jahrhundert geworden ist.

Aber ich habe schon damals gewusst, dass diese Partei, seit es sie gibt und solange es sie gibt, davon lebt, dass es eine Spannung gibt zwischen dem, was ist, und dem, was sein soll, zwischen der Wirklichkeit und dem Programm, und dass sie überhaupt nur existenzfähig ist, wenn sie beides ganz ernst nimmt, nämlich das, was ist, und das, was sein soll.

Diese Spannung zwischen beidem kann auf verschiedene Weise abfallen, und das ist gefährlich. In der Weimarer Republik ist diese Spannung abgefallen, weil die Distanz zwischen Wirklichkeit, zwischen praktischer Politik auf der einen Seite und eher revolutionärem Programm auf der anderen Seite zu groß war. Da ist die Spannung nicht mehr entstanden.

Aber diese Spannung kann auch abfallen, indem man das Programm gar nicht mehr ernst nimmt, so wie das beim Berliner Programm passiert ist, das wir in vielen Jahren mühsam erarbeitet und dann systematisch vergessen haben. Nebenbei: Manches, worüber wir heute klagen, würde anders aussehen, wenn wir seinerzeit - auch in den 90er-Jahren, in den Jahren vor Hamburg - die Spannung zwischen Programm und Wirklichkeit wirklich ernst genommen hätten.

In Godesberg wurde zuerst einmal der Abstand zwischen beidem, zwischen Realität und Programm, verringert. Das Godesberger Programm war nicht identisch mit

unserer Praxis, aber es war sehr viel näher an der Praxis als etwa das Heidelberger Programm. Und so kam die Spannung wieder auf. Nebenbei: Dieses Programm wurde auch zitiert: von Fritz Erler, von Herbert Wehner, von Erich Ollenhauer, von Willy Brandt. Also auch von der Parteiführung wurde es ernst genommen und wurde ein Stück Orientierung für die Partei. Und es wurde auch ein Stück Ermutigung für die Partei.

Damals wurden die Fenster aufgemacht, und zwar für alle, und es kam für uns alle frische Luft herein. Übrigens: Die Stimmung, in der wir diesen Parteitag damals begannen, war ziemlich ähnlich der Stimmung, in der dieser Parteitag begonnen hat. Wir hatten die dritte Wahl nach Gründung der Republik haushoch verloren, höher als die erste, höher als die zweite. Zwischen uns und der Union, die die absolute Mehrheit der Stimmen hatte, lagen 18,4 Prozent. Und dann gab es immer noch in der Reserve die FDP. Das heißt, es war überhaupt nicht abzusehen, ob wir jemals an die Regierung kommen würden. Sogar unsere sozialpolitische Kompetenz war damals nicht ganz unangekratzt. Denn 1957 hatte Konrad Adenauer die dynamische Rente angeregt und mit seiner Mehrheit - natürlich auch mit unserer Hilfe - durchgesetzt. Es gab also auch noch andere, die etwas von Sozialpolitik verstanden.

Liebe Freunde, ich habe nicht die Absicht, hier einen historischen Vortrag zu halten. Das kann man an anderer Stelle machen. Ich möchte mich auf ein paar Kernsätze dieses Programms konzentrieren, die bis heute wichtig sind. Der erste und wichtigste lautet: „Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe, Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.“

Das bedeutete für damals: Sozialismus ist nicht ein System, das man irgendwann einmal einführt, das immer gilt und alle Probleme löst. Sondern Sozialismus ist eine Aufgabe, die nie aufhört, weil nämlich die Geschichte nie aufhört und weil auch die Gegenkräfte nie aufhören. Es ist die Aufgabe, aus unseren Grundwerten politische Wirklichkeit zu machen.

Da gibt es sicherlich Skepsis, ob man das überhaupt tun kann. Ich glaube, die Skepsis ist jedenfalls für das berechtigt, was unsere politischen Gegner machen. Die haben nämlich dieselben Grundwerte. Auch die Union redet von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Aber was ist denn der Unterschied?

Der Unterschied ist, dass diese Grundwerte bei den anderen gewissermaßen auf einer Balkenschaukel sitzen: Wenn das eine oben ist, ist das andere unten. Wenn zu viel Freiheit ist, ist zu wenig Gerechtigkeit. Wenn die Gerechtigkeit zu viel wird, so sagen sie, dann leidet die Freiheit. Man kommt auf die Idee, man müsste das auszubalancieren, sodass die Balkenschaukel auf beiden Seiten gleich hoch ist. Also, bloß nicht zu viel Gerechtigkeit, damit die Freiheit nicht leidet; bloß nicht zu viel Solidarität, damit die Freiheit nicht leidet.

Dazu gibt es im Godesberger Programm einen Satz, den ich damals zunächst für etwas deplatziert gehalten haben, weil ich dachte, dass das gar kein Programmsatz, sondern ein philosophischer Satz sei. Er lautet: „Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander.“

In diesem kleinen Sätzchen steckt unsere ganze sozialdemokratische Philosophie. Wir sind der Überzeugung,

dass mehr Gerechtigkeit auch mehr Freiheit bedeutet und dass Gerechtigkeit die gleiche praktizierbare, nutzbare Freiheit für alle bedeutet. Und umgekehrt: Weniger Gerechtigkeit bedeutet – das hat die Arbeiterbewegung am eigenen Leib erfahren – weniger praktizierbare Freiheit. Der Kündigungsschutz mag die Dispositionsfreiheit des einen oder anderen Unternehmers, der gerne „Hire and Fire“ machen möchte, einschränken. Aber er erhöht doch die Freiheit des jungen Paares, das sich überlegt, ob es Kinder haben und eine Familie gründen soll.

Diejenigen, deren Freiheit es erweitert, verstärkt, werden immer eine Vielzahl derer sein, bei denen ein bisschen Dispositionsfreiheit eingeschränkt wird.

Deshalb, wie gesagt: Die sozialdemokratischen Grundwerte sitzen nicht auf der Balkenschaukel. Gerechtigkeit ist die gleiche Chance, mit den in der Verfassung garantierten Grundrechten, Freiheitsrechten wirklich etwas anzufangen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Das gilt übrigens auch für die Solidarität. Fragt mal einen Psychologen, wie das ist, wenn ein Kind in einer Familie aufwächst, in der die bedingungslose Solidarität der Eltern für die Kinder und der Kinder für die Eltern und der Geschwister für die Geschwister eine Selbstverständlichkeit ist. Diese Kinder sind, wenn sie ins Leben hinausgehen, sehr viel freier als andere.

Je sicherer Menschen aufgehoben sind in einer Solidargemeinschaft, desto freier können sie sich bewegen und desto freier, weil gleichberechtigter, fühlen sie sich auch.

Liebe Freunde, das Hamburger Programm – übrigens auch das Berliner – hat diesen Gedanken fortgeführt. Da heißt es dann über die Grundwerte: „Sie bedingen, ergänzen, stützen und begrenzen einander.“ Und dann: „Unser Verständnis der Grundwerte bewahrt uns davor, Freiheit auf die Freiheit des Marktes, Gerechtigkeit auf den Rechtsstaat und Solidarität auf Armenfürsorge zu reduzieren.“ Merkt ihr, so wird aus Grundwerten praktische Politik.

Wenn wir für eine gerechte Solidargemeinschaft kämpfen, dann nicht, weil wir uns begnügen wollten mit weniger Freiheit, sondern weil wir wollen, dass sich alle als freie Citoyens und Citoyennes in diesem Lande fühlen können. Nebenbei: Warum sage ich das mit einem französischen Begriff? Aus einem Grund, den wir aus der Rede von Sigmar Gabriel kennen: Wir Deutschen leiden darunter, dass wir für die französischen Worte Citoyen – Staatsbürger, Souverän der Demokratie – und Bourgeois – Besitzbürger – leider nur ein einziges Wort haben, nämlich Bürger. Mit dieser Armut der deutschen Sprache wird nun seit 200 Jahren Schindluder getrieben.

Lasst das einen alten Mann hinzufügen: In den 70er-Jahren habe ich geglaubt, es sei zu Ende mit diesem Schindluder. Jetzt fängt es wieder an. Das ist ja grotesk: Wenn bei uns einer zum Kommiss kommt – Wehrpflicht ableistet –, ist er doch ein Bürger in Uniform, ein Citoyen in Uniform. Völlig richtig! Aber wie ist es, wenn er die Uniform wieder auszieht? Ist er dann nur ein Bürger, wenn er zur CDU oder zur FDP geht? Wir appellieren an den Citoyen und die Citoyenne in Zivil, die – auch ohne dass sie beim Kommiss sind – sich verantwortlich fühlen für diese Gesellschaft und für diesen Staat. Insofern sind wir *die* Partei des Citoyen und der Citoyenne.

Liebe Freunde, vor bald 30 Jahren hat Ralf Dahrendorf einmal gesagt: Die Sozialdemokraten werden an ihren eigenen Erfolgen sterben. Sie werden daran zugrunde gehen, dass das, was sie wollten und was sie durchset-

zen, schließlich selbstverständlich wird und sie selbst dadurch überflüssig. Das war ein kluger Gedanke eines Mannes, der im Übrigen einen sozialdemokratischen Vater hatte, dem er ein bisschen beweisen musste, warum er das nicht war.

Aber gut, das ist eine andere Sache. Nur: Wenn das einmal gestimmt haben sollte – es stimmt längst nicht mehr. Denn seit Dahrendorf das gesagt hat, ist über diese Erde, die ganze Erde und natürlich auch über Europa und über Deutschland, eine marktradikale Welle hinweggegangen, die, so leid mir es tut, das zu sagen, manches – nicht nur in Deutschland – weggeschwemmt hat, was Sozialdemokraten lieb und wert gewesen ist.

Diese Welle – das merken wir jetzt erst langsam, wo sie sich überschlagen hat – hat bei uns sehr vieles verändert. Heute ist über die Kommunalpolitik geredet worden. Was ist seither nicht alles privatisiert worden in den Kommunen, was den Kommunalpolitikern heute schon wieder leid tut? Aber nicht nur in den Kommunen: Diese Welle hat die Gesellschaften verändert, bis in die Sprache hinein.

Das ist etwas, was mich im Augenblick besonders beschäftigt. Ich will das an einem Beispiel sagen. Noch als wir vor 30 Jahren über das Berliner Programm geredet haben, war die Grundfrage: Wie wollen wir eigentlich leben? Wie wollen wir leben? – Schon beim Hamburger Programm, bei den ersten Entwürfen, war die Frage: Wie müssen wir leben, damit wir uns in einer globalisierten Welt behaupten können? – Es ist doch ein Unterschied, ob ich Politik mache aus der Frage „Wie wollen wir leben?“ oder „Wie müssen wir leben?“!

Wir haben das gar nicht so genau gemerkt. Aber, liebe Freunde, wenn man dann wirklich vergleicht, dann erschrickt man gelegentlich. Wer hätte 1959, als wir das Godesberger Programm verabschiedeten, oder auch noch zu Zeiten Willy Brandts oder Helmut Schmidts geglaubt, dass wir einmal noch das Solidarprinzip in der Krankenversicherung würden verteidigen müssen?

Oder wer hätte noch, als Helmut Kohl Kanzler wurde, sich vorstellen können, dass wir einmal die progressive Einkommensteuer werden verteidigen müssen? Wisst ihr, wer die erfunden hat? Die hat ein nationalliberaler Bankier namens Johannes von Miquel als preußischer Finanzminister in den 90er-Jahren des 19. Jahrhunderts in Preußen und später in Deutschland eingeführt. Das Prinzip, dass derjenige, der mehr verdient, auch prozentual mehr beisteuern muss, hat sich dann im 20. Jahrhundert in ganz Europa als selbstverständlich durchgesetzt. Ein Mann wie Ludwig Erhard hatte nie den geringsten Zweifel an der progressiven Einkommensteuer. Unter Konrad Adenauer war der Spitzensatz bei 53 %.

Und was bedeutet denn das, was Frau Merkel jetzt angekündigt hat, nämlich das, was die FDP will, diese Stufenregelung? – Sie hat keinen anderen Sinn, als die progressive Einkommensteuer, die seit 100 Jahren Europa geprägt hat, nun abzuschaffen. Das ist der ganze Sinn der Sache! Als zweiter Schritt kommt dann die Flat tax, die der Herr Kirchhof heute noch verteidigt, nämlich dass alle die gleiche Steuer zahlen, nämlich 20 oder 25 %. Auch dann, wenn einer mehr als 10 Millionen im Jahr verdient, muss er nie mehr als 25 % an Steuern bezahlen. Das heißt, das, was die amerikanischen Marktradikalen immer offen propagiert haben „Abschaffung der progressiven Einkommensteuer“, bekommen wir jetzt durch die Hintertür. Und die meisten haben es noch gar nicht gemerkt.

Ich sage das auch deshalb, weil es für die Sozialhistoriker völlig klar ist: Das bisher wirksamste Instrument des sozialen Ausgleichs in Europa war die progressive Einkommensteuer. Und deshalb soll sie weg.

Wenn man 60 Jahre lang versucht hat, Politik zu machen, und heute auf dieses Land sieht, dann kann man nur sagen: Noch nie in diesen 60 Jahren hat dieses Land die Sozialdemokratie dringender gebraucht als heute.

Es stimmt zwar, dass noch nie eine Ideologie so unmittelbar, so gründlich, so erbarmungslos widerlegt worden ist wie der Marktradikalismus durch die Finanzkrise. Noch nie.

Nebenbei: Da haben doch nicht die Märkte die Staaten gerettet, sondern die Staaten haben die Märkte retten müssen!

Aber das Erstaunliche für uns alle ist: Diese marktradikalen Thesen haben ihre Widerlegung überlebt. Wie lange, weiß ich nicht, aber vorläufig schon. Wir hören doch immer noch das Märchen von der Selbstfinanzierung von Steuersenkungen. Die ganze Regierungserklärung, der ganze Koalitionsvertrag basiert auf diesem Märchen. Das ist ein marktradikales Märchen. Noch nie ist eine Steuersenkung mit mehr als etwa 25 % je durch Wirtschaftswachstum ausgeglichen worden. Noch nie. Nebenbei: Hans Eichel hat ja selber den Gegenbeweis erbracht. Das haben wir doch miterlebt und miterlitten. Und Bush, der unentwegt zwar einen völlig verrückten Krieg geführt hat, einen der dümmsten, die je geführt worden sind, hat dabei immer noch die Steuern gesenkt mit der Bemerkung „Das finanziert sich selbst“. Heute stehen die Vereinigten Staaten bei 10 % Neuverschuldung in einem Jahr. Die Maastricht-Kriterien sind bekanntlich 3 %. Aber die marktradikalen Märchen werden alle weiter erzählt. Das ist auch eine Leistung der neuen Koalition!

Wir hören immer noch: „Wenn jeder für sich selber sorgt, ist letztlich für alle gesorgt.“ Wir hören immer noch „Der Markt ist immer klüger als die Politik“, was in manchen Presseorganen dazu führt, dass je mehr der Markt versagt, desto mehr die Politik heruntergemacht werden muss, sie muss dann noch dümmere sein als der Markt.

Habt ihr gemerkt, wie im Laufe des letzten Jahres die Aufmerksamkeit unserer Gesellschaft von den Billionen Euro abgelenkt worden ist, die die Banker verbrannt haben, weil sie nicht mehr wussten, was sie in ihren Tresoren hatten? - Hin zum Staat, zur Bundesregierung, zum Finanzminister! Wir hatten doch einen Untersuchungsausschuss im Deutschen Bundestag zu der Hypo Real Estate. Da wurde nicht darüber geredet, wer dort 100 Milliarden verbrannt hat, sondern ob der sozialdemokratische Finanzminister genau im richtigen Augenblick genau das Richtige getan hat, um diese Bank zu retten.

Peer Steinbrück ist völlig mit weißer Weste herausgekommen. Aber die Aufmerksamkeit war wieder von dem abgelenkt, was eigentlich zur Debatte stand, zu dem, was nicht zur Debatte stand!

Mein Eindruck ist: Der Marktradikalismus hat seine Widerlegung überlebt, aber die Sehnsucht nach einer Alternative wächst in der Bevölkerung. Es gibt Umfragen, wonach drei Viertel der Deutschen der Meinung sind, es gehe bei uns ungerecht zu, und die Hälfte dieser drei Viertel ist der Meinung, das bleibe auch so, weil niemand das ändern wird.

Einer der Gründe, warum wir die Wahl verloren haben, liegt darin, dass die Menschen gar nicht mehr glauben, dass es jemanden gibt, der dieses Land gerechter machen kann. Und genau da werden wir zu arbeiten haben. Wir werden die Alternative zu diesem marktradikalen Denken formulieren, propagieren und durchsetzen müssen. Ich knüpfe wieder an Sigmar an -: Wenn uns das gelingt, dann können die Zeitungen zehnmal schreiben, das sei ein Linksruck - wir sind dann genau in der Mitte unserer Gesellschaft.

Ich will ja gar nicht bestreiten, dass eine weltweit dominante Ideologie, die 95 % der Ökonomeprofessoren als Wissenschaft verkünden - das ist fast wie beim Marxismus-Leninismus; der hat sich auch als Wissenschaft dargestellt -, keine Partei völlig unberührt lässt, auch die unsere nicht. Ich entsinne mich an das Bodo-Hombach-/Mandelson-Papier, wo Jochen Vogel und ich sofort gesagt haben: „Nein, so nicht!“ und wo Gerhard Schröder sehr schnell begriffen hat: So nicht. Sehr, sehr schnell.

Nein, das sind Spuren, die natürlich übrigbleiben. Es gab noch andere Spuren, über die auf diesem Parteitag diskutiert worden ist.

Was uns von den anderen unterscheidet: Wir haben das alles hinter uns, und zwar nicht erst, seit die Finanzkrise widerlegt hat, was da behauptet wurde, sondern das haben wir seit dem Hamburger Programm definitiv hinter uns.

Und die anderen nicht.

Die FDP hat nichts dazugelernt. Nebenbei: Wenn sie etwas dazulernen würde, wäre sie gar nicht mehr da.

Die CDU ist aufgespalten - und deshalb fast bewegungsunfähig - zwischen einem marktradikalen und einem christlich-sozialen Flügel. Warum hat die Union ein solch ungenaues Programm für die Wahl gehabt? Weil in dem Augenblick, in dem man sich auf konkrete Dinge hätte einigen sollen, der Krach losgegangen wäre. Das heißt, die haben die Auseinandersetzung über den Marktradikalismus noch vor sich. Die ganzen vier Jahre werden beweisen, dass sie diese Auseinandersetzung noch vor sich haben.

Lasst mich als Süddeutscher hinzufügen: Die CSU wechselt alle 14 Tage die Seiten, bis ihr schwindlig wird.

Nein, in dem Maße, wie das Gewürge in dieser Koalition erkennbar wird, wird der Wunsch nach Alternative stärker, und auch die Anforderungen an uns werden stärker, weil diese Alternative nicht ohne ein grundsätzliches Umdenken in unserer Gesellschaft zu haben ist, eine Wende in den Köpfen, die inzwischen schon zaghaft begonnen hat, für die wir auch verantwortlich sind. Das ist unsere Chance, aber auch unsere Aufgabe.

Dieser Marktradikalismus war ethisch gesehen einfach ein unverschämter Egotrip. Menschen neigen natürlich dazu - wir alle neigen dazu -, erst einmal unsere eigenen Bedürfnisse zu sehen und selbst zu behaupten, selbst Geld verdienen zu wollen usw. Der Egoismus ist uns eingepflanzt. Das muss man nicht verteufeln. Aber man muss es auch nicht anstacheln, man muss es auch nicht feiern und man muss es nicht zum Erziehungsziel machen, denn das steht im Gegensatz zu 3.000 Jahren europäischer Geschichte. Ob es die alten Griechen waren, ob es die Juden des Alten Testaments waren, ob es das Neue Testament war - überall geht es nicht um die Feier des Ego, sondern es geht um das „Du“, um den anderen bzw. um die andere, neutestamentlich um den

Nächsten, um die Gemeinschaft oder – athenisch - auch um den Staat. Ja, was wir da erlebt haben, steht in absolutem Gegensatz zu dem, was 3.000 Jahre europäische Geschichte uns sagen und was sich etwa in einem Satz des Paulus an die Galater konzentriert hat, in dem er die ganze christliche Botschaft in fünf Worten zusammengefasst hat: „Einer trage des anderen Last.“

Aus dieser Tradition stammt die Fraternité der Französischen Revolution, zu der wir heute nicht mehr Brüderlichkeit, sondern Geschwisterlichkeit oder Solidarität sagen. Nein, wir wollen nicht den ganz anderen Menschen; da hat uns Godesberg zur Nüchternheit aufgefordert. Aber wir wollen das Ende der Egofeier, das Ende der Feier des Homo oeconomicus.

Wir wollen - wenn das Wort von der Union in den letzten Jahren doch bloß nicht so fürchterlich abgenutzt worden wäre, ohne jede Bedeutung - sogar wieder darauf hinweisen, was eigentlich das christliche Menschenbild war.

Das hat dann praktische Folgen, zum Beispiel was den Wettbewerb angeht. Wettbewerb in der Wirtschaft ist unentbehrlich. Wettbewerb im Kindergarten ist entbehrlich.

Und Wettbewerb an der Uni ist nur bedingt hilfreich für diejenigen, die dort zu tun haben. Nein, wir wollen zwar eine Wettbewerbswirtschaft, aber keine Wettbewerbsgesellschaft von klein auf, wo die Kinder noch darauf gedrillt werden, den Nebensitzer bzw. die Nebensitzerin als Konkurrenten zu empfinden.

Noch nie hat es in der europäischen Ethik geheißen, einer stelle dem anderen ein Bein.

Das gilt dann auch für den Staat. Liebe Freunde, der Staat ist nicht ein gefräßiges Ungeheuer, vor dem der brave Bürger seinen Besitz - sei es legal, sei es illegal - in Sicherheit bringen muss. Er ist im Übrigen auch kein Gott, vor dem wir zu knien haben.

Aber er ist ein notwendiges und hilfreiches Instrument, das wir uns selber mit unserer Verfassung geschaffen haben, damit das geleistet werden kann, was wir alleine, privat gar nicht leisten können - und zwar nicht nur für uns allein, sondern uns alle.

Ich glaube, dieses Staatsverständnis hat der Marktradikalismus zerstört. Wir müssen es erst langsam wiederherstellen. Der Staat ist dafür zuständig, dass wir, wenn wir aus dem Haus gehen, uns nicht den Knöchel brechen, weil tiefe Löcher im Gehweg sind. Er ist auch zuständig für die Sicherheit, für den Schutz vor Verbrechen. Dafür sind nicht die privaten Sicherheitsdienste zuständig; dafür ist das Gewaltmonopol des Staates zuständig.

Wir wollen nicht, wie in den USA, Städte, in denen auf einen Polizisten fünf Angestellte von privaten Sicherheitsdiensten kommen und in denen der Schutz vor Verbrechen zu einer Ware wird, die sich nur ganz wenige leisten können, aber die meisten nicht.

Ich habe vor 38 Jahren auf einem Parteitag - das war der Steuerparteitag - gesagt: Für ein Kind ist es wichtiger, dass es in der Nähe ein Schwimmbad hat, als dass es eine singende oder sprechende Puppe geschenkt bekommt.

Heute würde ich hinzufügen: Für dieses Kind ist es nicht so wichtig, ob die Eltern 100 Euro mehr oder weniger zahlen, sondern dass es eine funktionierende Ganztagschule, wo es Mittagessen gibt, besuchen kann.

Steuern zahlen wir für das, was wir privat gar nicht bezahlen können. Daher sind die Steuern nicht mehr und nicht weniger eine Last als die Rechnung, die wir an der Tankstelle bekommen. Das eine zahlen wir privat und das andere zahlen wir nicht privat. Wir müssen da wirklich umdenken. Wir müssen aus den Köpfen kriegen, was uns die Marktradikalen in 20 Jahren eingebläut haben. Was hilft es, die Steuern zu senken, wenn den Kindern in der Schule der Gips von der Decke auf die Köpfe rieselt?

Wir müssen auch den Begriff der Verantwortung neu definieren. Wenn die Union eine Tagung über Freiheit und Verantwortung abhält, dann ist damit immer gemeint: Weil ihr frei seid, müsst ihr für euch selber sorgen. Das ist ja nicht völlig falsch - natürlich. Aber Verantwortung bedeutet auch, Antwort geben - nämlich dem Nächsten eine Antwort geben, inwieweit wir auch für ihn da sind. Verantwortung ist zunächst einmal immer Verantwortung für andere, für das Ganze und für uns selbst insofern, als wir nicht ohne Grund uns selbst anderen zumuten sollten und dürfen. Das hat Sigmar wahrscheinlich damit gemeint, als er vom anderen Verständnis von Zusammenleben sprach.

Eine letzte Bemerkung. Wer den Marktradikalismus bekämpfen will und eine Alternative bieten will, braucht die Rehabilitation der Politik.

Noch nie, seit ich Politik mache, waren die Politiker so miserabel angesehen wie heute, auch deshalb, weil sie für manche Medien immer dümmere sein müssen als der Markt. Auch deshalb ist diese Abwertung geschehen.

Wir müssen klarmachen, wofür diese Politik verantwortlich ist, nämlich dafür: dass die Märkte überhaupt funktionieren - das tun sie nicht von selbst -, dass der Kapitalismus sich nicht selbst umbringt - sogar dafür sind die Politiker zuständig -, dass die Gesellschaft zusammenbleibt und sich nicht spaltet und schließlich durch diese Spaltung die Gewalt sich privatisiert wie in Brasilien oder in Südafrika, dass nicht das Recht des Stärkeren gilt, sondern das geschriebene Recht, dass soziale Gerechtigkeit ein Ziel bleibt oder dass der Klimawandel beherrschbar bleibt.

Liebe Freunde, wenn wir Politik wieder rehabilitieren, dann ist es eben nicht mehr gleichgültig, wie heute manche meinen, mit welchen Zielen, mit welchen Überzeugungen und mit welchen Mitteln man Politik macht. Es ist nicht gleichgültig, ob man in eine Partei geht, und es ist auch nicht gleichgültig, in welche man geht.

Wenn es wirklich darum geht, wie wir leben wollen, und nicht darum, wie wir zu leben haben, dann wird auch die Politik wieder junge Menschen anziehen. Sozialdemokratie hat auf Politik gesetzt seit Ferdinand Lassalle. Es wurde über Politik die Gesellschaft verändert. Deshalb gilt bis heute die SPD als die politischste Partei, was für manche Leute heute ein Mangel ist. Wenn Politik nichts gilt, ist die politischste Partei sicherlich nicht die sympathischste. Deshalb leidet wahrscheinlich unsere Partei am meisten unter der Verachtung, die der Politik entgegengebracht wird. Aber noch nie nach meiner Überzeugung hat die Menschheit und auch unser Land Politik so dringend gebraucht.

Liebe Freunde, das gehört alles gehört im 21. Jahrhundert zu der dauernden Aufgabe, die Grundwerte zu realisieren, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität so zu realisieren, dass mehr Gerechtigkeit auch mehr Solidarität und mehr Freiheit bedeutet. Wir haben noch einiges vor uns. - Danke.

I. Die SPD nach der Bundestagswahl

Die schwere Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2009 ist für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine Zäsur. Wir stehen nun am Beginn eines Prozesses, die Ursachen zu analysieren und politische Schlussfolgerungen für die Zukunft der SPD zu ziehen.

Wir blicken auf elf Jahre zurück, in denen wir in Deutschland erfolgreich Regierungsverantwortung wahrgenommen haben – keine leichte Zeit, sondern eine, die geprägt war von schweren und wichtigen Entscheidungen: Der erste Kampfeinsatz der Bundeswehr und das „Nein“ zum Irak-Krieg, der Aufstieg und das Ende der „new economy“, der 11. September 2001 und der Kampf gegen den Terrorismus und seit gut einem Jahr die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte haben ihre Spuren hinterlassen.



Nach den 16 Jahren Reformstau der Regierung Kohl haben wir viel bewegt, auf das wir stolz sein können. Bundeskanzler Gerhard Schröder, die Vizekanzenler Franz Müntefering, Frank-Walter Steinmeier, unsere Ministerinnen und Minister sowie die sozialdemokratische Bundestagsfraktion haben viel für unser Land erreicht. Es war richtig, 1998 den Auftrag zum Regieren und 2005 die Möglichkeit zum Mitregieren in der Großen Koalition zu nutzen.

Deutschland ist moderner, liberaler und weltoffener geworden: Wir haben viel für die Gleichstellung von Frauen und Männern getan und eine moderne Familienpolitik durchgesetzt. Wir haben mehr Rechte für zuvor an den Rand gedrängte Gruppen erkämpft.

Wir haben die Energiewende auf den Weg gebracht. Mit dem Vorrang für erneuerbare Energien durch das von uns entwickelte EEG und die Förderung der Energieeffizienz sind wir zum Vorreiter für den Klimaschutz geworden. Der Atomkonsens hat bewiesen, dass man den Ausstieg aus der Atomenergie verantwortungsvoll vereinbaren konnte. Dies ist unser Verdienst.

Wir haben die Arbeitslosigkeit erfolgreich reduziert, auch wenn wir sie nicht besiegt haben. Von 2005 an sank – auch bedingt durch die anziehende Konjunktur – die Arbeitslosigkeit. Sie lag im Herbst 2008 unter drei Millionen. Wir entschlossen uns in schwieriger Zeit zu grundlegenden Reformen. Doch zugleich haben prekäre Beschäftigung und schlechte Löhne zugenommen. Deshalb haben wir mehr Mindestlöhne durchgesetzt und mehr als 3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Lohndumping geschützt.

Wir haben uns der Krise des Sozialstaates gestellt. Wir haben die sozialen Sicherungssysteme gegen den Druck nach zunehmender Privatisierung verteidigt und so dafür gesorgt, dass Rentnerinnen und Rentner in der Krise um ihre Alterseinkünfte nicht bangen müssen. Zusätzlich haben wir durch die Einführung der Grundsicherung die verschämte Altersarmut, vor allem von Frauen, bekämpft.

Wir haben die Arbeitnehmerrechte verteidigt und insbesondere die Möglichkeiten der betrieblichen Mitbestimmung gestärkt.

Wir haben die Investitionen in Bildung und Forschung deutlich erhöht und damit nach Jahren der Stagnation eine Trendwende eingeleitet. Durch zwei BAföG-Reformen, den Hochschulpakt und die Hochschulprogramme sowie das Ganztagsschulprogramm haben wir für mehr Chancengleichheit gesorgt.

Wir haben Förderung aller Kinder ins Zentrum gerückt. Der Ausbau der Tagesbetreuung und das Ganztagsschulprogramm haben die Lebenschancen der Kinder und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Millionen Eltern verbessert. Auch das Elterngeld erleichtert die Berufstätigkeit von Müttern und die Beteiligung der Väter an der Erziehung.

In der Regierungszeit der SPD hat unser Land weltweit an Ansehen gewonnen. Unser „Nein“ zum Irak-Krieg wird ebenso bleiben, wie unsere erfolgreichen Initiativen zur Abrüstung und bei der Bekämpfung globaler Armut. Mit unserer Initiative zum EU-Verfassungsvertrag haben wir Europa demokratischer und sozialer gemacht.

Die sozialdemokratische Regierungszeit war geprägt von einer scharfen ideologischen Auseinandersetzung über die Rolle des Staates und die Steuerungsmöglichkeiten der Politik. Mit der Finanzkrise ist ein neues Bewusstsein entstanden, dass der Staat Regeln setzen und durchsetzen muss. Demokratische Politik muss dafür sorgen, dass sich eine solche Krise nicht wiederholt und die Verursacher der Krise an ihren Kosten beteiligt werden.

Also: viel erreicht und noch viel zu tun. Zugleich können wir nicht behaupten, alles richtig gemacht zu haben. Unsere Politik hat auch Schwächen und Fehler gehabt. Wir blicken am Ende dieser elf Jahre auf ein Wahlergebnis, das mit 23 Prozent der Wählerstimmen das schlechteste aller bisherigen Bundestagswahlen war.

Die Anzahl der Wählerinnen und Wähler der SPD hat sich seit 1998 auf zehn Millionen halbiert. Wir haben seit 1998 schrittweise in verschiedene Richtungen verloren. Ein Teil hat sich zur Partei „Die Linke“ und zu den Grünen orientiert, ein Teil in Richtung Union und FDP. Ein dritter Teil wanderte nicht zu anderen Parteien ab, sondern entzog sich der Wahl. Gegenüber 1998 hat die Wahlbeteiligung um über 11 Prozentpunkte abgenommen. Für die SPD ist jedoch zentral, dass bei allen Wahlen der letzten Jahre die stärksten Einbußen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie bei Arbeitslosen zu verzeichnen waren.

Viele frühere Wählerinnen und Wähler der SPD warten derzeit ab; sie wandern bislang nicht zu anderen Parteien. Ein anderer Teil hat sich in Richtung Union und FDP orientiert, ein weiterer Teil zur Partei „Die Linke“ und zu den Grünen. Die Ursachen all dieser Entwicklungen werden wir unter Beteiligung der Gliederungen der Partei ergründen müssen. Dafür werden wir die Ortsvereine und Unterbezirke der SPD bitten, dem Parteivorstand ihre Erfahrungen und Bewertungen zur Bundestagswahl 2009 zuzuleiten. Zu Beginn des Jahres 2010 werden wir die Ergebnisse auf einer Konferenz aller Unterbezirke der SPD vorstellen und einen gemeinsamen Prozess der Modernisierung der SPD und der Stärkung ihrer Kampagnenfähigkeit beginnen. Politische Schlussfolgerungen für die Arbeit der SPD werden auf einem Parteitag 2010 zu beraten sein. Wir müssen aus dem Wahlergebnis vom 27. September 2009 die richtigen Konsequenzen für die Zusammenarbeit in der SPD, die programmatische Weiterentwicklung, unsere Kommunikation und Sprache, die organisationspolitische Ausrichtung und die strategische Positionierung im Fünf-Parteien-System ziehen.

Mit diesem Prozess wollen wir Gestaltungskraft und Glaubwürdigkeit der Politik zurückgewinnen. Unser Neuanfang wird ohne die Bereitschaft aller zum Kompromiss, zur Zusammenarbeit, vor allem aber ohne eine vordring-

liche Beschreibung des Gemeinsamen vor dem Trennenden, nicht zu bewältigen sein. Wir müssen offen und ehrlich bilanzieren und dürfen bestimmte Denkrichtungen nicht von vorneherein ausschließen. Unser Weg in die Zukunft darf nicht von wenigen gedacht werden, dem dann viele zu folgen haben. Unsere Zukunft ist eine Aufgabe aller Mitglieder. Unser Umgang untereinander muss von gegenseitigem Respekt und gegenseitigem Zuhören geprägt sein. Unsere gemeinsam demokratisch beschlossenen Positionen sind gemeinsam zu vertreten. Wir dürfen nicht den Eindruck vermitteln, dass die SPD aus mehreren Parteien besteht. Dazu gehört auch, dass die Verantwortlichen in Regierung und Fraktion nicht gegen elementare Parteitagbeschlüsse handeln.

Manche Fragen müssen in besonderer Weise betrachtet werden: Warum hat die SPD in der Arbeitnehmerschaft, der sozialen Mitte unserer Gesellschaft, an Zustimmung verloren? Und warum gab es bei der Wahl 2009 einen massiven Einbruch in der Zustimmung bei den Jung- und Erstwähler/innen sowie bei den Frauen in allen Altersgruppen? Warum haben wir in vielen ostdeutschen Regionen überproportional verloren? Warum trauen viele Wähler der SPD nicht mehr die Bewältigung wichtiger Aufgaben zu? Warum haben wir gerade in sozialen und kulturellen Fragen die Meinungsführerschaft in Deutschland verloren? Warum hat sich die Aufmerksamkeit vieler Wählerinnen und Wähler auf einige wenige (umstrittene) Reformmaßnahmen konzentriert und warum haben viele (unumstrittene) Maßnahmen und Erfolge unserer Arbeit weniger Aufmerksamkeit gefunden? Und warum hat die SPD seit 1998 weit über 200.000 Mitglieder verloren und damit erheblich auch an Organisations- und Finanzkraft?

Für diese Entwicklungen gibt es keine einfachen Erklärungen, zumal sie sich auch bei sozialdemokratischen Parteien in anderen europäischen Ländern beobachten lassen. Wichtige und zum Teil gegenläufige Gründe für die Wahlniederlage, die unsere Partei beschäftigen, sind:

Die Arbeitsmarktreformen haben in weiten Teilen der Arbeitnehmerschaft Furcht vor sozialem Abstieg durch Arbeitslosigkeit ausgelöst. Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung haben zu einem erheblichen Akzeptanzverlust sozialdemokratischer Alterssicherungspolitik geführt. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre wird bei vielen Beschäftigten als direkter Eingriff in die persönliche Lebensplanung wahrgenommen. Die Sorge vor Altersarmut ist gewachsen.

Im Ergebnis wurde der SPD angelastet, dass sie sich von zentralen Sicherungsversprechen des Sozialstaates, der Absicherung bei Arbeitslosigkeit und im Alter, verabschiedet habe. Die SPD hat in ihren Kernkompetenzen Arbeit und Soziales deutlich an Vertrauen und Glaubwürdigkeit verloren.

Wir sind in der Regierungsverantwortung Kompromisse eingegangen, die an unserer Glaubwürdigkeit gezehrt haben. Dies gilt insbesondere für die Anhebung der Mehrwertsteuer und die Anhebung des Renteneintrittsalters.

Prekäre und atypische Beschäftigung, insbesondere Arbeit zu Armutslöhnen, Leiharbeit, Befristungen und geringfügige Beschäftigung, haben in den letzten zwei Jahrzehnten massiv zugenommen.

Es gelang nicht, die Mehrheit der Bevölkerung an dem seit 2005 einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung angemessen teilhaben zu lassen. Trotz Wachstums stagnierten oder sanken die Realeinkommen vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die damit verbundene Zunahme der Einkommens- und Vermögensungleichheit verletzte das Gerechtigkeitsempfinden.

Trotz des enormen Einsatzes der SPD und der objektiven Erfolge bei der Bekämpfung der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise fehlte es an einer Zuordnung wirtschaftspolitischer Kompetenzen für die SPD;

nicht nur mittelständische Unternehmen, sondern auch abhängig Beschäftigte sahen eine nicht zu akzeptierende und ungerechte Benachteiligung in den massiven staatli-

chen Hilfen und Subventionen für den Finanzmarkt auf der einen und den absehbaren Schulden – und damit von allen Bürgerinnen und Bürgern zu tragenden Lasten – auf der anderen Seite;

Wählerinnen und Wähler waren unsicher, welche Regierungskoalition sie mit der Stimmabgabe für die SPD letztlich bewirken würden;

und nicht zuletzt sorgten häufige Wechsel an der Parteispitze und jahrelange öffentlich ausgetragene innerparteiliche Konflikte für deutliche Verunsicherungen über die Verlässlichkeit der SPD.

Die SPD wird diese Gründe inhaltlich und strategisch aufarbeiten und die dahinter stehenden Fragen beantworten. Auch dies wird Gegenstand der gemeinsamen Wahlanalyse sein. Doch diese Diskussion muss nach vorne gerichtet sein. Es geht um die Voraussetzungen einer neuen Stärke der Sozialdemokratischen Partei.

Eines ist klar: Die SPD wird neue Stärke nicht dadurch wiedererlangen, dass sie Einzelinteressen und Einzelthemen addiert. Schon jetzt besitzen wir schließlich in vielen Bereichen politische Antworten, die gesellschaftlich mehrheitsfähig sind. Für gesetzliche Mindestlöhne, die Sicherung der Arbeitnehmerrechte, den Atomausstieg oder die Bürgerversicherung sprechen sich weit mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger aus. Die SPD muss eine politische Leitidee entwickeln und vertreten, die Mehrheitsfähigkeit und Meinungsführerschaft begründet.

Auch 50 Jahre nach der Verabschiedung unseres „Godesberger Programms“ wollen wir eine Volkspartei bleiben. Das heißt vor allem: Wir bekennen uns zur Gesamtverantwortung für unser Land. Die SPD ist die einzige Partei in Deutschland, die weder Klientelpolitik betreibt, noch sich auf einzelne Politikfelder reduziert. Wir stellen uns der Herausforderung, wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander in Einklang zu bringen.

Trotz der Verluste ist die SPD nach wie vor die Partei in Deutschland, deren Wählerpotenzial sich am stärksten in allen Teilen der Gesellschaft wiederfindet. Das ist Vorteil und Herausforderung gleichermaßen. Diese Wählerinnen und Wähler gewinnen wir nicht, indem wir sie als zusammenhanglose „Zielgruppen“ begreifen. Entscheidend ist, das Gemeinsame in den Mittelpunkt zu rücken. Was alle diese Wählerinnen und Wähler verbindet, ist die Erwartung, dass die SPD eine moderne Idee sozialer Gerechtigkeit vertritt. Diese Idee geht von der Gleichwertigkeit aller Menschen aus, fordert gleiche Freiheit, gleiche Chancen und den Ausgleich sozialer Unterschiede, aber auch, dass Leistung gefordert wird, aber auch honoriert und anerkannt.

Unsere Stärke muss darin liegen, soziale Gerechtigkeit mit verschiedenen Lebensrealitäten und Biografien in Verbindung und sie mit anderen gesellschaftlichen Fragen in Beziehung zu setzen. Daran müssen wir glaubwürdige und nachvollziehbare Entwicklungslinien aufzuzeigen. Das kann keine andere Partei, das ist die originäre Herausforderung der SPD. In keiner anderen Partei wird Solidarität und Leistung zu einem emanzipatorischen Gesellschaftsbild zusammen geführt, das Hoffnung und Aufstiegsmöglichkeiten für alle Menschen bietet.

Aus dieser Idee einer gerechten Gesellschaft müssen sich schließlich – unter den Bedingungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts – politische Konzepte und Begründungen ableiten, die wichtige Kompetenzen begründen:

Die Kompetenz, die Lebenssituation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber auch vieler Selbständiger und ihrer Familien in Deutschland zu verbessern und ihre Interessen zu vertreten.

Die Kompetenz, für Wohlstand und Prosperität zu sorgen. Wir müssen den Deutungswettbewerb darüber aufnehmen, was Wirtschaftskompetenz in Deutschland eigentlich bedeutet: für wirtschaftliche Einzelinteressen oder für das Gemeinwohl zu stehen?

Die Kompetenz, ein liberales und weltoffenes Land zu erhalten.

Und nicht zuletzt die Kompetenz, gesellschaftlichen Fortschritt und eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen.

Neben diese Kompetenzen muss Klarheit und Glaubwürdigkeit treten. Viele Bürgerinnen und Bürger sagen uns: „Wir wissen nicht, wofür ihr derzeit steht“. Wenn wir selbstkritisch zurückblicken, haben wir zu oft abstrakte Antworten formuliert – auf Fragen, die sich für die Bürgerinnen und Bürger sehr konkret und individuell stellen. Manche gesetzlichen Regelungen haben das persönliche und gesellschaftliche Gerechtigkeitsempfinden verletzt. Dabei handelt es sich weder um eine Kommunikationsproblem, noch um gefühlte Defizite. Der Lebensleistung und der individuellen Lebenslage wurde nicht immer hinreichend Rechnung getragen – zumal in einer Zeit, in der der Druck der Globalisierung und die gesellschaftlichen Fliehkräfte für viele sehr konkret spürbar wurden und die Schere der Verteilung von Einkommen und Vermögen auseinander ging.

Wir brauchen eine politische Sprache, die in der Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger verankert ist. Unsere Sprache muss unsere Werte und Ziele vermitteln. Und sie muss von allen Bürgerinnen und Bürgern verstanden werden. Sie ist das wichtigste Medium der Politik.

Sozialdemokratische Politik soll sich insbesondere an den Interessen der breiten Arbeitnehmerschaft ausrichten. Die Arbeitnehmerschaft bildet die Basis der SPD und ihrer Mehrheitsfähigkeit. Unabdingbar ist dabei die enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Betriebsräten auf allen Gliederungsebenen.

Eine neue gesellschaftliche Verankerung der SPD wird sich nur im kritischen Diskurs und mit einer Öffnung nach außen entwickeln. Aktuelle Wahlerfolge auf kommunaler Ebene zeigen, wie entscheidend die enge Einbindung in die Bürgergesellschaft, die Vereine und Verbände vor Ort ist. Hier wächst Vertrauen. Erforderlich ist aber auch der – oft spannungsreiche – Austausch mit kritischen Köpfen in Wissenschaft, Kultur und sozialen Bewegungen. Die SPD braucht Impulse von außen. Und schließlich muss sich die SPD offensiv mit den Chancen und Herausforderungen der digitalen Gesellschaft auseinandersetzen. Die Anliegen der „Generation Internet“ und die dort neu entstehende digitale Kultur brauchen eine freiheitsorientierte Herangehensweise. Gleichzeitig müssen wir unsere eigenen Potenziale nutzen. Unsere Partei verfügt über viele politische Talente, Experten und erheblichen Sachverstand – das können wir selbstbewusst für uns in Anspruch nehmen. Gerade diejenigen, die sich als Experten ihrer Professionen oder Wissenschaften in der Sozialdemokratie zu Hause fühlen, müssen von uns angesprochen und gefragt werden.

Die SPD hat insbesondere in den Städten an Zustimmung verloren. Liberalität, Weltoffenheit, Integration und Zusammenhalt müssen in den Städten stetig aufs Neue erkämpft und errungen werden. Die SPD ist und bleibt die Kraft des Zusammenhalts der Städte und Kommunen. In der Kommission „Große Städte“ hat die SPD erste Wege diskutiert, wie Sozialdemokraten programmatisch, organisatorisch und personell sich wieder näher am Lebensgefühl der Städte aufstellen können. Gemeinsam mit den erfolgreichen sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern werden wir daher Mittel finden müssen, wie die SPD zu neuer Kraft in den Städten kommen kann.

Grundlegend ist die demokratische Verständigung nach innen. Selbstbewusste Mitglieder fordern Mitspracherechte über die Politik ihrer Partei ein. Eine Partei braucht Mitglieder, die von der Sache überzeugt sind. Im Jahr 1998 war die SPD politisch nicht in allen Punkten mit sich selbst im Reinen, als sie Regierungsverantwortung übernahm. Dies darf sich nicht wiederholen. Wir wurden gewählt, weil wir für „Innovation und Gerechtigkeit“ standen. Aber wir haben untereinander nicht hinreichend

geklärt, was mit „Innovation“ und was mit „Gerechtigkeit“ gemeint war.

Die Erarbeitung des Hamburger Grundsatzprogramms war ein gelungenes Beispiel für einen die Partei einigenden, demokratischen und beteiligungsorientierten Prozess. Auf dieser Basis ist das Regierungsprogramm für die Wahl 2009 entstanden. Das Regierungsprogramm, mit dem die SPD im Jahr 2013 antritt, wird in seinen wesentlichen Teilen Ergebnis einer ausführlichen Diskussion über die Soziale Demokratie der Zukunft sein.

II. Unsere Aufgaben in der Opposition

Die Parteien haben den grundgesetzlichen Auftrag, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Auch in der Opposition hat die SPD eine zentrale Verantwortung für unser Land.

Die neue schwarz-gelbe Regierung ist eine Zwei-Klassen-Koalition. Sie betreibt eine Politik der gesellschaftlichen Spaltung. Nicht zufällig hat sie zentrale steuer- und sozialpolitische Themen zunächst in Kommissionen verlagert. Sie will die Bürgerinnen und Bürger bis zur Wahl in Nordrhein-Westfalen im Frühjahr 2010 im Unklaren lassen. Doch schon jetzt steht fest, dass sie auf wichtige Herausforderungen unserer Zeit falsch reagiert:

Sie setzt auf ein „Weiter so“ nach der Finanzkrise. Sie ignoriert die Ursachen der tiefsten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Die Verursacher der Krise werden nicht an den Lasten beteiligt.

Die geplanten Steuersenkungen – auch für Unternehmen und Vermögende – sowie der geplante Stufentarif kommen nur Wenigen zugute. Sie sind konjunkturpolitisch falsch, da das Geld für nachhaltige Zukunftsinvestitionen und eine Stärkung kleiner Einkommen fehlt. Sie sind ungerecht, weil die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nun steigende Abgaben und Gebühren zu zahlen hat. Entlastungen für die schwarz-gelbe Klientel „auf Pump“ durch einen „Rettungsfonds für unbezahlbare Steuersenkungen“ haben mit seriöser Finanzpolitik nichts zu tun, sondern sind ein politischer Skandal. Denn früher oder später werden diejenigen dafür zahlen, die auf ein solidarisches Gemeinwesen angewiesen sind. Darüber können auch einzelne symbolische Verbesserungen (Kindergelderhöhung, Anhebung Schonvermögen, etc.) nicht hinweg täuschen.

Im Bereich der Gesundheits- und Pflegepolitik wird vorexerziert, wohin Schwarz-Gelb will: Die schrittweise Privatisierung und Entsolidarisierung der sozialen Sicherung. Die Versicherten werden höhere Beiträge zahlen und mehr Kosten alleine tragen müssen, die solidarische Finanzierung wird zurückgedrängt; auch unter den Ländern.

In der Arbeitsmarktpolitik verabschiedet sich Schwarz-Gelb vom Prinzip der „Hilfe aus einer Hand“ für Langzeitarbeitslose. Wir sind in unserer Regierungszeit viele schmerzhaft Kompromisse eingegangen, um die Diskriminierung breiter Bevölkerungsteile zu überwinden. Gerade jetzt in der Krise werden die Eingliederungsleistungen für Langzeitarbeitslose verschlechtert.

Schwarz-Gelb will den Niedriglohnsektor ausbauen. Befristete Beschäftigung wird erleichtert. Sogar die bestehenden Mindestlöhne sollen überprüft werden. Die neuen Vetomöglichkeiten der Arbeitgeberverbände und der FDP lassen befürchten, dass sogar bestehende Mindestlöhne nicht verlängert werden.

Schwarz-Gelb will längere Laufzeiten von Atomkraftwerken. Diese rückwärtsgewandte Energiepolitik erschwert den Ausbau erneuerbarer Energien und vergrößert die Menge an Atommüll. Der gesellschaftliche Konsens wird aufgebrochen, der energiepolitische Frieden in Deutschland wird aufgekündigt.

Schwarz-Gelb knickt bei der Finanzierung der internationalen Armutsbekämpfung ein. Sie verabschiedet sich von einem verbindlichen Zeitziel. Damit wird das Errei-

chen des 0,7-Prozent-Ziels bei der Armutsbekämpfung faktisch aufgegeben.

Wir werden uns der schwarz-gelben Regierung als konsequente Opposition gegenüberstellen und ihr eine glaubwürdige und realistische Alternative entgegensetzen, um damit neues Vertrauen und neue Stärke für die SPD zu erringen und die jetzige Regierung wieder abzulösen.

Wir werden die politische Auseinandersetzung mit Schwarz-Gelb nicht nur im Bundestag und Bundesrat, sondern auch in der gesellschaftlichen Debatte führen. Immer da, wo es sich anbietet, gemeinsam mit Gewerkschaften, den Wohlfahrts- und Sozialverbänden, insbesondere der Arbeiterwohlfahrt und mit anderen sozialen Bewegungen. Wir müssen die Fähigkeit zurück gewinnen, neue soziale Konflikte zu erkennen und gemeinsam mit anderen Organisationen zu thematisieren.

Erforderlich ist eine enge Zusammenarbeit des SPD-Parteivorstands, der SPD-Bundestagsfraktion, der SPD-geführten Landesregierungen, der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen sowie unserer EU-Parlamentarier und Kommunalpolitiker. Wir wollen Kräfte und Ideen bündeln und gemeinsame Schlagkraft entfalten. Wir werden dort, wo wir in Ländern und Kommunen regieren, am praktischen Beispiel zeigen, dass es eine sozial gerechte Alternative zur schwarz-gelben Politik gibt.

In den letzten Jahren hat sich in Deutschland ein Fünf-Parteiensystem entwickelt. Damit hat auch der Wettbewerb zwischen den Parteien zugenommen. Die SPD wird ihre Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Parteien von politischen Inhalten und Verlässlichkeit in der Zusammenarbeit und in der Regierungsbildung abhängig machen. Weder schließen wir bestimmte Koalitionen aus Prinzip aus noch streben wir aus Prinzip bestimmte Koalitionen an. Die SPD definiert sich und ihre Politik nicht über die Abgrenzung oder Ableitung von anderen Parteien, sondern über ihre eigene Tradition, ihre Werte und ihr politisches Programm.

Die Grundlagen unserer Arbeit sind das Hamburger Grundsatzprogramm, das beschlossene Regierungsprogramm für die neue Legislaturperiode und der von Frank-Walter Steinmeier vorgelegte Deutschlandplan „Arbeit von morgen“. Wo nötig, werden wir diese Gedanken weiterentwickeln und konkretisieren.

Konsequenzen aus der Krise ziehen

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt: Marktliberale Ideologien wie die Deregulierung und das kurzfristige Renditedenken sind gescheitert. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben. Dafür ist der Preis zu hoch: Die Vernichtung von Wohlstand und der Verlust von Arbeitsplätzen verstärken die soziale Spaltung. Eine Krise wie diese darf sich nicht mehr wiederholen. Deshalb brauchen wir einen Neustart der Sozialen Marktwirtschaft und eine deutliche Reduzierung der globalen Ungleichgewichte. Damit schaffen wir auch die Grundlage, die Einkommens- und Vermögensungleichheit in Deutschland, Europa und weltweit zu reduzieren. Wir brauchen weltweit neue Spielregeln für die Finanzmärkte. Unser Ziel ist es, stabile und funktionsfähige Finanzmärkte zu erhalten. Sie müssen auf ihre dienende Aufgabe verpflichtet werden. Die Finanzmärkte brauchen Leitplanken, zumal viele Akteure bereits wieder so handeln, als ob die Krise nie stattgefunden hätte.

Wir brauchen internationale, europäische und nationale Maßnahmen, um den Casino-Kapitalismus zu überwinden. Wer vom Casino-Kapitalismus nicht reden will, sollte von der Sozialen Marktwirtschaft schweigen. Wir wollen Spekulation begrenzen und mehr Kapital in echte Investitionen lenken. Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds müssen reguliert und die Finanzmarktaufsicht muss verschärft werden. Wir werden die Entscheidung der neuen Bundesregierung, der Bundesbank die alleinige Finanzmarktaufsicht zu übertragen, kritisch begleiten. Für die Verbraucher muss ein Finanz-TÜV eingerichtet

werden. Das dreigliedrige deutsche Bankensystem hat sich in der Krise bewährt. Wir werden es weiterentwickeln und insbesondere den genossenschaftlichen und öffentlichen Bankensektor erhalten. Wir werden darauf achten, ob die von uns auf dem G20-Gipfel eingebrachte internationale Finanzmarktsteuer von der neuen Bundesregierung weiter verfolgt und durchgesetzt wird – wenn nicht international, dann europäisch und national.

Wir werden ein „Leitbild nachhaltige Unternehmensführung und Finanzanlage“ erarbeiten. Nachhaltigkeit und Sozialpartnerschaft müssen Leitbilder in und von Unternehmen werden. Dazu gehören für uns die Mitbestimmung im Unternehmen, der Ausbau der Mitarbeiterkapitalbeteiligung, die Gemeinwohlverpflichtung von Aktiengesellschaften und die Begrenzung von Vorstands- und Managergehältern. Hierzu gehört auch die Unterstützung von Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, das eigene Sparkapital nachhaltig und verantwortungsbewusst anzulegen.

Wir werden anregen, beim Deutschen Bundestag eine Enquête-Kommission zu den Ursachen und Folgen der Finanzkrise einzurichten. Diese soll auch die Auswirkungen der sinkenden Lohnquote sowie der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte auf das Entstehen der Finanzkrise untersuchen und Gegenstrategien entwickeln.

Einen handlungsfähigen Staat erhalten

Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur, die Förderung von Familien und Integration, die finanzielle Sicherung des Sozialstaates, die Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen durch die demografischen Entwicklungen, Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung sind zentrale Aufgaben des Staates. Nur ein starker, weil handlungsfähiger Staat kann all das leisten. Verlässliche Steuereinnahmen und solide Finanzen sind das Fundament eines leistungsfähigen und handlungsfähigen Staates. Gleichzeitig müssen die finanziellen Folgekosten der Wirtschafts- und Finanzkrise bewältigt werden – und das bei einem massiven Rückgang der Steuereinnahmen. Dabei setzen wir auf vier Elemente:

Wachstumsorientierte Konsolidierung: Hohe Schulden schränken die Handlungsfähigkeit des Staates zukünftig weiter ein. Unter der neuen Bedingung der gesetzlichen Schuldenregel kann ein handlungsfähiger Staat nur aufrechterhalten werden, wenn die Wirtschaft wächst und ausreichend Steuereinnahmen sichergestellt werden. Ohne eine aktive Konjunkturpolitik wird das Konsolidierungsziel verfehlt.

Handlungsfähigkeit aller Regionen und Ebenen setzt ihre Leistungsfähigkeit voraus: Wir lehnen einen Wettbewerbsföderalismus, der schwache Regionen finanziell noch schwächer macht, ab. Den Solidarpakt II wollen wir erhalten. Deutschland braucht eine Stärkung der Städte, Gemeinden und Kreise, damit diese ihre vielfältigen Leistungen für die Sicherung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger auch künftig aufrecht erhalten können. Bund und Länder müssen gemeinsam mit den Kommunen Wege finden, wie die Kommunen aus der Schuldenfalle herauskommen können, wie die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gewahrt werden kann und wie gesamtstaatliche Aufgaben gemeinsam besser verantwortet und bewältigt werden können.

Einen solidarischen Lastenausgleich: Für umfassende Steuersenkungen sehen wir auf absehbare Zeit keinen finanziellen Spielraum. Die Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise müssen gerecht verteilt werden. Vor allem die Verantwortlichen, müssen sich beteiligen. Element eines solidarischen Lastenausgleichs ist die Einführung einer internationalen Finanzmarktsteuer oder im nationalen Rahmen zumindest einer Börsenumsatzsteuer. Wir wollen auf Spitzeneinkommen einen „Bildungssoli“ einführen, der einen Beitrag zur Steigerung dringender Bildungsinvestitionen leistet.

Eine sozial gerechte und nachhaltige Steuerpolitik: Wir werden der Politik der neuen Bundesregierung ein sozialdemokratisches Steuerkonzept entgegensetzen. Partei und Bundestagsfraktion werden dies auf Basis der Eckpunkte des Regierungsprogramms gemeinsam entwickeln. Dieses Steuerkonzept soll Spekulation begrenzen und Anreize für nachhaltiges Wirtschaften sowie eine Erhöhung der Investitionen setzen. Es wird den erfolgreichen Ansatz einer ökologischen Besteuerung fortführen. Unser Steuerkonzept wird Vermögende, unter anderem durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer stärker in die Verantwortung für das Gemeinwohl nehmen und Normalverdiener sowie Familien steuerlich besser stellen. In diesem Konzept ist auch der Zusammenhang zwischen Steuern und Sozialabgaben zu berücksichtigen. Es wird familien- und geschlechtergerecht sein, in dem es auf einen Kindergrundfreibetrag umstellt und steuerliche Hemmnisse, die Frauen an der Berufstätigkeit hindern, abbaut.

Arbeit in der Krise heute sichern – Innovationen und Investitionen stärken – Arbeit von morgen schaffen

Es war das mutige und entschlossene Handeln der SPD in der Regierung, das dafür gesorgt hat, dass die Folgen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise in Deutschland bislang weit weniger spürbar sind, als in den meisten anderen Industrieländern. Insbesondere der entschlossene Einsatz der Kurzarbeit ist die Ursache dafür, dass Hunderttausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Arbeitsplätze behalten konnten. Wir werden in der Opposition genau darauf achten, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung den von uns markierten Pfad nicht verlässt. Es darf nicht sein, dass Arbeitnehmer, Kleinunternehmer, Rentner, Familien und Sozialleistungsempfänger die Folgen der Krise ausbaden müssen.

Unser Ziel bleibt Vollbeschäftigung, wir wollen gute Arbeit schaffen. Beschäftigungspolitisch müssen jetzt die Weichen für die Zeit nach der Krise gestellt werden. Die Zukunft unseres Landes liegt nicht im Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und die schlechtesten Arbeitsbedingungen. Wir müssen uns auf unsere Stärken besinnen: hohe Produktivität, die Entwicklung innovativer Produkte und Produktionsverfahren sowie hoch qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Arbeit und Umwelt: Der Sektor, auf dem in den kommenden Jahren Wachstum und Beschäftigung in besonderem Maße möglich wird, ist der Sektor der Umwelttechnologien. Weltweit wachsende Industrialisierung und weltweit steigender Ressourcenverbrauch erfordern eine massive Steigerung der Effizienz eingesetzter Rohstoffe und der Wechsel zu nachhaltig produzierten erneuerbaren Rohstoffen – nicht nur in der Energiepolitik. Effizienz und erneuerbare Rohstoffe sind die Schlüssel für nachhaltiges und umweltschonendes Wachstum in Deutschland, Europa und weltweit. Und sie sind die entscheidenden Antworten auf eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: der Bekämpfung des globalen Klimawandels. Deutschland hat in den Jahren sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung dabei besonders große Fortschritte erzielt. Rund 300.000 neue Arbeitsplätze allein im Bereich erneuerbarer Energien und 1,8 Millionen Arbeitsplätze in der Umwelttechnik sind ein deutlicher Beleg dafür. Bis 2020 können diese Arbeitsplätze mehr als verdoppelt werden.

Arbeit „Menschen für Menschen“: Neue Arbeit entsteht zudem dort, wo Menschen Dienstleistungen für Menschen erbringen: in der Betreuung, der Bildung, der Pflege. Der demografische Wandel bringt ganz neue Bedarfe und Beschäftigungsmöglichkeiten hervor. Die Expansion von Beschäftigung setzt jedoch stabile Finanzierungsbedingungen ebenso voraus wie weitergehende Reformen unseres Sozialstaats.

Kreative Arbeit: Die Kreativwirtschaft trägt seit Jahren immer stärker zum Wirtschafts- und Beschäftigungs-

wachstum bei. Wir halten fest am Bestreben, zwischen Politik, Wirtschaft, Künstlern und Kreativen einen „Kreativpakt“ zur besseren Absicherung und Vergütung zu verabreden.

Projekt „Innovationen und Arbeit von morgen“: Der Erhalt und die Steigerung der Innovationsfähigkeit unserer Volkswirtschaft ist für die SPD ein zentrales Anliegen. Nur durch Innovationen und Investitionen entsteht neuer Wohlstand und neue Arbeit. Wir werden gemeinsam mit Wirtschaft, Verbänden und Gewerkschaften einen wirtschaftspolitischen Dialog starten, um ein volkswirtschaftliches und beschäftigungspolitisches Gesamtkonzept „Innovationen und Arbeit von morgen“ zu formulieren, in dem die Gedanken unseres Regierungsprogramms und des „Deutschlandplans“ fortgeschrieben und konkretisiert werden. Dieses Konzept muss differenzierte Lösungen für die jeweiligen regionalen Ausgangslagen in Ost- und Westdeutschland beinhalten. Dabei findet der Prozess der Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in den neuen Ländern unsere besondere Beachtung. Wir brauchen eine integrierte Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungspolitik. Das zentrale Anliegen dieses Konzepts wird die Bündelung von Ansätzen sein, mit denen Leitmärkte der Zukunft identifiziert und ausgebaut, Innovationen gefördert und die private sowie die öffentliche Investitionsquote erhöht werden können. Hierzu gehört auch eine neue Balance zwischen einer wettbewerbsfähigen Exportwirtschaft und einer starken Binnenwirtschaft. Erforderlich ist die strategische Bündelung aller Instrumente: vor allem der Forschungsförderung, der Qualifizierungspolitik, der Steuerpolitik, der Regulierung sowie der öffentlichen Nachfrage und Beschaffung. Eine besondere Rolle muss die Förderung von Ressourceneffizienz spielen, auch um mehr Spielräume für hohe Lohnabschlüsse und die öffentliche Nachfrage zu gewinnen.

Klimaschutz und Umweltschutz als globale Aufgabe

Das Wirtschafts- und Entwicklungsmodell der traditionellen Industriegesellschaften ist kein Vorbild für das 21. Jahrhundert. Die Folgen des ungehemmten Verbrauchs von Energie, Rohstoffen und Natur sowie uneingeschränkter CO₂-Emissionen kann unser Planet nicht verkraften. Die globale Erwärmung und der globale Verlust an biologischer Vielfalt zeigen, dass das Ökosystem Erde aus dem Gleichgewicht zu geraten droht. Das rasante Bevölkerungswachstum in vielen Teilen der Welt wird die Probleme noch verschärfen. Die Antwort auf diese Herausforderung kann nicht in einem Verzicht auf globale Entwicklung und Wirtschaftswachstum bestehen. Wir müssen unser Wirtschaftsmodell neu justieren und Innovationen ins Zentrum unseres Wirtschaftens stellen. Wir setzen auf eine kooperative Energie- und Ressourcenpolitik in der Welt. Wir wollen verhindern, dass aus einem immer härteren Wettbewerb um knappe Güter die Konflikte von morgen erwachsen. Wir fördern regionale Kooperation bei der nachhaltigen Ressourcennutzung und setzen uns für starke internationale Institutionen im Energiebereich ein.

Die schwarz-gelbe Regierung legt den energiepolitischen Rückwärtsgang ein. Die geplanten Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken stärken die Monopolstrukturen auf dem deutschen Energiemarkt, machen Investitionen in die Erneuerung des Kraftwerksparks rückgängig und schwächen den Standort Deutschland erheblich. Egal welche Gegenleistung von den AKW-Betreibern erbracht wird, es bleibt ein lukratives Geschäft, das die Erneuerbaren Energien behindert und die Menge an radioaktivem Müll erheblich vergrößert. Wir brauchen massive Anstrengungen bei der Energieeinsparung und dem Ausbau erneuerbarer Energien, um so schnell wie möglich die Vision des Hamburger Programms vom solaren Zeitalter umzusetzen. Dabei müssen wir die Menschen mitnehmen. Fossile Energieträger sind bis dahin eine Übergangstechnologie. Wir setzen uns dafür ein, dass die Revisionsklausel für den deutschen Steinkohlebergbau

vor 2012 wirksam gemacht und eine Beendigung der heimischen Steinkohleförderung verhindert wird.

Unser Ziel bleibt die Reduzierung der Treibhausgase in Deutschland gegenüber 1990 um mindestens 40 Prozent bis zum Jahr 2020. Wir werden sehr genau hinschauen, ob die neue Bundesregierung auf dem UN-Klimagipfel in Kopenhagen die Klimaziele ambitioniert vertritt.

Die SPD wird das Ziel des Ausstiegs aus der Atomenergie konsequent weiter verfolgen und aktiver Teil der Anti-Atom-Bewegung in Deutschland sein. Dabei wollen wir eine ergebnisoffene Endlagersuche, um die bestmögliche und sicherste Lösung zu erzielen.

Wir treten für die Gründung einer Netzgesellschaft ein, die durch die Eigentumsverhältnisse die Steuerungsfähigkeit des Staates gewährleistet. Die Stromversorgung ist Teil der Daseinsvorsorge.

Arbeitnehmerrechte erhalten und ausbauen

Zu den Stärken unserer sozialen Marktwirtschaft gehören klare und eindeutige Arbeitnehmerrechte. Wir setzen uns für die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses, unbefristet und sozial abgesichert, ein. Ein sicheres Arbeitsverhältnis ist die beste Grundlage für hohe Leistung und kreative Ideen. Deshalb lehnen wir jede Lockerung des Kündigungsschutzes ab. Wir stehen für den Erhalt der Tarifautonomie und für einen Ausbau der Mitbestimmungsrechte ein. Gerade in der Krise ist deutlich geworden, wie sehr Unternehmen vom Wissen und Können ihrer Belegschaften profitieren können.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Niedriglohnssektor in Deutschland zurückgedrängt wird und Mindestlöhne zumindest die schlimmsten Dumpinglöhne verhindern. Am Ziel eines allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohnes als unterste Grenze halten wir fest. Wir wollen, dass Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu einem zentralen Kriterium wird.

Wir werden gegen den Missbrauch von Leiharbeit vorgehen. Wir sehen diesen Missbrauch mit Sorge und unterstützen alle Bemühungen, sie besser zu reglementieren, die Mitbestimmungsrechte zu stärken und den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ebenso durchzusetzen wie einen Mindestlohn.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte ausgeweitet werden – zum Beispiel im Hinblick auf Aus- und Weiterbildung und eine geschlechtergerechte Entlohnung.

Soziale Sicherheit gewährleisten

Nur als Sozialstaat ist Deutschland in der Welt wettbewerbsfähig. Die soziale Absicherung von Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit und Unfall ist eine kulturelle Errungenschaft, auf die wir stolz sind. Deswegen ist es falsch, die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme zu verringern, um Steuersenkungen zu finanzieren. Wir brauchen einen handlungsfähigen Sozialstaat, getragen von der Idee, dass alle Bürgerinnen und Bürger solidarisch füreinander eintreten. Die Bürgerversicherung ist Ausdruck dieses Bestrebens. Wir treten außerdem dafür ein, präventive Elemente der sozialen Sicherung zu stärken, damit Menschen gar nicht erst in Notlagen geraten. Die Erweiterung der Arbeitslosenversicherung zur qualifikationsorientierten Arbeitsversicherung und die weitere Modernisierung der Arbeitsvermittlung sind dafür wesentliche Voraussetzungen. Wir wissen, dass viele Bürgerinnen und Bürger Angst vor Armut haben. Deshalb sind Teilhabe an Arbeit und ein vernünftiges System der Grundsicherung so wichtig. Gerade mit Blick auf die Absicherung im Alter werden neue Sicherungsangebote wichtig werden.

Wir wollen ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen und fordern von der neuen Bundesregierung, dass sie zügig einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegt.

Wir werden unsere Alterssicherungspolitik am Ziel der Lebensstandardsicherung orientieren und uns für eine solidarische gesetzliche Rentenversicherung stark machen. Dies schließt selbstverständlich die Prüfung der rentenpolitischen Maßnahmen seit 2001 ein.

Wir werden unsere bereits erarbeiteten Konzepte zur Reform der Sozialversicherungen (Bürger-Kranken- und Pflegeversicherung, Arbeitsversicherung, Erwerbstätigenversicherung in der Rente) in einem „Leitbild Bürger-Sozialstaat“ bündeln.

Gleichstellung durchsetzen

Wir wollen, dass Frauen und Männer ein gleichberechtigtes, selbstbestimmtes, eigenständiges, sozial abgesichertes Leben führen können, mit existenzsicherndem Einkommen und ausreichender Alterssicherung, ohne auf Rollenmuster fixiert zu werden, ohne Gewalt und Diskriminierung. Ein besonderer Fokus muss auf der Lebenssituation Alleinerziehender und älterer allein lebender Frauen liegen. Grundlegend ist die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben. Wir wollen die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern durchsetzen. Gleichstellungspolitik ist für uns eine Querschnittsaufgabe. Deshalb wollen wir alle notwendigen Maßnahmen in einem „Aktionsplan Gleichstellung“ zusammenführen.

Wir wollen eine verbindliche gesetzliche Regelung, um das Ziel "Gleicher Lohn für (gleich)wertige Arbeit" zu erreichen. Dazu haben wir ein entsprechendes Entgeltgleichheitsgesetz vorgelegt.

Mehr Frauen in Führungspositionen sind nur mit einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und verbindlichen Regelungen und Zielvorgaben zu erreichen. Mit Hilfe einer Quotenregelung wollen wir sicherstellen, dass mindestens 40 Prozent Frauen in Aufsichtsgremien vertreten sind.

Wir wollen die völlige Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften und eine Ergänzung des Artikels 3 Grundgesetz um das Diskriminierungsverbot auf Grund der sexuellen Identität.

Den Aufstieg durch Bildung möglich machen – Bildung und Integration eng verzahnen

Bildung ist der Schlüssel für Emanzipation und Teilhabe und die Voraussetzung für eine progressive und tolerante Gesellschaft. Sie befähigt zur kritischen Reflektion, Persönlichkeitsentwicklung und ist Grundlage für Wachstum und Fortschritt. Bildung ist ein Menschenrecht.

Trotz großer politischer Anstrengungen der SPD in Bund und Ländern sind die Chancen in unserer Gesellschaft noch immer ungerecht verteilt. Die soziale und kulturelle Herkunft bestimmt in hohem Maße über den späteren Lebensweg. Wir wollen Aufstiegshoffnungen und Aufstiegsmöglichkeiten wieder stärken. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist eine Politik für Chancengleichheit – und zwar in zweierlei Hinsicht: Wir müssen – vor allem im Hinblick auf Kinder und Jugendliche – Bildungs-, Jugend-, Integrations- und Familienpolitik zusammen denken. Gleichzeitig ist Bildung wichtiger Motor für Arbeit, Wohlstand und Innovation. Wir brauchen ein übergreifendes sozialdemokratisches Konzept für Bund, Länder und Kommunen.

Bildung darf nicht am Geldbeutel scheitern. Unser Ziel ist Gebührenfreiheit von der KiTa bis zur Hochschule. Bildungs- und Studienförderung muss öffentlich finanziert, bedarfsgerecht, flexibel und mit klaren Rechtsansprüchen ausgestaltet sein.

Der frühen Lebensphase muss in der Bildung weit mehr Bedeutung zugemessen werden als bisher. Um Chancengleichheit zu erreichen, muss jedes Kind unabhängig von seiner sozialen Herkunft so früh wie möglich individuell gefördert werden.

Der Zusammenhang von gegliedertem Schulsystem und sozialer Ungerechtigkeit ist offensichtlich. Wir nehmen

die Benachteiligungen durch das Bildungssystem nicht hin. Kinder müssen länger gemeinsam lernen. Gleichzeitig brauchen wir den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen mit individueller Förderung.

Wir wollen das Recht auf eine zweite und dritte Chance. Dazu gehört der Rechtsanspruch auf das Nachholen eines qualifizierten Schulabschlusses und das Recht auf Aus- und Weiterbildung.

Wir wollen im Grundgesetz die Voraussetzungen dafür schaffen, dass in der Bildung eine Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen möglich wird.

Ein leistungsfähiges Bildungssystem ist ohne motivierte und qualifizierte Beschäftigte nicht denkbar. Unser Ziel ist es daher, ihnen auf allen Ebenen und in allen Bildungsbereichen bis hin zur Fort- und Weiterbildung attraktive Arbeitsbedingungen und möglichst gesicherte Beschäftigungsverhältnisse anzubieten und auszubauen.

Mit unserem bildungspolitischen Grundsatzbeschluss „Aufstieg durch Bildung“ vom September 2008 haben wir eine gemeinsame Grundlage für eine übergreifende Bildungspolitik gelegt. Diese Politik ist der rote Faden unserer Bildungspolitik auf allen Ebenen. Nicht alle Instrumente müssen identisch sein, sehr wohl aber die Grundsätze. Gerade um eine integrierte Politik für Chancengleichheit zu realisieren, brauchen wir in der SPD einen Ort, an dem der ständige Austausch sozialdemokratischer Politikerinnen und Politiker aller Ebenen möglich ist. Dort wollen wir den interkulturellen Dialog führen, um die notwendige interkulturelle Öffnung der Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik erreichen zu können.

Wir nehmen die Vereinbarungen des Qualifizierungsgipfels von Bund und Ländern ernst. Die SPD hält an dem Ziel fest, mindestens sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Bildung und mindestens drei Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung zu investieren.

Wir wollen Bildung und Integration eng miteinander verzahnen. Wir treten dafür ein, dass in unserem Land Menschen mit verschiedener Herkunft eine gemeinsame Zukunft aufbauen können. Dazu brauchen wir sowohl eine Kultur der Anerkennung, die kulturelle Vielfalt nicht leugnet, als auch Chancengleichheit, die soziale Ausgrenzung verhindert. Darum brauchen wir zum einen ein modernes Zuwanderungsrecht, das auch den diskriminierungsfreien Zuzug von ausländischen Ehegatten zu Deutschen und Ausländern erleichtert sowie ein Staatsangehörigkeitsrecht, das eine doppelte Staatsbürgerschaft ausdrücklich zulässt. Integration bedeutet die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Die Integration von Kindern und Jugendlichen aus Einwandererfamilien, aber auch aus sozial schwachen Familien, ist eine Querschnittsaufgabe. Was in der frühen Förderung, vor allem der Kenntnisse der deutschen Sprache, versäumt wird, kann später nur mühsam nachgeholt werden.

Kinder und Familien stärken

Wir wollen eine moderne und soziale Familienpolitik, die Vielfalt von Familien respektiert und sie in allen Lebensphasen unterstützt, von der Geburt eines Kindes bis zum selbstbestimmten Altern in Würde, mit guter pflegerischer Begleitung und medizinischer Versorgung. Familien sind so bunt wie das Leben. Wir wollen Menschen nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben, sondern unterstützen sie, wenn sie Verantwortung füreinander übernehmen. Familie ist für uns dort, wo Menschen partnerschaftliche Verantwortung übernehmen: Paare – ob mit oder ohne Kinder und Trauschein –, Alleinerziehende, Patchwork- und Regenbogenfamilien und auch der Single, der sich um seine pflegebedürftigen Eltern sorgt, gehören dazu.

Wir wollen Deutschland zu einem Kinderland machen: Familien stärken, Betreuung und Bildung von Anfang an,

Kinderarmut bekämpfen, Kinder vor Vernachlässigung und Gewalt schützen und Kinderrechte im Grundgesetz verankern. Aufbauend auf unsere bisherigen familienpolitischen Maßnahmen und Beschlüssen entwickeln wir das Programm „Kinderland Deutschland“.

Innere Sicherheit und Bürgerrechte

Freiheits- und Bürgerrechte und Sicherheit zu garantieren, angesichts Bedrohungen ganz unterschiedlicher Art, bleibt eine fortwährende Herausforderung der Innenpolitik. Dabei ist wesentlich, die sensible Balance zwischen der Freiheit und der Sicherheit zu halten. Alte Instrumente, insbesondere jene mit Eingriffscharakter, müssen genauso wie neue auf Ausgewogenheit und Verhältnismäßigkeit überprüft und bei Bedarf konsequent angepasst werden.

Das Thema Jugendgewalt werden wir aufgreifen: Die (oftmals) einhergehenden sozialen Ursachen müssen identifiziert werden, um ihnen mit einem Präventionskonzept erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Eine zentrale Aufgabe wird es sein, die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit insbesondere im Internet sicherzustellen. Die notwendige Diskussion werden wir auch mit Netzaktivistinnen und Netzaktivisten sowie der "Blogosphäre" führen. Eine Zensur des Internets ist keine Lösung. Wo sie droht, räumen wir Datenschutz und Bürgerrechten einen höheren Stellenwert ein.

Für die soziale Ausrichtung der Europäischen Politik

Wir setzen auf eine kooperative Weltordnung, auf Dialog statt Konfrontation. Die EU bietet einen wichtigen Gestaltungsspielraum und kann ein Vorbild für viele Regionen der Welt sein. Deutschland muss ein weltoffenes Land in einem sozialen und demokratischen Europa sein.

Auch nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon bleibt die europäische Integration eine unvollendete Aufgabe. Die neuen Regeln wollen wir in einer wahrhaftig europäischen Haltung umsetzen und nutzen. Der EU-Menschenrechtscharta werden wir volle Geltung verschaffen. Europa soll international mit einer Stimme sprechen, Solidarität soll Wohlstand mit sozialer Gerechtigkeit über die nationalen Grenzen hinweg schaffen. Das gilt auch jenseits der aktuellen EU-Grenzen, wenngleich in anderer Form. Erweiterungsperspektiven und laufende Beitrittsverfahren bleiben wichtig und dürfen daher nicht in Frage gestellt oder revidiert werden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und Demokratisierung in all jenen Staaten, die eine Mitgliedschaft in der EU anstreben. Auch im Wirken der Europäischen Union nach außen, muss sich das Anliegen einer gerechten Weltordnung und eines Ausgleichs zwischen Nord und Süd widerspiegeln, insbesondere in der Handelspolitik.

Bei der Auseinandersetzung mit den Wahlunterlagen im Jahr 2009 kommt der Europawahl und der Analyse des Europawahlkampfes eine gewichtige Rolle zu. Bei der Europawahl haben wir unser historisch niedrigstes Ergebnis von 2004 nochmals unterboten. Die SPD, die 1925 als erste deutsche Partei das Ziel der Vereinigten Staaten von Europa in ihr Heidelberger Programm aufnahm, muss ihre europäische Grundhaltung wiederentdecken und mit neuer Überzeugung begründen. Nur wenn wir es schaffen, sowohl auf Bundes- als auch auf europäischer Ebene sozialdemokratische Mehrheiten zu erkämpfen, können wir sozialdemokratische Ziele umsetzen und ein Soziales Europa schaffen. Auch nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon halten wir am Ziel einer echten EU-Verfassung fest.

Dafür bieten sich auf EU-Ebene zahlreiche Betätigungsfelder: Wir brauchen gemeinsame soziale Standards in der EU zum Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, eine stärkere Koordination der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten und wir müssen die Gültigkeit von Tariftrüegegesetzen europarechtlich absi-

chern. Eine Aushöhlung von Betriebsratsrechten durch Initiativen wie die Europäische Privatgesellschaft werden wir nicht zulassen.

Voneinander lernen und miteinander arbeiten sind Grundlagen des gemeinsamen Europas. Die Erfahrungen unserer Nachbarstaaten wollen wir deshalb bei der Formulierung unserer Politik einbeziehen. Dies gilt beispielsweise im Bereich der Gleichstellungspolitik, bei der andere Länder Deutschland weit voraus sind.

Europa muss insbesondere in der Klimapolitik eine Vorbildfunktion übernehmen und für mehr Energieversorgungssicherheit sorgen. Hierfür ist ein neues Konzept der Energiesolidarität in der EU notwendig.

Verantwortungsbewusste Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik

In unserem Kampf für eine atomwaffenfreie Welt werden wir nicht nachlassen. Wir wollen alle Massenvernichtungswaffen abrüsten. Das gilt auch für die taktischen Nuklearwaffen in Deutschland und Europa. Konventionelle Waffenarsenale wollen wir entschieden weiter reduzieren. Wir bleiben einer restriktiven Rüstungsexportpolitik verpflichtet. Im Sinne eines umfassenden Sicherheitsbegriffs gehören Sicherheitspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Menschenrechte zusammen. Die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte ist für uns nicht verhandelbar. Wir halten unverändert am EU-Stufenplan für die Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit fest.

Konflikte wollen wir präventiv und auf diplomatischem Weg lösen. Als ultima ratio werden wir einem Einsatz der Bundeswehr nur zustimmen, wenn ein politisches Gesamtkonzept vorliegt, der Einsatz durch ein völkerrechtlich bindendes Mandat der UNO legitimiert ist, er dem deutschen Interesse am Frieden in der Welt und an der Wohlfahrt der Nation nicht widerspricht und der Bundestag zustimmt. Beim Einsatz in Afghanistan bleiben wir dabei, dass in dieser Legislaturperiode die Grundlage für den Abzug der Bundeswehr geschaffen werden muss. Der Zehn-Punkte-Plan von Frank-Walter Steinmeier zeigt auf, was dafür zu tun ist. Die afghanische Regierung muss stärker in die Pflicht genommen werden, die afghanischen Sicherheitskräfte müssen zunehmend Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen, damit die Fortschritte im Bereich des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, in Bildung und Gesundheit – insbesondere für Frauen und Mädchen – nicht gefährdet werden.

In unserer „Einen Welt“ haben internationale Organisationen einen entscheidenden Anteil bei der Gestaltung einer multilateralen Politik. Deshalb wollen wir sie stärken und an die internationale Architektur des 21. Jahrhunderts anpassen. Die SPD versteht sich als Partnerin aller Nichtregierungsorganisationen, die sich für Frieden, Menschenrechte, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und für Umweltschutz einsetzen.

Wir werden unseren Beitrag leisten, damit die Sozialdemokratie wieder zur bestimmenden Kraft in Europa wird. Zusammen mit unseren Schwesterparteien, mit denen wir in SPE, in der sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments und in der Sozialistischen Internationale verbunden sind, werden wir weiter weltweit zivilgesellschaftliche Strukturen fördern und bei der Gründung und Unterstützung sozialdemokratischer Parteien helfen. Dies beinhaltet auch kritische Dialoge.

III. Politische Initiativen für eine Gesellschaft der selbstbestimmten und freien Bürgerinnen und Bürger

Bereits am Anfang der SPD vor 146 Jahren standen zwei Überzeugungen: Erstens, dass jede und jeder selbstbestimmt und frei leben können soll und kann. Diese Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenzen an der Freiheit des jeweils anderen. Und zweitens, dass man sich zusammenschließen und verständigen muss, damit die gesell-

schaftlichen Verhältnisse diese Selbstbestimmtheit möglich machen. Sozialdemokratische Politik strebt seit je her nach der Emanzipation der und des Einzelnen. Wir bleiben deshalb auch zukünftig Wertepartei. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität prägen unsere politischen Ziele und unser politisches Handeln.

Diese Überzeugungen tragen uns bis heute. Doch in den letzten Jahrzehnten hat sich etwas verändert. Die Sicherheit im Wandel ist brüchig geworden. Die zu Beginn der Bundesrepublik aufwachsende Gewissheit, dass es besser wird und aufwärts geht, gesellschaftlich und für jeden Einzelnen, ist einer Ungewissheit über die Zukunft gewichen. Viele haben das Gefühl, dass ihnen die Verhältnisse über den Kopf wachsen und sie ihr eigenes Leben nicht ausreichend gestalten können. Ihnen kann und will die SPD ein Angebot machen.

Eine Gesellschaft der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität aller Bürgerinnen und Bürger ist auch im globalen Zeitalter möglich. Allerdings nur dann, wenn man unter „bürgerlich“ mehr versteht als eine bestimmte Kombination von Schulabschluss, Steuerklasse und Einkommen. Wer sich bürgerlich nennt, um sich in einer Gesellschaft von anderen abzugrenzen, der beharrt nicht nur auf einem Gesellschaftsbild aus dem 19. Jahrhundert, sondern der hat das Wesen der Demokratie nicht verstanden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bieten allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes die Debatte darüber an, wie eine moderne, lebenswerte Gesellschaft in unserem Land in den kommenden Jahrzehnten aussehen soll und wie jede und jeder Einzelne darin sein oder ihr Leben meistern kann

Wir werden uns dieser Frage entlang zweier politischer Initiativen ausführlich widmen.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land wollen wir klären, wie eine soziale Gesellschaft und der Sozialstaat in den nächsten Jahrzehnten verfasst sein müssen, in dem jeder das berechtigte Gefühl haben kann, sicher zu leben und sein Leben durch eigene Anstrengung auch verbessern zu können.

Und wir wollen Demokratie nicht bloß als formale Staatsform, sondern als Lebensform der Freiheit praktisch mit neuem Leben füllen.

Mit den beiden Initiativen wollen wir anhand objektiver Kriterien, aber auch subjektiver Urteile der Bürgerinnen und Bürger eine Bestandsaufnahme der sozialen und demokratischen Lage in Deutschland leisten.

Auf dieser Grundlage suchen wir auf allen Ebenen den engen Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen über ihre Erwartungen an die Politik und die SPD. Dazu wollen wir Netzwerke mit Wissenschaft, Kultur, Verbänden und sozialen Bewegungen aufbauen bzw. stärken. Wir werden neue Dialog- und Kommunikationskonzepte entwickeln und im Diskurs auch die Kampagnenfähigkeit der SPD stärken. Die Kenntnisse und Erfahrungen der gesellschaftlichen Realitäten unserer Mitglieder, sei es im Verein, am Arbeitsplatz oder im Freundeskreis, sind durch Mediendarstellungen nicht zu ersetzen. Eine formale Abstimmung ist wenig wert, wenn ihr keine Beteiligung, Diskussion, Auswahl und Meinungsbildung vorausging. Eine Beteiligung ist umso wichtiger, weil die Vermittlung sozialdemokratischer Politik eben nicht nur durch Medien, sondern gerade vor Ort, durch die vielen ehrenamtlichen Mitglieder in ihren sozialen Zusammenhängen geschieht.

Als wesentliche Zwischenergebnisse werden wir sozialdemokratische Reformprojekte, die quer zu den traditionellen Politikfeldern liegen, formulieren und Bundesparteitagen zur Beschlussfassung vorlegen.

Die SPD ist in ihrer Geschichte immer die Kraft gewesen, die stellvertretend für die Gesellschaft um ein besseres Morgen gerungen hat. Wir werden es auch in dieser entscheidenden Umbruchphase unserer Geschichte wieder sein. Wir führen den Diskurs der Zukunft – nicht nur

als Theoriedebatte, sondern mit Bezug zur Lebenswelt. Wir packen an und helfen den Bürgerinnen und Bürgern ganz praktisch, ihr Leben zu meistern.

Initiative „Gut und sicher leben“

Wohlstand für alle, auf hohem Niveau, gerecht verteilt, dauerhaft sichern – das ist ein wichtiges sozialdemokratisches Ziel. Soziale Gerechtigkeit, Arbeit, Bildung und Nachhaltigkeit sind die Grundlagen des gesellschaftlichen Fortschritts in der kommenden Zeit. Unser Verständnis von Fortschritt im 21. Jahrhundert verlangt die Verbindung von sozialer, ökonomischer und ökologischer Verantwortung: Sie zielt auf qualitatives Wachstum und Verbesserung der Lebensqualität, Erweiterung von Lebensmöglichkeiten und individueller Freiheit. Erreichbar ist dieser Fortschritt nur, wenn Politik nicht kurzatmig und nicht zukunftsblind ist, sondern einen Gestaltungsanspruch weit über eine Legislaturperiode hinaus hat.

Zugleich hat unsere Gesellschaft einen klaren Grundkonsens, der nicht zuletzt auch durch die Sozialdemokratie geprägt wurde. Drei seiner markantesten Postulate sind: Wer sich anstrengt, muss etwas davon haben. Wer sich Mühe gibt, muss sein Leben verbessern können. Und niemand darf am Wegesrand zurückbleiben. Nur wenn diese Wertvorstellungen erkennbar unsere Politik prägen, können wir berechtigt erwarten, dass wir in unserem Streben nach Gerechtigkeit auch glaubwürdig sind.

Wirtschaftliche Prosperität und die Chance auf ein „gutes Leben“ sind für uns zwei Seiten derselben Medaille. Eine wachsende Wirtschaft, die Fähigkeit und Bereitschaft zur Innovation sind Voraussetzungen eines starken Sozialstaats. Wir wollen eine Gesellschaft sein, die Lust auf Neues hat und die einen sozialen Fortschritt will. Ohne technische und soziale Innovationen sind die Herausforderungen der Globalisierung, des Klimawandels und der demografischen Veränderung unserer Gesellschaft nicht zu meistern. Gut ausgebildete und abgesicherte Bürgerinnen und Bürger sind wiederum die Grundlage einer starken und innovativen Wirtschaft. Unsere inhaltliche Arbeit am Konzept „Innovationen und Arbeit von morgen“ ist daher eine wichtige Grundlage dieser Initiative.

Dass derzeit nicht alle Bürgerinnen und Bürger sicher sein können, dass sie besser leben können, wenn sie sich anstrengen, ist einer der Gründe, warum die SPD nach elf Jahren Regierungszeit in einer Vertrauenskrise steckt. Wir werden für spezifische Lebenslagen plausible und praktikable Konzepte erarbeiten müssen, wenn wir Vertrauen zurückgewinnen wollen. Und wir werden deshalb die nötigen Fragen stellen:

Wie sieht es mit gleichen Bildungschancen aus und wie ist das Versprechen in der Praxis einzulösen, dass Aufstieg durch Bildung möglich ist? Gibt es eine gute Kinderbetreuung? Warum verlassen so viele Schüler die Schule ohne Schulabschluss? Hat jeder einen Berufsabschluss oder Abitur? Können alle von ihrer Arbeit leben? Gibt es die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs durch eigene Anstrengung? Ist die Arbeitsvermittlung so organisiert, dass hinreichend unterstützt wird, wer seinen Arbeitsplatz verloren hat oder einen Arbeitsplatz sucht? Ist die konkrete Ausgestaltung der Grundsicherung angemessen? Ist die finanzielle Unterstützung der Arbeitssuchenden richtig bemessen? Kann jeder sicher sein im Alter vor Armut geschützt zu sein? Das sind konkrete Sorgen und Nöte.

Lebensqualität ist mehr als die Jagd nach materiellem Wohlstand. Die Menschen verlangen intakte Gemeinschaften, in denen es friedlich und solidarisch zugeht, in denen gleiche Chancen und Rechte gelten, auch zwischen den Geschlechtern.

Zum „guten Leben“ gehört auch der wachsende Wunsch nach einer Lebensführung, die den Grundsätzen der Nachhaltigkeit und des Umwelt- und Verbraucherschutzes Rechnung trägt. Ein Energieverbrauch, der kommende Generationen nicht belastet und den Klimawandel und die Umweltzerstörung nicht beschleunigt, sowie ein ver-

antwortungsbewusster Konsum, der der eigenen Gesundheit und der Natur nicht schadet, gehören dazu.

Auf manche dieser Fragen haben wir schon Antworten entwickelt: Im Handeln von Parlament und Regierung oder in unseren Programmen. Der Ausbau der Kinderbetreuung, die Ganztagschulen, die Durchsetzung von mehr Mindestlöhnen, eine bessere Absicherung der Altersvorsorge bei den Empfängern der Grundsicherung, höhere Kinderregelsätze, die Fortführung der geförderten Altersteilzeit im Zusammenhang mit der Übernahme von Auszubildenden sind Beispiele für politische Angebote, die jedem Einzelnen dabei helfen, sein Leben zu meistern. Unsere Energie- und Verbraucherschutzpolitik helfen auch ganz praktisch, den eigenen Konsum nachhaltig auszurichten.

Aber wir wissen auch, dass wir noch nicht auf alles eine hinreichende Antwort haben. Wir waren in den letzten Jahren vollauf damit beschäftigt, zu verhindern, dass unser Sozialstaat unter dem Druck von Globalisierung und demografischer Entwicklung in die Knie geht. Diesen Megatrends haben wir unter Schwierigkeiten getrotzt und uns dabei als soziale Marktwirtschaft modernisiert. Wir haben politische und gesellschaftliche Gestaltungskraft gegen die Mechanismen der globalen Märkte verteidigt und ausgebaut.

Dass unser Sozialstaat als Ganzes zukunftssicher ist, heißt aber noch nicht, dass er in jeder Situation seine Aufgabe erfüllt. Wir werden ihn daraufhin überprüfen, ob er den konkreten Alltagssituationen der Bürgerinnen und Bürger gerecht wird.

Wir werden weiterhin dafür kämpfen, eine gerechte Entlohnung für alle möglich zu machen. Wir werden Wege aus der Armut aufzeigen und Möglichkeiten der entsprechenden individuellen Vorsorge weiterentwickeln. Wir werden uns intensiv darum kümmern, dass das Wort von „Bildung als Menschenrecht“ gelebte Realität in Deutschland wird und Aufstiegswege für den Einzelnen nicht blockiert werden. Wir werden dafür kämpfen, dass die Jugend die Chancen bekommt, die sie braucht, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Wichtig ist, dass wir uns nicht mit schnellen Antworten zufrieden geben. Viele dieser Ziele verlangen einen langen Atem.

Es gibt aber auch Probleme zu denen wir uns schon bald werden äußern müssen:

Die schwarz-gelbe Koalition hat Veränderungen im System der Grundsicherung für Erwerbssuchende („Hartz IV“) angekündigt. Wir werden uns mit diesen Gesetzesinitiativen intensiv auseinandersetzen. Vor allem aber werden wir uns den ganz praktischen Fragen stellen, die vielen Bürgerinnen und Bürgern auf den Nägeln brennen: Welche Angebote können und müssen wir benachteiligten Kindern und Jugendlichen machen, die sie motivieren, die Chance auf ein besseres Leben durch eigene Anstrengung zu nutzen?

Wie kann der Zusammenhang zwischen der persönlichen Leistung und Teilhabe am Wohlstand unter den Bedingungen eines veränderten Kapitalismus wieder hergestellt werden?

Wie kann die Idee „guter Arbeit“ ganz konkret in allen Bereichen unserer Wirtschaft realisiert werden?

Wird Lebensleistung anerkannt oder droht mir nach einem langen Arbeitsleben der schnelle Absturz auf eine Grundsicherung?

Wie verhindere ich Kinderarmut? Brauche ich dazu eine Kindergrundsicherung? Dabei werden wir den Vorschlag von AWO, Verdi, DKSB und weiteren Wohlfahrtsverbänden aufgreifen und gemeinsam mit den Verbänden weiterentwickeln.

Ist die bestehende Grundsicherung in ihrer konkreten Ausgestaltung angemessen?

Welche Arbeit ist angemessen und zumutbar? Wie müssen Rahmenbedingungen aussehen, unter denen jede

zumutbare Arbeit auch wirklich annehmbar ist? Wie setzen wir Mindestlöhne und andere Mindeststandards guter Arbeit durch?

Wie kann ich verhindern, dass ich im Alter arm und auf staatliche Unterstützung angewiesen bin?

Die SPD wird diese Fragen gemeinsam mit Wissenschaftlern und Betroffenen, mit Initiativen und Experten diskutieren und Lösungsvorschläge erarbeiten. Wir wollen, dass jeder gute Arbeit hat und niemand in Armut leben muss. In diesem Sinne werden wir bewerten, wo unsere Reformen bereits erfolgreich waren und wo weitere Initiativen nötig sind und vorbereitet werden müssen.

Gleiches gilt auch für die sogenannte „Rente mit 67“. Wir werden uns dazu im nächsten Jahr konkret verhalten, wenn die Bundesregierung den Bericht zu der Anhebung der Regelaltersgrenze gibt. Unser Regierungsprogramm war eindeutig: Wir brauchen, flexible Rentenübergänge, die weitere Förderung der Altersteilzeit und die Kombination mit der Teilrente. Und wir brauchen bessere Erwerbsminderungsrenten und mehr garantierte Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere.

Derart weitreichende Modernisierungen, wie wir sie angestoßen haben, lassen sich nicht binnen weniger Tage bewerten. Über diesen Gesellschaftsentwurf für die kommenden Jahrzehnte wollen wir im Rahmen der Initiative „Gut und sicher leben“ miteinander in der Breite der Partei, mit der interessierten Öffentlichkeit und mit Wissenschaftlern und Praktikern diskutieren. Im Jahr 2010 wollen wir dazu ein zielführendes Zwischenergebnis haben.

Wir werden eine „Reformwerkstatt“ einrichten, in der wir die Reformen der letzten elf Jahre bilanzieren und weiteren Handlungsbedarf ermitteln wollen. Dabei muss die Leitfrage sein: Wie kann eine neue Form der Solidarität aussehen, wenn die Gesellschaft von immer stärkerem Entsolidarisierungstendenzen geprägt ist.

Der Lackmusest jedes politischen Vorschlags, den wir daraus entwickeln, ist die Alltagspraxis. Politische Ideen müssen für die Bürgerinnen und Bürger aufgehen. Am Ende werden aus der Reformwerkstatt ganz konkrete Initiativen erwachsen, die wir in den Deutschen Bundestag einbringen oder zum Gegenstand unseres nächsten Regierungsprogramms machen werden.

Initiative „Demokratie und Freiheit“

Vor vierzig Jahren hat Willy Brandt seine erste Regierung unter das Motto „Mehr Demokratie wagen“ gestellt. Heute ist das Motto für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aktueller denn je.

Mehr Demokratie ist dringend nötig: Immer mehr Menschen haben Zweifel daran, dass ihre Beteiligung etwas bewirken kann. Die demokratischen Parteien, und insbesondere eine Partei mit einer so langen demokratischen Tradition wie die SPD, müssen das ernst nehmen. Ihre Aufgabe ist es, dem Willen von Menschen Ausdruck zu geben. Die SPD stellt sich deshalb, wie immer in ihrer langen Geschichte, Demokratie gefährdenden Parteien, Bewegungen und Gesinnungen entgegen. Sie tritt für ein Verbot der NPD ein und lehnt populistische Politikformen ab.

Nach der Finanzkrise erwarten die Bürgerinnen und Bürger von der Politik die Durchsetzung von demokratisch gesetzten Regeln, die eine Wiederholung dieser Krise in Zukunft unmöglich macht. Der den Menschen unterstützende Sozialstaat, Wirtschaftsdemokratie, Mitbestimmung und die abgesicherte Chance der Mitverantwortung in Wirtschaft und Politik: das sind die klassischen sozialdemokratischen Instrumente auf diesem Feld. Wir wollen sie weiterentwickeln.

Wenn sich die Demokratie als erpressbar durch wirtschaftliche Macht erweist, muss diese Macht beschränkt werden. Wo zu viele Entscheidungen durch internationale Vereinbarungen vorgegeben erscheinen, müssen Befug-

nisse dorthin zurückgeholt werden, wo Bürgerinnen und Bürger mitwirken können. Wo Konsenszwänge politische Verantwortung verschleiern, muss Klarheit und Verantwortlichkeit hergestellt werden. Das erfordert eine Erweiterung der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten auf allen Ebenen: Referenden, Bürgerentscheide, und eine subsidiäre Verteilung von Entscheidungsbefugnissen.

Demokratisierung ist überall dort notwendig, wo Entscheidungen nur noch als Sachzwänge in den demokratischen Prozess eingebracht werden. Immer mehr Menschen unterscheiden jedoch zwischen „denen da oben“ und „wir hier unten“. Das erzeugt politische Resignation. Unser Land braucht dringend eine Öffnung demokratischer Entscheidungen, um der Spaltung des Landes in Einflussreiche und Resignierte zu begegnen. Nur wer teilhaben kann, hat Einfluss darauf, dass Wohlstand gerecht verteilt ist.

Wir müssen öffentlich deutlich vernehmbar die Stimme derjenigen sein, die für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Chancengleichheit und Freiheit eintreten. Das bedeutet auch, dass die SPD eigene Organisationsform daraufhin überprüfen wird, ob sie die Sorgen und Wünschen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes aufnehmen und ausdrücken kann.

Demokratie braucht Öffentlichkeit. Doch die Bedingungen für ein vernünftiges öffentliches Gespräch über unser Gemeinwesen haben sich in den letzten Jahren verschlechtert. Daran haben Medienkonzentration und Kommerzialisierung ebenso ihren Anteil wie verändertes Mediennutzungsverhalten, mediale Vermittlungsroutinen, medientechnische Revolutionen oder politische Inszenierungsstrategien. Sozialdemokratische Medienpolitik hat sich nie bloß als Medienwirtschaftspolitik begriffen. Es ist an der Zeit, auch darüber zu reden, wie wir eigentlich in unserer Demokratie miteinander reden, welche Informationsmöglichkeiten existieren und wo echte inhaltliche Debatten überhaupt noch stattfinden können. Wir wollen im kommenden Jahr gezielt das Gespräch mit Medienvertretern und Journalistinnen und Journalisten suchen, um auszuloten, wo die größten Bedrohungen demokratischer Öffentlichkeit liegen und wie sie beseitigt werden können. Die vielfältig geteilten Öffentlichkeiten im Internet und die gewachsene kulturelle Vielfalt in unserem Land sind Chance und Problem für den freien Austausch von Meinungen. Wir wollen die Medien so gestalten, dass ihr demokratisches Potenzial voll ausgeschöpft wird.

Das Internet ist für dieses Vorhaben ebenso zentral wie ambivalent, weil es gleichzeitig zur Entgrenzung und Beschleunigung von Öffentlichkeit beiträgt. Unbestritten aber ist es der Ort einer der wichtigsten Freiheitsbewegungen unserer Zeit. Das Internet stärkt die Entfaltungsmöglichkeiten jedes oder jeder Einzelnen ebenso wie die weltweite Entwicklung demokratischer Inhalte. Wir wollen die nie dagewesenen Beteiligungsmöglichkeiten für demokratische Prozesse nutzbar machen und unsere demokratischen Mechanismen auch für die digitale Welt öffnen.

Die neuen Möglichkeiten für Freiheit und Transparenz im Netz sind gleichzeitig auch Quelle neuer Bedrohungen. Und so sind Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung zu den neuen Herausforderungen der Bürgerrechtspolitik geworden. Für uns ist es Aufgabe des Staates, die Freiheit im Internet zu erhalten und zu sichern. Es gilt das Kreative, das Freie, das Positive dort zu bewahren und zu fördern. Das Internet ist aber auch kein Raum für die Macht oder Kontrolle weniger. Auch seine Freiheit endet dort, wo sie die Freiheit anderer besneidet. Daher braucht auch das Netz Regeln, gesetzliche oder auch vereinbarte. Wir brauchen neue digitale Vereinbarungen, die nicht den herkömmlich analogen Logiken alleine folgen können. Das Eine tun, ohne das Andere zu lassen. Das ist ein wichtiger Lernprozess, den wir in Zusammenarbeit mit Netzaktivisten gehen werden. Die Debatte darüber - auch über Fragen der Netzneutralität - hat gerade erst begonnen.

In einer „Demokratiewerkstatt“ werden wir alle diese Fragen aufwerfen und gemeinsam mit Expertinnen und Experten, Praktikerinnen und Praktikern sowie interessierten Bürgerinnen und Bürgern erörtern. 40 Jahre nach Willy Brandts Regierungserklärung ist es Zeit für „Mehr Demokratie wagen – Teil II“.

IV. Zukunft der SPD als Volks- und Mitgliederpartei

Wir wollen Volks- und Mitgliederpartei bleiben, aber dies setzt mehr voraus als gut gemeinte Beschlüsse. Seit den 90er Jahren sind viele ambitionierte Parteireformprojekte auf halber Strecke stecken geblieben. Und in den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich unsere Gesellschaft weiter verändert: Die Gesellschaft ist bunter und differenzierter geworden, die zeitlichen und räumlichen Anforderungen an Arbeitnehmer haben zugenommen, die Medienlandschaft ist eine völlig andere und die Parteienkonkurrenz hat sich verschärft. Für die SPD geht es auch um die Kampagnenfähigkeit unter veränderten Bedingungen.

Wir wollen eine Partei sein, in der inhaltliche Debatten geführt, Kompromisse und demokratisch herbeigeführte Entscheidungen Standard sind. Das attraktive Angebot zum Parteieintritt ist die reale Beteiligung an politischen Entscheidungen und gesellschaftlicher Gestaltung. Diese Beteiligungskultur muss sich auf allen Ebenen der Partei durchsetzen.

Der Parteitag wird einen Prozess zur Zukunft der Mitglieder- und Volkspartei SPD beginnen. In diesem Prozess werden organisationspolitische Veränderungen in der SPD diskutiert und erarbeitet. In die Diskussion werden alle Ebenen der Partei einbezogen. Es wird eine permanente Koordinierungsebene mit den Landesverbänden geben. Der Prozess soll zeitlich befristet sein und mit einem Beschluss auf dem Parteitag 2011 abgeschlossen werden.

Die Strukturen und Arbeitsformen müssen dem Ziel dienen, die SPD als Mitglieder- und Volkspartei zu konsolidieren, zu stärken und in die Lage zu versetzen, die gesellschaftliche Mehrheit zu organisieren.

Grundlage muss zunächst eine realistische Einschätzung unserer organisationspolitischen Ausgangslage unter Einbeziehung folgender Aspekte sein:

- Finanzen
- Mitgliederentwicklung
- hauptamtliche Strukturen
- veränderte Bedürfnisse der Mitglieder und potentieller Mitglieder

Wesentliche Gegenstände der Diskussion werden sein:

Die Verzahnung der kommunalen Ebene, der Länder- und Bundesebene und der europäischen Ebene – auch im Bereich der Entwicklung des Führungspersonals. Hierzu gehört eine gemeinsame Kampagnenplanung, die auch Ereignisse wie Kommunalwahlen berücksichtigt. Ebenso wollen wir Methoden entwickeln, um von erfolgreichen Beispielen auf allen Ebenen lernen zu können.

Die Stärkung innerparteilicher Demokratie und Transparenz und die Formen der Mitarbeit in der SPD, darunter die Rolle der Arbeitsgemeinschaften, (offener) Foren und Projekte sowie das Verhältnis von Mitgliedern, Gastmitgliedern, Nur-Juso-Mitgliedern und „aktiven Nichtmitgliedern“. Insbesondere wollen wir auch prüfen, welche Rolle die verstärkte Nutzung von basisdemokratischen Entscheidungsverfahren (Urwahlen und Mitgliederentscheide) hierbei spielen soll.

Wie stellen wir eine stärkere Öffnung zur Gesellschaft sicher? Dabei geht es um Kontakte in Initiativen, Verbände, Wissenschaft und Kultur. Von besonderer Bedeutung ist die enge Verzahnung mit den Gewerkschaften, durch Gewerkschaftsräte, aber auch andere Formen der Zusammenarbeit und des Austauschs. Es sollte diskutiert werden, ob regelmäßige Foren mit Verbandsvertretern

und bürgerschaftlichen Initiativen eine angemessene Form der Öffnung sind.

Wir wollen darüber hinaus prüfen, wie eine verstärkte Beteiligung über Online-Instrumente gewährleistet werden könnte.

Für die Mitgliederwerbung und Mitgliederbetreuung müssen gute Beispiele in der Partei und darüber hinaus in den Blick genommen werden. Erforderlich ist eine bessere Kommunikation mit Mitgliedern und Funktionären, hier sollten die Chancen einer neuen Mitgliederadressverwaltung genutzt werden. Innerparteiliche Bildungsarbeit ist eine Chance zur Weiterentwicklung der Partei. Die gesellschaftlichen Veränderungen und die hohen Ansprüche an eine Mitglieder- und Programmpartei geben der politischen Weiterbildung wachsende Bedeutung. Die Kommunikations- und Handlungsfähigkeit der Partei, ihre politische Überzeugungskraft und ihre Mehrheitsfähigkeit hängen entscheidend von der Kompetenz ihrer FunktionsträgerInnen und ihrer Mitglieder ab. Die Stärkung der innerparteilichen Bildungsarbeit zielt u.a. darauf ab, gesellschaftliche Entwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen, die Willensbildung in der Partei auf eine breite Grundlage zu stellen, Entscheidungen unter Beteiligung der Mitglieder vorzubereiten, zu treffen und umzusetzen, Veranstaltungen und öffentliche Kommunikation zu organisieren und unterschiedliche Interessen zu integrieren. Dazu werden wir die Bildungsarbeit für die Mitglieder gemeinsam mit unseren Partnern kritisch überprüfen und auf die neuen Anforderungen ausrichten.

Es muss geprüft werden, wie wir die Präsenz und Sichtbarkeit der SPD in strukturschwachen Regionen sicherstellen. Wie sieht hier das Verhältnis von Haupt- und Ehrenamtlichkeit aus?

Viele dieser Fragen wollen wir in einer „Werkstatt Mitgliederpartei“ bearbeiten. In diese Arbeiten sollen die SGK, insbesondere auch die dort organisierten ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, und andere eingebunden werden. Dabei geht es auch darum, sich erfolgreiche Kampagnen anderer Organisationen anzuschauen und die Übertragbarkeit angepasster Projekte zu überprüfen.

Eine genaue Ablaufplanung für den Diskussionsprozess zur Organisationspolitik auf Grundlage dieser Fragestellungen wird der Parteivorstand zum Jahresanfang vorlegen.

In dieser Lage müssen wir alle Kräfte bündeln, um die Folgen der Wirtschaftskrise abzumildern und vor allem die Basis für den nächsten Aufschwung zu legen. Denn wir wollen nicht einfach nur diese Krise irgendwie überstehen, sondern wir wollen gestärkt aus dieser Krise herauskommen. D. h. wir müssen jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir den nächsten Aufschwung von der ersten Sekunde an voll mitnehmen können, damit wir im globalen Wettbewerb ganz vorne mitspielen.

Mit insgesamt drei Maßnahmenpaketen steuern wir aktiv gegen diese Krise an. Nach dem Schutzschirm für den Finanzmarkt, der ganz wichtig für die konjunkturelle Erholung ist, haben wir im November das erste ausdrückliche Konjunkturpaket in Höhe von rund 30 Mrd. Euro beschlossen.

Das zweite Konjunkturpaket, das am 12. Januar 2009 im Koalitionsausschuss beschlossen worden ist und Mitte Februar im Bundestag verabschiedet wird, hat einen Umfang von rund 50 Mrd. Euro.

Alle drei Maßnahmen werden mit dazu beitragen, dass die Konjunktur in Deutschland bald wieder in Gang kommt, Arbeitsplätze gesichert und Qualifizierung gefördert wird. Vor allem mit den beiden Konjunkturpaketen, die mit rund 80 Mrd. Euro die größten in der Geschichte der Bundesrepublik sind, wird uns das gelingen.

Und natürlich setzen auch die Beschlüsse zur Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages, zur Erhöhung

des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages ebenfalls wichtige konjunkturelle Impulse.

Unsere konjunkturellen Maßnahmen fußen auf 7 Säulen: Impulse für mehr Investitionen, Entlastungen der Bürgerinnen und Bürgern von Steuern und Abgaben, Sicher-

heitsnetz für die Beschäftigten, Stärkung der Automobilindustrie, Modernisierung des Landes, bessere Bedingungen für Unternehmen und Fortführung unserer nachhaltigen Haushaltspolitik.



Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2009 und 2010

Die weiteren Sitzungswochen für **2009** sind die 46., 48., 49. und 51. Kalenderwoche. Die Sitzungswochen für das Jahr **2010** sind abrufbar unter: www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html.

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Konrad-Adenauer-Straße 1, Raum 7.340

Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam:

Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller, Anja Möbus

Internet-Homepage:
www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327

51143 Köln (Porz)

Telefon: 02203 / 52144

Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiterteam:

Tim Cremer, Assen Kochev

eMail:

martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212

51103 Köln (Kalk)

Telefon: 0221 / 8704302

Homepagebeauftragter:

Ralf Seinmeier

Bürgerbüro der Kölner SPD- Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b

50672 Köln (Innenstadt)

Tel. 0221 / 169 195-77

Fax 0221 / 169 195-79

Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach

eMail:

koelner-spd-mdb@netcolgne.de



IMPRESSUM » BERLIN DEPESCHE

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion dieser Ausgabe: Martin Dörmann (verantwortlich), Marc Drögemöller, Anja Möbus

Bildnachweis: Marco Urban (außer S. 52)

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt.

Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage:

www.martin-doermann.de

